

Verbundprojekt Stadtregion Karlsruhe 2030

Teilprojekt 3

**Soziale Durchmischung des
Wohnens
in der Stadtregion**



**Maßnahmen zur Abmilderung von
Segregationsprozessen
an ausgewählten Beispielen**

Endbericht

ACEIF, Stadtplanungsbüro (Strasbourg)
WSW, Stadtplanungsbüro (Kaiserslautern)
Dr. Dr. Gunter E. Zimmermann (Karlsruhe)

Karlsruhe, im November 2002

Teilprojekt 3

Arbeitsgemeinschaft der Büros:

ACEIF

Dipl.-Geographin Sabine Vetter

14, Rue de l'Yser

67000 Strasbourg

WSW & Partner

Dipl.-Ing. Christoph Bökenbrink

Hertelsbrunnenring 20

67657 Kaiserslautern

Dr. Dr. Gunter E. Zimmermann

Karl-Leopold Straße 27

76229 Karlsruhe

INHALT

	Seite
1. Einleitung	1
1.1 Segmentierte Gesellschaft und segregierte Räume	1
1.2 Aufgabenstellung und Ziel der Studie	3
1.3 Kooperationen und Schnittstellen mit den Teilprojekten des Verbundprojektes	7
2. Was ist Segregation?	10
3. Theoretischer Ansatz und methodische Konzeption der Studie	13
3.1 Systemtheoretischer Zugang und Projektablaufplan	13
3.2 Mehrebenenansatz	16
3.2.1 Ansätze zu einem Konzept gesellschaftlicher Räume	16
3.2.2 Operationalisierung des Mehrebenenansatzes in der vorliegenden Studie	17
4. Untersuchungsbereiche: Im Aus der Vorstädte?	19
4.1 Großwohnsiedlungen. Die verbindende Charakteristik der Untersuchungsbereiche	19
4.2 Problemlagen, Qualitäten und Potentiale von Großwohnsiedlungen an der städtischen Peripherie	23
4.2.1 Problemlagen von Großwohnsiedlungen	23
4.2.2 Qualitäten und Potentiale von Großwohnsiedlungen	26
5. Vergleichende historische Prozessanalyse der Untersuchungsbereiche	28
5.1 Beschreibung der Großwohnsiedlung von Karlsruhe-Oberreut	28
5.1.1 Entstehungsgeschichte des Stadtteils Karlsruhe-Oberreut	28
5.1.2 Städtebauliche und funktionale Differenzierung in Oberreut	33

5.2	Beschreibung der Großwohnsiedlung von Wörth-Dorschberg	39
5.2.1	Entstehungsgeschichte des Stadtteils Wörth-Dorschberg	40
5.2.2	Städtebauliche und funktionale Differenzierung in Dorschberg	41
5.3	Beschreibung der Großwohnsiedlung „Cité Nucléaire“ im Stadtteil Strasbourg-Cronenbourg	45
5.3.1	Entstehungsgeschichte des Stadtteiles Cronenbourg und der „Cité Nucléaire“	45
5.3.2	Städtebauliche und funktionale Differenzierung der „Cité Nucléaire“	46
5.4	Zusammenfassung und vergleichende Bewertung der historischen Entwicklungen der betrachteten Großwohnsiedlungen	55
6.	Potentiale negativer Segregationsauswirkungen aus sozialstatistischer und städtebaulicher Sicht	60
6.1	Karlsruhe-Stadt: Soziale und städtebauliche Indikatoren	62
6.1.1	Soziale Indikatoren für Risikopotentiale negativer Segregationsauswirkungen	62
6.1.2	Städtebauliche Indikatoren für Risikopotentiale negativer Segregationsauswirkungen	78
6.2	Wörth: Soziale und städtebauliche Indikatoren	87
6.2.1	Soziale Indikatoren für Risikopotentiale negativer Segregationsauswirkungen	87
6.2.2	Städtebauliche Indikatoren für Risikopotentiale negativer Segregationsauswirkungen	89
6.3	Strasbourg: Soziale und städtebauliche Indikatoren	91
6.3.1	Soziale Indikatoren für Risikopotentiale negativer Segregationsauswirkungen	92
6.3.2	Städtebauliche Indikatoren für Risikopotentiale negativer Segregationsauswirkungen	97

6.4	Zur Wechselwirkungen von sozialen und städtebaulichen Gefährdungspotentialen	101
7.	Ursachen und Folgen der Segregationsprozesse aus Expertensicht	104
7.1	Methodischer Ansatz der Expertenbefragung	105
7.2	Zusammenfassung der Ergebnisse der Expertenbefragung	106
8.	Zusammenfassung der Einschränkungen von Handlungsmöglichkeiten und –chancen der Wohnbevölkerung	111
8.1	Karlsruhe-Oberreut: Identifikation der Beschränkung von Handlungsmöglichkeiten und -chancen	111
8.2	Wörth-Dorschberg: Identifikation der Beschränkung von Handlungsmöglichkeiten und -chancen	112
8.3	Strasbourg, Cité Nucléaire: Identifikation der Beschränkung von Handlungsmöglichkeiten und -chancen	114
9.	Handlungsempfehlungen zur Abmilderung von Segregationsprozessen	116
9.1	Analyseergebnisse der Untersuchungsebenen	116
9.2	Ziele und Handlungsempfehlungen	118
9.2.1	Handlungsempfehlungen für das Teilziel: Verbesserung der gesellschaftlichen Integrationsvoraussetzungen	120
9.2.2	Handlungsempfehlungen für das Teilziel: Zielgruppenspezifische Bewohner- und Nutzereinbindung in Planungs- und Gestaltungsprozesse	123
9.2.3	Handlungsempfehlungen für das Teilziel: Vermeidung von Bauformen und Belegungspraktiken die einseitige Nutzungs- und Bewohnerstrukturen hervorrufen	125
9.2.4	Handlungsempfehlungen für das Teilziel: Querschnittorientierte Planung und Evaluation von Maßnahmen-Monitoring	129

Literaturverzeichnis	132
Anhang: Liste der interviewten Experten	134

1. Einleitung

1.1 Segmentierte Gesellschaft und segregierte Räume

In vielen westeuropäischen Städten nahm in den letzten 20 bis 30 Jahren die Anzahl deprivierter Personen und Bevölkerungsgruppen fast kontinuierlich zu. Mit dieser Entwicklung hat sich vielfach auch deren räumliche Konzentration auf bestimmte städtische Teilgebiete verschärft.

Im Anschluss an eine Nachkriegsphase der immensen Wohlstandsentwicklung und sich nivellierender sozialer und räumlicher Ungleichheiten, hat ein umgekehrter Trend eingesetzt. In der jüngsten stadtsoziologischen Debatte herrscht Konsens darüber, dass die langfristig wirksamen Prozesse sozialer Polarisierung die Integrationskraft der Stadtgesellschaft untergraben und sich in sozial-räumlicher Spaltung der Städte niederschlagen werden. Das Manifest von acht deutschen Oberbürgermeistern, „Rettet unsere Städte jetzt!“, aus dem Jahr 1994 sieht die Großstädte Deutschlands als Brennpunkte sozialer Konflikte.¹ Die Stadtgesellschaft driftet auseinander, der sozialen Polarisierung von Arm und Reich folgt die sozialräumliche Spaltung der Städte. Durch das Wachstum benachteiligter Quartiere, wird auch in zahlreichen deutschen Städten soziale Ungleichheit wieder deutlich sichtbar. Schlechte Wohnverhältnisse und die räumliche Konzentration verleihen der Deprivation und der Armut eine erschreckende Evidenz und Drastik. Vor allem in den Großstädten zeichnet sich eine zunehmende Polarisierung ab: Einer Aufwertung der Innenstädte und der Entstehung schicker Siedlungen für die oberen Einkommensgruppen stehen Verfall und die Zunahme deprivierter Viertel gegenüber, die sich oftmals an der städtischen Peripherie befinden.

Die angesprochene Polarisierung und Segmentierung der deutschen Gesellschaft erfolgt vor dem Hintergrund einer drastischen Zunahme von Problemgruppen innerhalb der Wohnbevölkerung:

- Die Zahl der Sozialhilfeempfänger im engeren Sinn (laufende Hilfe zum Lebensunterhalt, HLU) stieg in den alten Bundesländern von rd. 500

¹ Kronawitter, Georg (Hrsg.): *Rettet unsere Städte jetzt! Das Manifest der Oberbürgermeister*, Düsseldorf/Wien/New York/Moskau 1994.

Tsd. in 1970 auf 2,5 Mio. in 1997 und betrug Ende 2000 rd. 2,3 Mio. (jeweils zum Stichtag 31. Dez.);²

- Ebenso vervielfachte sich in diesem Zeitraum die Anzahl der arbeitslos registrierten Personen in den alten Bundesländern von etwa 250 Tsd. in 1970 auf rd. 3 Mio. Ende der 90er Jahre;³
- Hinzu kam mit dem Zusammenbruch der ehemaligen Sowjetunion sowie der deutschen Wiedervereinigung eine massive Zuwanderung von Aussiedlern bzw. Spätaussiedlern: alleine im Jahr 1990 kamen rd. 400 Tsd. in die Bundesrepublik; seit 1993 werden (quotiert) jährlich ca. 220 Tsd. deutschstämmige aus Osteuropa und den GUS Staaten aufgenommen.⁴

Die genannten sozialen Probleme spiegeln sich auch in der Wohnraumversorgung wider:

- 1950 existierten in Westdeutschland nur 10,5 Mio. Wohnungen für die damals 18 Mio. Haushalte;⁵ 1997 überstieg die Zahl der Wohnungen in Gesamtdeutschland die Zahl der Haushalte um 7 Prozent.⁶ Dennoch schätzt man die Zahl der Wohnungs- bzw. Obdachlosen (auf der Straße lebende bzw. in Notunterkünften oder bei Verwandten untergebrachte Mitbürger) in den 90er Jahren auf etwa eine Million im gesamten Bundesgebiet. Hinzu kommen ca. 3 Millionen Menschen in Substandard-Wohnungen.⁷
- Die gleiche Tendenz wachsender Ungleichheit zeigt sich innerhalb derer, die normale Wohnungen haben. Durchschnittlich ist die verfügbare Wohnfläche pro Kopf seit den 60er Jahren kontinuierlich gestiegen, auf heute 40 qm pro Kopf in den alten Bundesländern. Dieser Anstieg ist aber überwiegend durch die Vergrößerung der Wohnungen der bereits gut versorgten Haushalte zu Stande gekommen. Einkommensschwache Haushalte mit fünf und mehr Personen mussten seit Ende der 70er

² Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Statistik der Sozialhilfe. Empfänger/-innen von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt am 31.12.2000, Arbeitsunterlage, Wiesbaden 2001.

³ Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Datenreport 2002. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland, Bonn 2002, S. 96ff.

⁴ Vgl. Treibel, Annette: Migration in modernen Gesellschaften. Soziale Folgen von Einwanderung, Gastarbeit und Flucht, 2.te Aufl., Weinheim/München 1999, S. 32ff.

⁵ Vgl. Möller, Klaus Peter: Die Aufgabe ist erfüllt, in: DAS PARLAMENT (1997), Nr. 33-34, S.11.

⁶ Vgl. Ulbrich, Rudi: Wohnungsversorgung, in: Hartmut Häußermann (Hrsg.): Großstadt. Soziologische Stichworte, Opladen 1998, S. 290.

⁷ Vgl. Zimmermann, Gunter Ernst: Armut, in: Bernhard Schäfers/Wolfgang Zapf (Hrsg.): Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands, 2. Aufl., Opladen, 2001, S. 39.

Jahre sogar eine leichte Verringerung ihres Wohnflächenverbrauchs hinnehmen.⁸

- Deutlicher noch polarisiert sich die Wohnsituation hinsichtlich der Verfügung über die Wohnung: Die Eigentumsquote ist im obersten Einkommensquintil von 45 Prozent auf 56 Prozent gestiegen, während sie im untersten von 34 Prozent auf 29,5 Prozent abnahm. Gleichzeitig vergrößerte sich die Belastung durch die Mietkosten bei den unteren Einkommensgruppen sehr viel schneller zu als bei den oberen.⁹

Mit der aufgezeigten *sozio-ökonomischen Polarisierung* korreliert eine verstärkte Ausdifferenzierung der Lebens- und Wohnformen, was sich u.a. in Veränderungen der Haushaltsstrukturen zeigt. Grundsätzlich sind die Zunahme der Einpersonenhaushalte, der alleinerziehenden Haushalte sowie jene älterer Menschen, der Rückgang der Geburtenrate etc. Ausdruck einer gleichzeitig sich vollziehenden *sozio-demographischen Ungleichheit*. Hinter dieser strukturellen Ausdifferenzierung stehen erhebliche *sozio-kulturelle Heterogenisierungen* wie Lebensstile, soziale Milieus usw., die sich entsprechend auf die Nachfrage nach Wohnraum auswirken. Da diese Nachfrage sozial selektiv ist vertiefen sich sozial-räumliche Polarisierungen. Entsprechend finden wir seit den 80er Jahren in deutschen Städten eine zunehmende Konzentration und Kumulation sozial Benachteiligter in städtischen Teilräumen, wodurch „Räume der Gewinner“ und „Räume der Verlierer“ aus den ökonomischen (Stichwort Globalisierung) und politischen Umstrukturierungsprozessen entstehen.

1.2 Aufgabenstellung und Ziel der Studie

Die Studie „Soziale Durchmischung des Wohnens in der Stadtregion“ behandelt die (stadt-)räumlichen Ausprägungen der aufgezeigten zunehmenden Segmentierung der Gesellschaft.

Unter Segregation versteht man das räumliche Abbild von sozialer Ungleichheit, das heißt die räumliche Konzentration von sozialen Gruppierungen nach Merkmalen wie Einkommenshöhe, öffentlichen Transferleistungen (z. B. Sozialhilfe) Ethnizität etc. Betrachtet man speziell das räumliche Abbild sozialer Gruppie-

⁸ Vgl. Ulbrich, Rudi: Wohnungsversorgung in der Bundesrepublik Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitschrift DAS PARLAMENT, B. 8-9 (1993). S. 20.

⁹ Vgl. Ulbrich, Rudi: Wohnungsversorgung, in: Hartmut Häußermann (Hrsg.): Großstadt. Soziologische Stichworte, Opladen 1998, S. 293ff.

rungen auf Standorte des Wohnens, so spricht man von *residentieller* Segregation (vgl. zur Definition von Segregation und Segregationsprozessen die ausführliche Darstellung in Kap. 2).

Die vorliegende Studie analysiert residentielle Segregation und Segregationsprozesse in der Stadt Karlsruhe (mit dem Schwerpunkt Karlsruhe-Oberreut) und ihrem grenzüberschreitenden Verflechtungsbereich. Da die administrativen und rechtlichen Grundlagen zwischen Deutschland und Frankreich höchst unterschiedlich sind (z.B. „Antisegregationsgesetz“ des Ministeriums für städtische Integration) wird der Strasbourger Stadtteil Cronenbourg, „Cité Nucléaire“, einer Stadt ähnlicher Größenordnung wie Karlsruhe, vergleichend in die Betrachtungen der Segregationsausprägungen und -folgen aufgenommen. Die landes- und staatsgrenzenübergreifende Betrachtung der Problemstellung, das heißt die Betrachtung von Referenzorten in der Südpfalz (Schwerpunkt Wörth-Dorschberg) und im Nordelsaß (Schwerpunkt Strasbourg-Cronenbourg) ist ein grundlegender Ansatz der (vergleichenden) Untersuchung. Ziel des Projektes ist neben der genannten Analyse bestehender Segregationsformen die Analyse von Ursachen und Folgen des Segregationsprozesses sowie die Formulierung von Maßnahmen und Empfehlungen zur Abmilderung ungewollter Formen und Auswirkungen residentieller Segregation. Durch die integrierte Betrachtung von sozialen, wirtschaftlichen und städtebaulichen Aspekten (Prozesse und Folgen der Umwertung von Räumen) soll eine zukunftsorientierte Gesamtschau entwickelt werden, die es ermöglicht wichtige Fragestellungen im Zeithorizont 2030 zum Thema „Segregation“ in einer Großstadt, als auch in einem von Suburbanisierungsprozessen geprägten Raum zu formulieren und geeignete Antworten aufzuzeigen.

Graphik Karlsruhe/Wörth



Graphik Strasbourg-Cronenbourg

STRASBOURG - CRONENBOURG CITÉ NUCLÉAIRE



1.3 Kooperationen und Schnittstellen mit den Teilprojekten des Verbundprojektes¹⁰

Aufgaben- und Themenstellungen des Verbundprojektes und ihrer Teilprojekte

Die vorliegende Untersuchung ist als Teilprojekt 3 Bestandteil des Verbundprojektes „Stadtregion Karlsruhe 2030 – Grenzen überwinden“¹¹, das zur Aufgabe hat, Entwicklungskonzepte und –perspektiven für den Zeithorizont 2030 an Hand ausgewählter Themen bzw. Problemstellungen im Stadt-Umlandbereich von Karlsruhe sowie der angrenzenden Gemeinden und Landkreise der Südpfalz und des Nordelsaß zu erarbeiten. Dieser auch als „FUTURE-Bereich 2030“ bezeichnete Untersuchungsraum wurde beispielhaft in projektspezifischen Ausschnitten (Teilräumen) an Hand folgender Problemstellungen – den Prinzipien der Nachhaltigkeit folgend – untersucht:

Teilprojekt 1: „Bindeglied Rheinlandschaft“

Teilprojekt 2: „Regionale Verflechtungen und Organisation unter Berücksichtigung administrativ rechtlicher Aspekte“

Teilprojekt 3: „Soziale Durchmischung des Wohnens. Maßnahmen zur Abmilderung von Segregationsprozessen“

Teilprojekt 4: „Zentrensystem und Citybereich“

Im Rahmen der angeführten Teilprojekte des Verbundprojektes werden exemplarisch zukunftsfähige Lösungs- und Handlungsansätze vor dem Hintergrund der gesamten Stadtregion für den Zeithorizont 2030 erarbeitet. Der genannte Untersuchungsbereich soll über Entwicklungskonzepte und -perspektiven unter Beachtung rechtlicher, planerischer, sozialer, wirtschaftlicher, architektonischer, ökologischer, verkehrstechnischer und städtebaulicher Aspekte für eine zukunftsgerechte Stadt- und Regionalentwicklung vorbereitet werden.

¹⁰ Vgl. dazu die ausführliche Darstellung im gemeinsamen Teil des Endberichtes: Henri Bava u.a.: Stadtregion Karlsruhe - Grenzen überwinden. Zukunftsfähiger Umgang im Spannungsfeld Oberzentrum und Suburbaner Raum, Endbericht – gemeinsamer Teil, Kaiserslautern/Karlsruhe 2002.

¹¹ Vgl. dazu: Stadt Karlsruhe, Amt für Stadtentwicklung (Hrsg.): Vorhabensbeschreibung des Verbundprojektes „Stadtregion Karlsruhe 2030 - Grenzen überwinden“, Karlsruhe 2001.

Unterschiedliche Untersuchungs- und Handlungsebenen der Teilprojekte

Aus den Themenstellungen der Teilprojekte wird bereits deutlich, dass sich diese auf unterschiedliche räumliche Handlungsebenen beziehen:

- auf regionaler Ebene erfolgt schwerpunktmäßig die Auseinandersetzung mit bestehenden Verflechtungen und Tendenzen der Suburbanisierung sowie die Betrachtung einer zukunftsfähigen politischen Organisation und Repräsentanz der Region und deren administrativ-rechtliche Aspekte;
- auf der teilregionalen Ebene werden Zentralsysteme und die Citybereiche der Stadtregion Karlsruhe analysiert und bewertet;
- auf der stadtreionalen Ebene werden mit der Rheinlandschaft landschaftsbezogene und städtebauliche Aspekte behandelt;
- Untersuchungsgegenstand auf der Ebene des Stadtquartiers sind die Konzentration von Problemgruppen der Wohnbevölkerung bzw. die soziale Durchmischung von Wohngebieten und die Untersuchung von Wohnpräferenzen.

Vielfältige Verflechtungen und Wechselwirkungen zwischen den Teilprojekten

Zwischen den Handlungsebenen der Teilprojekte bestehen vielfältige strukturelle und inhaltliche Verflechtungen sowie Wechselwirkungen, die eine enge Kooperation zwischen den am Verbundprojekt beteiligten Akteuren erforderte, die den Themenstellungen entsprechend unterschiedlichen Professionen angehören (Stadt-, Regional-, Landschaftsplaner, Stadtsoziologen etc.). Ein Charakteristikum des Verbundprojektes besteht daher in der Interdisziplinarität sowie in der Folge in der Notwendigkeit des fachübergreifenden Wissenstransfers. Ziel des Verbundprojektes war daher einerseits die gemeinschaftliche Erarbeitung von grundlegenden Entwicklungskonzepten und –perspektiven für den Zeithorizont 2030, die in der Folge von den Teilprojekten differenziert ausgestaltet wurden, und andererseits die Abstimmung und Optimierung dieser Planungsvorschläge der Teilprojekte unter Berücksichtigung der Wechselwirkungen und Verflechtungen der angeführten Handlungsebenen.

Darstellung der Verflechtungen und Wechselwirkungen am Beispiel des FOCUS-Dreiecks: Rheinhafen Karlsruhe - Wörth - Lauterbourg

Zur konkreten Darstellung der Verflechtungen und Wechselwirkungen der Themenstellungen, Szenarien und Planungsvorhaben der Einzelprojekte wurde der sogenannten FOCUS-Bereich ausgewählt. Es handelt sich hierbei um einen Ausschnitt des stadtreionalen Untersuchungsbereiches (FUTURE-Bereich), und zwar um das räumliche Dreieck Rheinhafen Karlsruhe – Wörth – Lauter-

bourg. Die Lage des betrachteten räumlichen Dreiecks zur Staats- und Landesgrenze sowie zu wichtigen Verkehrsknotenpunkten, ihre funktionale Bedeutung bezüglich regionaler Verflechtungen und ihre besondere Position und Bedeutung für die Rheinlandschaft verleihen den Orten eine gewisse Schlüsselfunktion für die zukünftige Entwicklung der Stadtregion.

Jede Veränderung auf groß- bzw. kleinräumiger Handlungsebene beeinflusst den Segregationsprozess:

Residentielle Segregation bezeichnet – vgl. ausführlich dazu Kap. 2 - die Kumulation bzw. Konzentration von Bevölkerungsgruppen auf Standorte des Wohnens. Als Prozess betrachtet, handelt es sich um einen Vorgang der Entmischung von Bevölkerungsgruppen und dem Entstehen mehr oder weniger homogener Nachbarschaften. Daraus wird deutlich, dass Segregation in engem Zusammenhang mit Integrations- bzw. Exklusionsprozessen zu sehen ist.

Städtebauliche Veränderungen wie die Errichtung von Wohnanlagen, Einrichtungen für Konsum und Freizeit aber ebenso gesetzliche Maßnahmen zur Förderung von Arbeitsplätzen etc. beeinflussen in diesem Sinne Segregationsprozesse indem sie eher integrative bzw. exkludierende Auswirkungen für Bevölkerungsgruppen hervorrufen.

Am Beispiel der betrachteten drei Orte des Focus-Dreiecks wurden die von Stadt- und Regionalplanern vorgeschlagenen Programmierungen sowie Standorte neuer Zentren und Einrichtungen in der Stadtregion durch das Aufzeigen integrationsfördernder und Exklusion vermeidender Maßnahmen begleitet und evaluiert. Durch die Analyse der Segregationsauswirkungen sowie die Bewertung der Risiken negativer Segregationsfolgen wird im weiteren eine Evaluierung der Kontrastszenarien und der durch die Stadt- und Raumplaner entwickelten Organisationsmodelle ermöglicht. Hinsichtlich der entsprechenden Diskussion für die geplanten Vorhaben im FOCUS-Bereich sei auf den gemeinsamen Teil des Endberichtes des Verbundprojektes verwiesen.¹²

¹² Vgl. Henri Bava u.a.: Stadtregion Karlsruhe - Grenzen überwinden. Zukunftsfähiger Umgang im Spannungsfeld Oberzentrum und Suburbaner Raum, Endbericht – gemeinsamer Teil, Kaiserslautern/Karlsruhe 2002.

2. Was ist Segregation?

Von der sozialräumlichen Strukturierung zum sozialen Problem

Soziales Handeln findet im Raum statt. In den Städten und in ihrem Verhältnis zum Umland nehmen gesellschaftliche Formationen räumliche Gestalt an. Die durch Arbeitsteilung u.a.m. angetriebene Differenzierung der Gesellschaft bewirkt eine Differenzierung der Siedlungsräume nach der Flächennutzung; soziale Ungleichheit bildet sich in räumlicher Ungleichheit ab. Zusammenfassend sei mit Bourdieu festgehalten: „In einer hierarchisierten Gesellschaft gibt es keinen Raum, der nicht hierarchisiert wäre und nicht Hierarchien und soziale Abstände zum Ausdruck brächte.“¹³

Das räumliche Abbild von sozialer Differenzierung das heißt das räumliche Abbild von sozialen Gruppierungen innerhalb einer Gesellschaft wird als (räumliche) Segregation bezeichnet. Betrachtet man speziell das räumliche Abbild sozialer Gruppierungen auf Standorte des Wohnens, so spricht man von *residentialer* Segregation.

Allerdings gibt es auch keine Gesellschaft, in der alle Individuen in völliger Gleichheit zusammenleben. Soziale Differenzierung ist ein Phänomen, das in allen Gesellschaften besteht. Die empirische Erfahrung lehrt, dass Segregation nicht per se als problematisch erfahren wird. Die Konzentration bestimmter sozialer Problem- bzw. Randgruppen ist jedoch oftmals mit Folgen verbunden wie sinkende Mietpreise, abnehmende Investitionsbereitschaft, verwahrloste Straßenzüge, erhöhte Kriminalitätsraten etc., die „soziale Brennpunkte“ kennzeichnen. Erst wenn sich Segregation verbindet mit einer deutlichen Ungleichverteilung von Lebenschancen und gesellschaftlichen Privilegien für die bestehenden sozialen Gruppen, führt sie zu (ungewollten) Formen der Ausgrenzung und Diskriminierung. Das heißt der Vorgang der Entmischung der Wohnbevölkerung eines Stadtteils bzw. eines Teilraumes davon und in der Folge die Konzentration von Bevölkerungsgruppen in diesen (Teil-)Räumen *kann* mit erheblichen Problemen korrelieren.

¹³ Bourdieu, Pierre: Effets de lieu, in: Pierre Bourdieu et al.: La misere du monde, Paris 1993, S. 251 (deutsche Übersetzung: Dies.: Das Elend der Welt, Konstanz 1997).

Angesichts der aufgezeigten mehrfachen Heterogenität der materiellen Lebensbedingungen in Deutschland besteht eine Verteilungskrise, die wachsende soziale und regionale Konfliktpotentiale in sich trägt.

Das angeführte Manifest der Oberbürgermeister: „Rettet unserer Städte jetzt!“ wies Mitte der neunziger Jahre darauf hin, dass die angesprochenen Polarisierungstendenzen die sozialräumlichen Segregationsausprägungen in den Städten erhöhen sowie zunehmende Risiken für die Entstehung neuer „sozialer Brennpunkte“ in sich bergen.¹⁴

Residentielle Segregation ist also nicht nur als Widerspiegelung gesellschaftlichen Verhältnisse von Interesse sondern und weil sie Folgen hat, für die Bewohner einerseits, für die Stadt und die Gesellschaft andererseits. Ein „soziales Problem“ stellt die soziale Segregation der Wohngebiete genau dann dar, wenn sich für die Bewohner daraus negative Effekte ergeben und das würde in diesem Fall heißen: wenn die soziale Ungleichheit durch die residentielle Segregation verstärkt wird – wenn sie also nicht nur Ausdruck von, sondern selbst Quelle für Benachteiligung ist.¹⁵ Dann kann die soziale Ungleichheit der Wohnverhältnisse zu einem politischen Problem werden. Wenn sie so weit geht, dass bestimmte Gruppen der Bevölkerung systematisch benachteiligt werden, indem ihnen Optionen, die die Gesellschaft üblicherweise ihren Mitgliedern bietet, verschlossen bleiben, dann ist die Integration der Stadtgesellschaft gefährdet.¹⁶

Segregation ist also nicht nur ein *Zustand*, den wir in unterschiedlichsten Ausprägungen in Städten vorfinden, sondern auch ein *Prozess*, dessen Ausprägungsformen es zu lenken gilt. Der Begriff der Segregation beschreibt in dynamischer Betrachtung Prozesse der räumlichen Differenzierung, Sortierung und Separierung sozialer Gruppen; in statischer Betrachtung ist sie das Muster disproportionaler Verteilung von Bevölkerungsgruppen im städtischen Raum.

Die sozialräumliche Entmischung kann erhebliche Konsequenzen sowohl für die Quartiere als auch für die sozialen Gruppen haben. Als quartierliche Folge ist z.B. die geringe Ausstattung mit sozialen und kulturellen Infrastruktureinrichtungen in Arbeitergebieten belegt worden, wodurch die Lebenslage ohnehin schon

¹⁴ Vgl. Kronawitter, Georg (Hrsg.): *Rettet unsere Städte jetzt! Das Manifest der Oberbürgermeister*, Düsseldorf/Wien/New York/Moskau 1994.

¹⁵ Vgl. Herlyn; Ulfert: *Einleitung: Wohnquartier und soziale Schicht*, in: Ulfert Herlyn (Hrsg.): *Stadt und Sozialstruktur*, München 1974, S. 28f.

¹⁶ Vgl. Häußermann, Hartmut/Siebel, Walter: *Wohnverhältnisse und Ungleichheit*, in: Annette Harth/Gitta Scheller/Wulf Tassin (Hrsg.): *Stadt und soziale Ungleichheit*, Opladen 2000, S. 121.

Benachteiligter weiter negativ beeinflusst wird.¹⁷ Außerdem kann sich die räumliche Distanz sozialer Gruppen in einer erhöhten Kategorisierungs- und Stigmatisierungsbereitschaft äußern, bis hin zu einer offenen Diskriminierung der Bewohnerschaft negativ etikettierter Viertel. Solche Images können dann selbst zur Ursache weiterer Segregationsvorgänge werden, so dass eine Spirale der Abwertung entsteht. Mit Segregation kann weiterhin eine verstärkte Abkapselung und Entfremdung der verschiedenen sozialen Alltagswelten verbunden sein.

Sozialräumliche Untersuchungen, die (stadt-)soziologischen, stadtplanerischen bzw. sozialpolitischen Fragestellungen dienen sollen, können nicht bei der statistischen Messung von Segregation stehen bleiben. Sie sind notwendigerweise als Mehrebenenanalyse anzulegen. Für die drei Analyseebenen Mikro-, Makro- und Mesoebene/-raum sind jeweils unterschiedliche empirische Untersuchungsansätze zu wählen (vgl. Kap. 3: Methodische Konzeption der Studie). Erst die Zusammenschau aus amtlichen Daten (Sozialhilfeempfängerzahlen, Arbeitslosigkeitsraten etc.) einerseits sowie Experten- und Betroffeneninterviews andererseits zeichnen ein vollständiges Bild der Segregationsmuster und deren Folgen für die betroffenen Bewohner des Stadtteils.

¹⁷ Vgl. Herlyn, Ulfert: Großstadtstrukturen und ungleiche Lebensbedingungen in der Bundesrepublik: Verteilung und Nutzung sozialer Infrastruktur, Frankfurt/New York 1980.

3. Theoretischer Ansatz und methodische Konzeption der Studie

3.1 Systemtheoretischer Zugang und Projektablaufplan

Die Untersuchung – wie auch das Verbundprojekt insgesamt¹⁸ - basiert auf einem Top-Down-Ansatz. Das heißt für den vorgegebenen Zeithorizont 2030 werden aus der vergleichenden Analyse der Untersuchungsbereiche Ziele sowie Entwicklungskonzeptionen entwickelt und konkrete Handlungsmaßnahmen benannt, die das Erreichen der Ziele und Konzeptionen stützen.

Die Alternative eines Bottom-Up-Ansatzes, das heißt, ausgehend von der Bestandsaufnahme resultieren nach der Festlegung von demographischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die künftige Entwicklung die Szenarien quasi als „logische“ (deterministische) Schlussfolgerungen, war vor allem vor dem Hintergrund einer zu betrachtenden Zeitspanne von 30 Jahren nicht realisierbar. So sind die voraussichtlichen Entwicklungen der demographischen und ökonomischen Merkmale für den Zeithorizont 2030 nicht nur mit großen Unsicherheiten behaftet, sondern sind vor allem nur auf Länder- bzw. Bundesebene verfügbar und können nicht auf die lokale Ebene (Stadtregion Karlsruhe) disaggregiert werden.

Die Grundlegung des Top-Down-Ansatzes bedeutet jedoch nicht, dass die bestehenden Verhältnisse keine Berücksichtigung gefunden hätten. Aus dem Projektablaufplan ist ersichtlich, dass eine grundlegende (vergleichende) Bestandsaufnahme die Basis der Analysen bildet, ohne jedoch einem deterministischen Bottom-Up-Modell zu folgen.

Zusammenfassung der Arbeitsziele (vgl. dazu: Strukturplan/Projektablaufplan):

- Darstellung der konkreten Situation in den ausgewählten Vergleichsorten

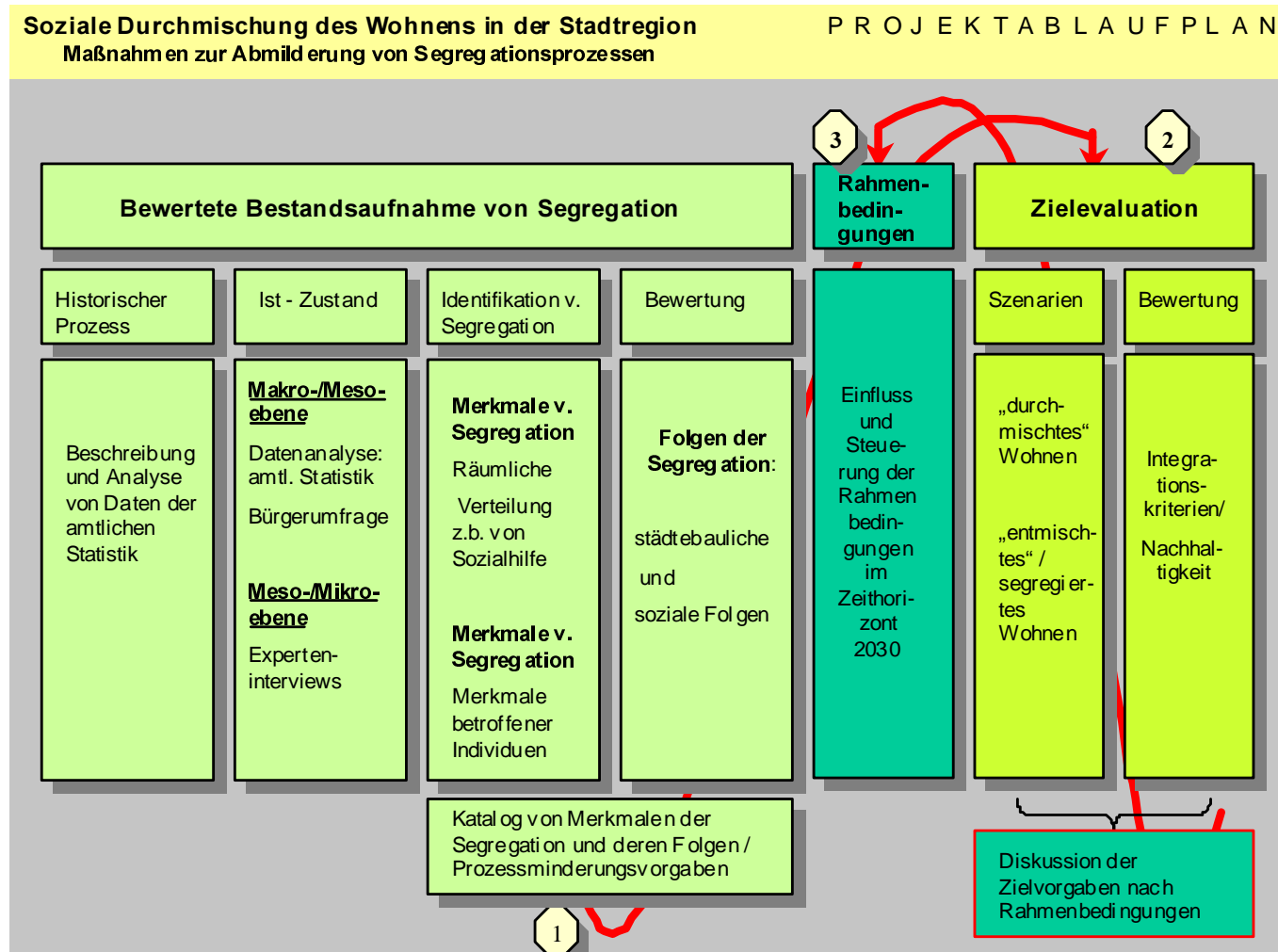
¹⁸ Vgl. Kap. „Methodik“ des gemeinsamen Teils des Endberichtes des Verbundprojekts: Henri Bava u.a.: Stadtregion Karlsruhe - Grenzen überwinden. Zukunftsfähiger Umgang im Spannungsfeld Oberzentrum und Suburbaner Raum, Endbericht – gemeinsamer Teil, Kaiserslautern/Karlsruhe 2002.

- Beschreibung von unterschiedlichen Einflussparametern
- Darstellung des Wirkungsgefüges residentieller Segregationsprozesse (ökonomisch, sozial, kulturell, städtebaulich etc.)
- Beurteilung der Einflussgrößen hinsichtlich Vorhersehbarkeit, Aktions- bzw. Reaktionsmöglichkeit
- Handlungsempfehlungen, die auf eine vertiefte Kenntnis von Ursache und Wirkung sowie Aktions- und Reaktionsmöglichkeit auf das Phänomen „soziale und räumliche Segregation“ abstellen.

Die im Rahmen des Top-Down-Ansatzes erarbeiteten Ziele und Konzeptionen zeigen den Entscheidungsträgern mögliche Entwicklungen auf, die durch entsprechende Handlungsmaßnahmen angestrebt werden können. In die entsprechenden Handlungsmaßnahmen sind die bestehenden Rahmenbedingungen (demographische und ökonomische Determinanten) sowie deren künftige (wahrscheinliche) Entwicklung einzubeziehen.

Die Handlungsempfehlungen erfolgen unter Berücksichtigung der Handlungsoptionen „Nachhaltigkeit“ und „Grenzen überwinden“.¹⁹

¹⁹ Vgl. dazu die Kap.: „Soziale Nachhaltigkeit im Kontext von Wohnpräferenzen und Segregationsprozessen“, „Grenzüberwindung im Kontext sozialer Prozesse“, und: „Soziale Umwertung von Raum“ im gemeinsamen Teil des Endberichtes des Verbundprojekts: Henri Bava u.a.: Stadtregion Karlsruhe - Grenzen überwinden. Zukunftsfähiger Umgang im Spannungsfeld Oberzentrum und Suburbaner Raum, Endbericht – gemeinsamer Teil, Kaiserslautern/Karlsruhe 2002.



3.2 Mehrebenenansatz

Zur Identifikation der Ursachen und Folgen residentieller Segregation wird innerhalb des dargelegten Projektablaufplanes ein Mehrebenenansatz verfolgt.

3.2.1 Ansätze zu einem Konzept gesellschaftlicher Räume

Dieter Läßle schlägt in seinem viel beachteten „Essay über den Raum“²⁰ (1992) im Kapitel „Ansätze zu einem Konzept gesellschaftlicher Räume“ die Unterscheidung der Analyseniveaus von Mikro-, Meso- und Makroräumen vor, die grundsätzlich auf einem relationalen Raumverständnis basieren; in Anlehnung daran konzipiert Jens Dangschat drei Analyseebenen mit folgenden Untersuchungsschwerpunkten:²¹

- *Makroebene*: Darstellung der überörtlichen Rahmenbedingungen, unter denen sich Sozialräume entwickeln (z.B.: gesellschaftliche Entwicklungstendenzen, Wirtschafts-, Sozial-, Wohnungspolitik auf kommunaler bzw. überkommunaler Ebene);
- *Mesoebene*: Analyse der Stadtteile bzw. Teilgebiete der Untersuchungseinheit auf Segregationsmuster, die beispielsweise Merkmale der Integration fördern bzw. Exklusionsrisiken verschärfen;
- *Mikroebene*: Analyse der sozialen Bedingungen und kulturellen Voraussetzungen unter denen Individuen und Haushalte handeln sowie Untersuchung der Handlungsmöglichkeiten und –chancen der Individuen unter sozialen, kulturellen und sozialräumlichen Bedingungen.

Die durchgeführte vorliegende Studie „Soziale Durchmischung des Wohnens in der Stadtregion. Maßnahmen zur Abmilderung von Segregationsprozessen“ folgt dieser Konzeption, wobei deren Operationalisierung im Sinne einer empirischen/angewandten Analyse nur unter dem Einsatz unterschiedlicher theoretischer und methodischer Zugänge möglich ist. So erfolgt das

²⁰ Vgl. Läßle, Dieter: Essay über den Raum, in: Hartmut Häußermann u.a.: Stadt und Raum. Soziologische Analysen, Pfaffenweiler 1992, S. 157-207.

²¹ Vgl. Dangschat, Jens S.: Warum ziehen sich Gegensätze nicht an? Zu einer Mikro-Meso-Makrotheorie ethnischer und rassistischer Konflikte um den städtischen Raum, in: H. Heitmeyer, R. Dollase, O. Backes (Hrsg.): Die Krise der Städte, Frankfurt 1998.

(vergleichende) Messen und Identifizieren von Segregation in der Regel unter Verwendung aggregierter statistischer quantitativer Daten für definierte räumliche Untersuchungseinheiten (Mesoebene), während die bewertende Analyse zusätzliche (meist qualitative) Informationen bzw. Erhebungen auf der Mikro- wie Makroebene voraussetzt (Experteninterviews).

3.2.2 Operationalisierung des Mehrebenenansatzes in der vorliegenden Studie

Die Darstellung der Problemlagen der Segregation, das heißt die überörtlichen und örtlichen Ursachen, die charakteristischen Ausprägungen (Segregationsmuster) sowie deren Folgen bzw. Auswirkungen werden in der vorliegenden Untersuchung nach thematischen Schwerpunkten („Segregierte Gesellschaft“, „Großwohnsiedlungen“, „Potentiale negativer Segregationsfolgen“ etc.) detailliert analysiert und diskutiert, wobei diese Analysen implizit auf der Konzeption und Operationalisierung des Mehrebenenansatzes basieren.

Im folgenden sei diese Zuordnung bzw. Beziehung zwischen den thematischen Schwerpunkten und dem Mehrebenenansatz verdeutlicht:

Makroebene: *Darstellung der überörtlichen Rahmenbedingungen*

Zentrale Charakteristiken der überörtlichen Rahmenbedingungen, die die sogenannte „Spaltung der Städte“ mit verursachen werden in Kap. 1.1 dargestellt; aus dem Blickwinkel örtlicher Problemlagen werden spezifische überörtliche Merkmale bzw. Ursachen der Segregationsprobleme im Rahmen der Diskussion der Expertenaussagen in Kap. 7 dargelegt.

Mesoebene: *Darlegung der Segregationsausprägungen/-muster örtlicher Untersuchungseinheiten (städtische Teilräume)*

Die Identifikation von Segregationsmerkmalen und –mustern erfolgt differenziert nach sozialen Merkmalen/Indikatoren auf der Basis quantitativer (amtlicher) Daten in Kap. 6 sowie nach städtebaulichen Merkmalen im Rahmen der Merkmalsanalyse von Großwohnsiedlungen in Kap. 4, weiterhin in Kap. 5 im Rahmen der vergleichenden Bestandsaufnahme der Untersuchungsbereiche (Karlsruhe-Oberreut, Wörth-Dorschberg und Strasbourg-Cronenbourg) sowie in Kap. 6 aus der Analyse quantitativer (amtlicher) Statistiken.

Mikroebene: *Analyse der individuellen Handlungsmöglichkeiten und –chancen sowie der Folgen von Segregation für die betroffenen Individuen*

Die Identifikation der Folgen der Segregation für das individuelle Handeln der in den Untersuchungsbereichen wohnenden Bevölkerung erfolgt ei-

nerseits aus Analysen der regelmäßig durchgeführten Bürgerumfrage in Karlsruhe sowie nach Einschätzungen von Experten (Kap. 7 und 8).

Es muss nicht weiter betont werden, dass die Differenzierung nach den angeführten Analyseebenen idealtypisch ist. Die Übergänge zwischen den Ebenen sind fließend und entsprechend kann ein Analyseschritt nicht nur mit einer Ebene korrespondieren. Hervorgehoben sei jedoch in diesem Zusammenhang, dass sich Segregationsanalysen nicht auf eine Ebene beschränken dürfen. So können aus der Identifikation von sozialräumlichen Ungleichheiten auf der Mesoebene noch keine Aussagen über die Folgen für die betroffenen Individuen (Mikroebene) getätigt werden - dies wäre ein „klassischer“ Analyseebenenfehlschluss; lediglich die Ableitung von Hypothesen über die Segregationsfolgen sind auf der Mesoebene möglich, die durch weiterführende Untersuchungen auf der Mikroebene zu falsifizieren bzw. zu verifizieren sind. Erst aus der Gesamtschau aller drei Analyseebenen ergibt sich ein vollständiges Bild des Ursachen-Wirkungsgefüges von (residentieller) Segregation.

Insgesamt ist aus den aufgezeigten Operationalisierungsschritten des Mehrebenenansatzes ersichtlich, dass von der Makroebene ausgehend, auf der Mesoebene eine Identifikation von Segregationsmustern und Risikopotentialen negativer Segregationsfolgen erfolgt, um schließlich eine Bewertung der Segregationsfolgen und –auswirkungen im Sinne von Handlungsmöglichkeiten und –chancen der Individuen auf der Mikroebene vorzunehmen. Innerhalb dieses analytischen Spannungsbogens von der Makro- zur Mikroebene werden die Zusammenhänge zwischen den Analyseebenen mehrfach aufgezeigt und diskutiert.

4. Untersuchungsbereiche: Im Aus der Vorstädte?

4.1 Großwohnsiedlungen: Die verbindende Charakteristik der Untersuchungsbereiche

In kurzen Zeitspannen errichtete neue Wohnstandorte „auf der grünen Wiese“

Gemeinsames Charakteristikum der untersuchten Stadtteile in der Stadtregion Karlsruhe bzw. darüber hinausgehend in Strasbourg ist, dass es sich um Wohnsiedlungen handelt, die in relativ kurzer Zeitspanne für eine große Anzahl von Bewohnern errichtet wurden. Die Standorte wurden zuvor überwiegend landwirtschaftlich oder als Wald genutzt. Es handelt sich also nicht um Konversionen von zuvor bereits baulich z.B. industriell oder militärisch genutzten Flächen, weshalb neben der Errichtung der Gebäude zunächst eine vollständige Erschließungsinfrastruktur (Verkehrswege, Ver- und Entsorgung) herzustellen war.

Räumlich / baustrukturell isolierte Standorte

Die betrachteten Stadtteile Karlsruhe-Oberreut, Wörth-Dorschberg und Strasbourg-Cronenbourg (Cité Nucléaire) grenzen sich durch Randlage zu historisch gewachsenen Siedlungs- bzw. Stadtstrukturen ab (siehe dazu die Kartenausschnitte zur geographischen Lage der Untersuchungsbereiche in Kap. 1.2). Die physisch-räumliche Abgrenzung zu bestehenden Siedlungsstrukturen wird dabei durch lineare Elemente wie breite und stark frequentierte Verkehrsstrassen (Straßen- und Bahnverbindungen), aber auch durch landschaftliche oder topografische Zäsuren wie Waldstreifen, Freiflächen oder wahrnehmbare Höhenunterschiede verdeutlicht. Neben der durch physische Abgrenzung identifizierbaren Unterscheidung von vorhandenen Stadt- und Siedlungsgrundrissen, stellt die markante Bauweise der im Vergleich zur Umgebung oft maßstabssprengenden Baukörper ein deutlich wahrnehmbares morphologisches Unterscheidungsmerkmal dar. Der Eindruck städtebaulicher Isolation / Insellage wird dadurch unterstützt.



Karlsruhe Oberreut, (Waldlage)



Würth Dorschberg (Zentrum)



Das Quartier „îlot Kepler“, von der Cité Nucléaire im Strasbourger Stadtteil Cronenbourg nicht zuletzt durch breite Straßentrassen isoliert.

Es handelt sich um Siedlungsformen, die städtebaulich zunächst als Typus der Großwohnsiedlungen, Trabanten- oder Satellitensiedlungen identifiziert werden können. In den mehrgeschossigen Zeilen- und Blockbebauungen bzw. Hochhauskomplexen dominieren hinsichtlich der Eigentumsverhältnisse Mietwohnungen unterschiedlicher Größen, die überwiegend mit Mitteln des „Sozialen Wohnungsbaus“ errichtet wurden.

Die Zeitepoche, in der die untersuchten Siedlungen entstanden, lag Ende der 60er bis Mitte/Ende der 70er Jahre, einer Zeit, die von einem hohen Bedarf an adäquatem Wohnraum insbesondere für Familien mit mehreren Kindern geprägt war.

Die 60er Jahren waren vor allem durch wirtschaftlichen Aufschwung und annähernder Vollbeschäftigung geprägt. So wurden in den Jahren 1962 bis 1966 und dann wieder 1969 weniger als 200 Tsd. Arbeitslose gezählt, was einer Arbeitslosenquote von unter 1 Prozent entsprach.²² Auch in Frankreich hatte die Entwicklung der „30 glorieuses“, also der Jahre starken wirtschaftlichen

²² Vgl. Hinrichs, Jutta/Giebel–Felten, Elvira: Die Entwicklung des Arbeitsmarktes 1962–2001. Arbeitspapier der Konrad Adenauer Stiftung e.V., Sankt Augustin, Juli 2002, S. 7 ff.

Aufschwung nach dem 2. Weltkrieg, zu ähnliche Auswirkungen geführt. Infolge zeitweilig erheblichen Mangels an Arbeitskräften, wurden in beiden Staaten ab der zweiten Hälfte der 50er Jahre ausländische Arbeitnehmer in großer Zahl angeworben, die ihrerseits mit Wohnraum versorgt werden mussten.²³

Die Entstehungsperiode der betrachteten Siedlungen fällt jedoch auch zum Teil (Wörth-Dorschberg und Oberreut-Feldlage) noch in die 70 er Jahre; die Bebauung der Siedlungsabschnitte der „Feldlage“ des Karlsruher Stadtteils „Oberreut“ ist bis heute nicht vollständig abgeschlossen.

Bis 1973 hielt die Phase der Vollbeschäftigung an. In den Folgejahren der Ölkrise bis etwa 1975 erhöhte sich die Zahl der Arbeitslosen jedoch sprunghaft bis etwa auf das Vierfache. Trotz positiver Wachstumsraten in den darauffolgenden Jahren bis Ende der 70er stagnierte die Arbeitslosenquote bei Werten zwischen 4,3 und 4,7 Prozent.²⁴ Hervorzuheben ist jedoch, dass die damaligen Arbeitslosenzahlen absolut wie relativ wesentlich geringer waren im Vergleich zu jenen der späten 80er und 90er Jahre.

Sowohl in Karlsruhe als auch in Strasbourg und Wörth galt es, binnen kurzer Frist für jeweils mehrere tausend Menschen neuen und aus damaliger Perspektive qualitativ hochwertigen Wohnraum zu schaffen. Zwischen 1964 und 1970 zogen z.B. 5.700 neue Einwohner in die 1.160 neuen Wohnungen der „Waldlage“ von Oberreut²⁵. In Karlsruhe und Strasbourg lag das Hauptaugenmerk darauf, weite Teile der Bewohner aus den Altbauquartieren der Innenstädte, die sich durch überalterte und teilweise infolge von Kriegseinwirkungen geschädigte Bausubstanz auszeichneten, mit zeitgemäßem Wohnraum sowohl hinsichtlich der Wohnungsausstattung als auch des Wohnumfeldes insbesondere unter Aspekten wie Besonnung und Belüftung, zu versorgen.

Im Unterschied dazu bestand in Wörth die Anforderung, quantitativ und qualitativ adäquaten Wohnraum für eine Vielzahl von Arbeitskräfte, die in erster Linie durch die Ansiedlung des Daimler-Benz LKW-Werkes (1960)²⁶ erforderlich waren, zu schaffen. Im Vergleich zu den Stadtteilen Karlsruhe (Oberreut) und Strasbourg (Cronenbourg) bestehen im Hinblick auf die Themenstellung weitere

²³ Vgl. Treibel, Annette: Migration in modernen Gesellschaften. Soziale Folgen von Einwanderung, Gastarbeit und Flucht, 2. te Aufl., Weinheim/München 1999, S. 54ff.

²⁴ Vgl. Hinrichs, Jutta/Giebel-Felten, Elvira: Die Entwicklung des Arbeitsmarktes 1962–2001, a.a.O., S. 7 ff.

²⁵ Gaedtke, G.: „Oberreut Chronik“ und Bilger, Manfred: „Über Oberreut“ in www.oberreut.org.

²⁶ www.werk-woerth.daimlerchrysler.de

Heute sind im größten LKW-Montagewerk Europas mehr als 9.000 Mitarbeiter beschäftigt; die Bevölkerungszahl von Wörth beträgt inkl. aller Stadtteile 9.246 EW.

zentrale Unterscheidungsmerkmale, auf den folgenden Kapiteln näher eingegangen wird.

Unzureichende Infrastruktur

Gemeinsame Charakteristika der untersuchten Wohnsiedlungen Oberreut und Cronenbourg mit ihren quartiersweisen Untergliederungen liegen außerdem in einem defizitären infrastrukturellen Versorgungsgrad, vor allem hinsichtlich Einzelhandel, aber auch bei privaten Dienstleistungen, Gastronomie etc. Als reine Wohnstandorte geplant, wurden vor Ort bzw. im näheren Umfeld Arbeits- und Ausbildungsplätze für die Bewohnerinnen/ Bewohner nicht vorgesehen.

Soziale Problemstellungen

In Teilen Oberreuts (Waldlage) und Cronenbourgs (Cité Nucléaire) hat die räumliche Konzentration von Sozialwohnungen (Wohnungen mit Belegungsbindung) zum Teil in Verbindung mit einer einseitigen Belegungspraxis (Cité Nucléaire) zu einer Kumulation von einkommensschwachen und anderen benachteiligten Bevölkerungsgruppen beigetragen. Heute, in Zeiten wirtschaftlicher Schwierigkeiten und anhaltend hoher Arbeitslosigkeit sind viele Bewohner zunehmend auf Sozialhilfe, Arbeitslosenhilfe oder Arbeitslosengeld angewiesen, während gleichzeitig überdurchschnittlich viele Familien mit „Migrationshintergrund“ (Aussiedler/ Ausländer) und in der Folge Integrationsproblemen in den Siedlungen anzutreffen sind.

4.2 Problemlagen, Qualitäten und Potentiale von Großwohnsiedlungen an der städtischen Peripherie

4.2.1 Problemlagen von Großwohnsiedlungen

In Großwohnsiedlungen der 1960er und 70er Jahre treten häufig verschiedene negative Faktoren aus den Bereichen Städtebau, Ökologie/Umwelt, Infrastrukturausstattung, Ökonomie und Soziales sowie anderen Gebieten auf.

Im Folgenden werden einige der genannten zentralen Faktoren näher erläutert.

Städtebau

Großwohnsiedlungen grenzen sich mit ihrer Stadtrandlage und der damit verbundenen Entfernung zur Innenstadt räumlich aus. Diese Trabanten- oder Satellitensiedlungen mit ihrem monofunktionalen Schlafstadtcharakter befinden sich häufig in der Nähe zu Einfamilienhausgebieten oder Gebieten mit dörflich geprägtem Charakter.

Die markante Bauweise der oft maßstabssprengenden Baukörper haben eine barriereartige Wirkung und sorgt somit für eine städtebauliche Isolation.

Die mangelnde städtebauliche Individualität der Großwohnsiedlungen erschwert den Bewohnern(innen) der Siedlung eine Identifikation mit ihrem Stadtteil.

Ökologie/ Umwelt

Großwohnsiedlungen in Stadtrandlage sind umgeben von „grünen“ Bereichen im Übergang zur offenen Landschaft. Potenzielle Naherholungsmöglichkeiten bleiben aufgrund der mangelnden systematischen Übergänge zu den Grünzügen häufig unerschlossen.

Innerhalb der Großwohnsiedlungen ist ein extremer Versiegelungsgrad des Bodens zu beobachten; d.h. freie Flächen zwischen den einzelnen Gebäuden sind meist nur mangelhaft gestaltet. Auf eine ökologisch motivierte Nutzung wird häufig zugunsten einer reinen Rasenflächen verzichtet.

Ökologisch wertvolle und üppige Bepflanzungen werden unterlassen, so dass die dürftige Durchgrünung ebenso für einen geringen Aufenthaltswert sorgt wie die in Großwohnsiedlungen häufig zu beobachtende Nähe zu mehrspurigen Hauptverkehrsstraßen mit ihren starken Emissionen.

Infrastruktur

Die Großwohnsiedlungen der 1960er und 70er Jahre weisen häufig einen defizitären infrastrukturellen Versorgungsgrad auf. So werden nachbarschaftliche Beziehungen in den Siedlungen durch die mangelnden nutzergerechten Angebote zur Freizeitgestaltung sowie die fehlenden Kommunikationsräume erschwert. Auffällig sind zum Teil auch Versorgungsdefizite im Einzelhandel aufgrund der geringen Attraktivität von Einkaufszentren in Großwohnsiedlungen, wodurch sich häufig auch Kaufkraftverluste der lokalen Wirtschaft verursachen können.

Ökonomie

Die Großwohnsiedlungen wurden meist als reine Wohngebiete geplant, so dass vor Ort bzw. im näheren Umfeld Arbeits- und Ausbildungsplätze für die Bewohnerinnen/ Bewohner fehlen.

Soziales

In den Großwohnsiedlungen hat die räumliche Konzentration von Sozialwohnungen (Wohnungen mit Belegungsbindung) in Verbindung mit einer einseitigen Belegungspraxis zu einer Ballung von einkommensschwachen und anderen Benachteiligten Bevölkerungsgruppen beigetragen. Viele Bewohner sind auf Sozialhilfe, Arbeitslosenhilfe und Arbeitslosengeld angewiesen, während gleichzeitig auch überdurchschnittlich viele Familien mit „Migrationshintergrund“ (Aussiedler/ Ausländer) in den Siedlungen anzutreffen sind.

Aufgrund der häufigen Integrationsprobleme der Bewohner und dem dadurch fehlenden nachbarschaftlichen Gefüge können Konflikte, wachsende soziale Spannungen oder Verwerfungen zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen entstehen.

Häufige Wohnungsleerstände und eine überdurchschnittliche Fluktuation der Bewohnerschaft sind weitere Merkmale der Großwohnsiedlung, wodurch ein nachbarschaftliches Zusammenleben sehr schwierig wird. Diese geringe Stabilität der Nachbarschaften in Großwohnsiedlungen ist allerdings auch darauf zurückzuführen, dass es sich meist um sogenannte junge Siedlungen handelt, in denen sich bislang nur wenige informelle, die ganze Siedlung/ Stadtteil umfassende Netzwerke entwickeln konnten.

Zusammenfassung

Die genannten Problemlagen seien mit einem Zitat aus einer Studie über „Wohnverhältnisse und Ungleichheit“ der bekannten Stadtsoziologen Hartmut Häußermann und Walter Siebel zusammengefasst:²⁷

„Die Stadtrandsiedlungen in den westlichen und mehr noch in den östlichen Bundesländern sind für die jetzt dort konzentrierten Problemgruppen denkbar ungeeignet. Die Großwohnsiedlungen waren für eine Lebensweise unter Bedingungen der Vollbeschäftigung und steigenden Einkommen geplant - sie sind weitgehend als Versorgungs- und Schlafanlagen konzipiert. Dem entspricht die Situation der neu eingewiesenen Bewohner aber kaum. Soweit sie ohne Arbeit sind und demzufolge auch nicht über das notwendige Geld verfügen, um ihre

²⁷ Häußermann, Hartmut/Siebel, Walter: Wohnverhältnisse und Ungleichheit, in: Annette Harth/ Gitta Scheller/Wulf Tassin (Hrsg.) Stadt und soziale Ungleichheit, Opladen 2000, S. 120-140.

Zeit außerhalb der Siedlung verbringen zu können, sind sie auf Wohnungen und ein Wohnumfeld angewiesen, das niemals dafür vorgesehen war, dass arbeitslose Erwachsene und Jugendliche, allein erziehende Frauen und Angehörige der verschiedensten Ethnien dort ihre gesamte Zeit verbringen“ (S. 132).

4.2.2 Qualitäten und Potentiale von Großwohnsiedlungen

Rückblickend auf die oben genannten Problemfaktoren ist es nicht verwunderlich, dass die Außenwahrnehmung von Großwohnsiedlungen überwiegend negativ bestimmt ist; ebenso ist auch ihr Image eher als schlecht zu bezeichnen. Oft steht dies aber im Widerspruch zum Empfinden (langjähriger) Bewohner der Siedlungen.

Durch die nicht selten überspitzte öffentliche Diskussion wird der Blick darauf verstellt, dass trotz der Probleme und Mängel der Großwohnsiedlungen wesentliche Leitziele der Stadtentwicklung und des Wohnungswesens realisiert werden konnten:

- Aspekte wie Besonnung, Belichtung und Belüftung moderner Wohnsiedlungen („gesundes Wohnen“) konnten mit den Großwohnsiedlungen der 1960er und 70er Jahre überwiegend erfüllt werden;
- Die Wohnungen innerhalb dieser Großwohnsiedlungen zeichnen sich häufig durch attraktive und flexible Grundrisse, überdurchschnittliche Größe und zeitgemäße technische Ausstattungen aus;
- Großwohnsiedlungen tragen entscheidend zu einer Versorgung der Bevölkerung mit Wohnraum bei. (Vor allem in den neuen Bundesländern stellen die sogenannten Plattenbauten mit einem Anteil von 30 Prozent am Gesamtbestand aller Wohnungen²⁸ eine weit verbreitete, wenn auch abnehmend akzeptierte Wohnform dar.)

Gleichzeitig gibt es auch noch nicht ausreichend genutzte Potentiale, die verstärkt aktiviert werden müssen, um die Attraktivität der Großwohnsiedlungen zu steigern:

- Angesichts zunehmender Leerstände bietet der Gebäudebestand zahlreiche Umnutzungs- und Erweiterungsmöglichkeiten, so dass neue Nutzungen integriert werden können;

²⁸ Vgl. von Baratta, Mario (Hrsg.): Der Fischer Weltatlas 2003, Frankfurt a.M. 2002, S. 227.

- Ansiedlung von Einzelhandels- oder Handwerksbetrieben bzw. Dienstleistungsangeboten zur Schaffung von Beschäftigungsmöglichkeiten für die Bewohnerinnen/ Bewohner und zur Entwicklung lokalökonomischer Strukturen;
- Erhebliche Flächenreserven innerhalb der Siedlungen eignen sich für die weitere Verbesserung der Wohn- und Lebensqualität;
- Die Nähe zur offenen Landschaft sollte zur intensiveren Nutzung der Freizeit- und Naherholungspotentiale benachbarter Landschaftsräume genutzt werden;
- Subjektiv wahrgenommene Wohnzufriedenheit kann zur Entwicklung/ Stabilisierung von Nachbarschaften beitragen, um eine insgesamt positive Stimmung in den Siedlungen und in der Öffentlichkeit zu erzeugen.

5. Vergleichende historische Prozess- analyse der Untersuchungsbereiche

5.1 Beschreibung der Großwohnsiedlung von Karlsruhe-Oberreut

Oberreut liegt an der äußeren südwestlichen Peripherie des Stadtgebietes bzw. des Kerns von Karlsruhe in einer Entfernung von ca. 4 bis 5 km Luftlinie zum Stadtzentrum. Die bebaute Fläche des Stadtteils erstreckt sich in topografisch wenig bewegtem Gelände. Die Begrenzung nach Westen, erfolgt durch den Oberreuter Wald (Haardtwald), einen ca. 250 bis 500m breiten Waldstreifen, der Oberreut vom Stadtteil Grünwinkel, hier der Heidenstückersiedlung trennt. Zwischen Oberreut und der Heidenstückersiedlung bestehen Fuß- und Radwegverbindungen. Eine direkte Straßenverbindung gibt es jedoch nicht.

Im Süden wird Oberreut ebenfalls durch relativ ausgedehnte Waldflächen des Oberreuter Waldes und der Forchheimer Haardt begrenzt. Im Osten stellt die breit ausgebaute Schnellstraßenverbindung zwischen Ettlingen und der Stadtmitte von Karlsruhe die Trennung vom Stadtteil Bulach und im Norden die Pulverhausstraße die Begrenzung nach Grünwinkel dar.

Der Stadtteil gliedert sich im wesentlichen in zwei Hauptbestandteile. In den Jahren 1961 bis 1970 entstand die „Waldlage“ und nachfolgend, der als „Feldlage“ bezeichnete Teil des Stadtteils, der entsprechend seiner zeitlichen Realisierungsabschnitte weiter zu differenzieren ist. Die bauliche Struktur insbesondere im ältesten Teil Oberreuts, der zwischen 1963 und 1970 entstandenen „Waldlage“, hebt sich stadtgestalterisch deutlich von der Umgebung ab.

5.1.1 Entstehungsgeschichte des Stadtteils „Oberreut“²⁹

Auf einer städtischen Waldfläche von ca. 25 ha begann anfangs der 60er Jahre die Errichtung von preiswertem Wohnraum, vor allem für kinderreiche Familien. Die Maßnahme stand in Zusammenhang mit großflächigen städtebaulichen Sa-

²⁹ Sinngemäß und mit Ergänzungen wiedergegeben aus: „Oberreut - ein Stadtteil entsteht“ nach Beiträgen von Stadtrat Manfred Bilger in „Über Oberreut“, in: www.oberreut.org.

nierungsmaßnahmen im Innenstadtbereich und allgemeinem Bevölkerungswachstum der „Baby-Boom-Generation“.

1970 war die Bebauung in der Waldlage beendet. 5.700 Einwohner, anstatt der geplanten 4.200, wohnten in den 1.160 entstandenen Wohnungen.(4,9 EW / Wohnung).



Oberreut:

Auf der rechten (westlichen) Bildhälfte, der ältere Siedlungsteil der „Waldlage“, auf der linken (östlichen) Bildseite, die Bebauung der Feldlage I (Feldlage II und III sind hier noch nicht realisiert)

Der städtebauliche Eindruck der Waldlage wird durch größere Wohnblöcke und Zeilen mit bis zu 60 Wohnungen geprägt, jedoch gibt es auch z.B. im westlichen Teil der Waldlage Ein- und Zweifamilienhäuser in Reihen- und Doppelhausbauweise. In geringerem Maß sind kleinere Mehrfamilienhäuser, d.h. Einheiten mit 3 bis 6 Wohnungen vertreten. Im städtebaulichen Kontext ist der Bereich „Waldlage“ des Stadtteils Oberreut vergleichbar mit der neuen Heidenstücker-siedlung und der Rheinstrandsiedlung in den unmittelbar westlich angrenzenden Stadtteilen Grünwinkel und Daxlanden, darüber hinaus mit dem Viertel „Waldlage“ des Stadtteils Waldstadt im Nordosten, Lohn-Lissen im Osten der

Stadt und den Wohnvierteln „Alter Flugplatz“ und „Lange Richtstadt“ in der Nordweststadt.³⁰

1967 entwickelte das Stadtplanungsamt einen Bebauungsvorschlag für die „Feldlage“. Die Planung wurde neu bearbeitet und den geänderten Bedürfnissen angepasst. Ein 4,5 ha großer Teilbereich unmittelbar östlich der Otto-Wels-Straße wurde verfahrensmäßig abgetrennt. Der Teilbebauungsplan „Oberreut-Feldlage I“ wurde 1969 als Satzung beschlossen. 439 Wohneinheiten für 1.500 Menschen entstehen. Neben Einkaufs- und Dienstleistungseinrichtungen befinden sich hier auch das Jugend- und Gemeindezentrum, die Grund- und Hauptschule mit Werkrealschule sowie ein Ausbildungszentrum für Glas-, Fenster- und Fassadentechnik. Darüber hinaus wird dieser Bereich, der mit Ausnahme des Merkzeichens „Kirchturm/ Glockenturm“ max. Höhen von drei Geschossen aufweist, durch Wohnbebauung, die zeilenartig in bis zu 180 m langen dreigeschossigen Zeilen in Nord- Südrichtung verläuft, geprägt.

Mitte 1971 war die Bebauung der „Feldlage I“ nahezu abgeschlossen. Aufgrund auslaufender Sozialbindungen von Wohnungen in der Waldlage zogen zahlreiche Haushalte in die öffentlich geförderten und daher günstigeren mietpreisgebundenen Wohnungen in der „Feldlage I“ um. Dadurch wurde die Integration der „Feldlage I“ in die „Waldlage“ erheblich gefördert, obwohl die sehr breit ausgebaut Otto-Wels-Straße eine deutliche Zäsur zwischen den beiden Siedlungsteilen des Stadtteils darstellt.³¹

Die Planung für die noch unbebauten Teile der Feldlage aus dem Jahre 1962 wurde erneut überarbeitet. Der Anschluss des Stadtteils an den ÖPNV durch eine Straßenbahnlinie wurde geplant.

1972 wurde dem Planungsausschuss der Stadt der Rohentwurf für die Erweiterung des Stadtteils Oberreut vorgestellt. Der Bebauungsplan „Oberreut-Feldlage II“ umfasst das Gebiet zwischen dem „Schmallen“, einer 100 bis 200 m breiten Grünzäsur, als östliche und der Otto-Wels-Straße als westliche Begrenzung. Auch diese Planung wurde mehrfach verändert und den Bedürfnissen angepasst. 1980 wird der Bebauungsplan im Gemeinderat als Satzung beschlossen. Neben Sozialwohnungen (Wohnungen mit Belegungsbindung) entstehen auch Eigentumswohnungen, Reiheneigenheime und im Zentrumsbereich die Einkaufsmöglichkeiten und Dienstleistungsflächen.

³⁰ Vgl. Stadt Karlsruhe/Amt für Stadtentwicklung, Statistik und Stadtforschung (Hrsg.): Gebietstypen, Karlsruhe 1994 (= Beiträge zur Stadtentwicklung, Heft 3), S. 19.

³¹ Vgl. Gaedtke, G. in: „Oberreut-Chronik“, S. 27.



Die Grünzäsur „Schmallen“: Am linken (westlichen) Bildrand liegt die „Feldlage II“, östlich davon beginnt die „Feldlage III“.

Im Mai 1981 diskutiert der Planungsausschuss erstmals über die Planungen für „Oberreut-Feldlage III“. Erst unter dem Eindruck akuter Wohnungsnot werden die Pläne 1988 wieder aus den Schubladen hervorgeholt. Auch in diesem Abschnitt weicht die Bebauung von der Erstplanung ab. Unter „dem Zwang der Verhältnisse“ wurde die Bebauung verdichtet. Im Dezember 1990 fasste der Gemeinderat den Satzungsbeschluss.

Die Bebauung dieses jüngsten Teils von Oberreut ist vor allem im nördlichen Teil der „Feldlage“ insbesondere im (Reihen-)Einfamilienhausbau, aber auch zum Teil im Mehrfamilienhaus- und Geschosswohnungsbau noch nicht abgeschlossen. Die Erschließungsstraßen z.B. im Bereich der Bernhard-Lichtenberg-Straße sind noch nicht endausgebaut. Wie in der benachbarten „Waldlage“ entstanden auch hier hohe Anteile an Sozialwohnungen (Wohnungen mit Belegungsbindung).



Blick über die Grünstreifen „Schmallen“: In Bildmitte (Osten) die Bebauung der „Feldlage III“.

In ihrer Baustruktur unterscheidet sich die „Feldlage“ von der „Waldlage“ dadurch, dass die Anzahl der Wohneinheiten in Ein- und Zweifamilienhäusern etwas niedriger liegt und Mehrfamilienwohnhäuser mit 3 bis 6 Wohnungen häufiger vertreten sind als in der „Waldlage“. Auch der Anteil der größeren Mehrfamilienhäuser mit mehr als 7 Wohnungen liegt in der „Feldlage“ über dem der Waldlage. In der Formensprache der Baukörper selbst und der Zuordnung zueinander ist das jüngere Baulter des Stadtviertels deutlich abzulesen.

Im Jahr 2000 leben im gesamten Stadtteil Oberreut heute (Stand: Dezember 2000) 10.097 wohnberechtigte Personen in 4.249 Wohnungen³². Die Wohn-dichte (EW / Wohneinheit) sank damit von 4,9 (1970) auf 2,4.

³² Stadt Karlsruhe/Amt für Stadtentwicklung, Statistik und Stadtforschung: Statistisches Informationssystem „SISKA“.

Hinsichtlich der Bevölkerungsverteilung zwischen der „Waldlage“ und den Abschnitten I bis III der „Feldlage“ ist ab etwa 1994 ein ständig wachsendes „Übergewicht“ infolge starker Bautätigkeit in der „Feldlage“ zu verzeichnen.

In Oberreut lag das Verhältnis Mieter zu Eigentümerhaushalten³³ bei etwa 80 Prozent zu 20 Prozent. Aufgrund des relativ jungen Baualters der Wohnungen sind diese überwiegend gut, d.h. mit Bad, WC und Sammelheizung ausgestattet. Zum Zeitpunkt 1987³⁴ lag der Anteil der Sozialwohnungen (Wohnungen mit Belegungsbindung) in der Waldlage bei 41 Prozent und in der Feldlage sogar bei 77 Prozent.

5.1.2 Städtebauliche und funktionale Differenzierung in Oberreut

Hinsichtlich der städtebaulichen Ausgestaltung sowie der Nutzungszuordnung und -verteilung können in Oberreut unterschiedliche Gebietstypen³⁵ unterschieden werden, die ihrerseits weiter untergliedert werden können. Hauptcharakteristikum ist, dass es sich in Oberreut ganz überwiegend um einen Wohnstandort handelt. Mit Ausnahme von Ansätzen wohngebietstypischer Dienstleistungs- und Versorgungsinfrastruktur, die schwerpunktmäßig im heutigen Zentrum von Oberreut (unmittelbar östlich der Otto-Wels-Straße) konzentriert ist, dem Verwaltungsgebäude der Badenia Bausparkasse am Badeniaplatz, und der Akademie für Glas-, Fenster-, und Fassadentechnik an der Bernhard-Lichtenberg-Straße sind keine über den Bedarf des Gebietes hinausgehenden Einrichtungen oder Betriebe vorhanden.

Die Gewerbebetriebe im Osten des Stadtteils, die von den Straßen Kleinoberfeld/ Ährenweg und Großoberfeld erschlossen werden, bleiben hier aufgrund ihrer peripheren Lage unberücksichtigt.

Oberreut Feldlage III

Bereich südlich der Wilhelm-Leuschner-Straße

Der Bereich südlich der Wilhelm-Leuschner-Straße wird von parallel zur Straße angeordneter viergeschossiger zeilenartiger Bebauung in moderner Architektur geprägt. Durch torartige Durchfahrten werden über Stichstraßen nach Süden

³³ Vgl. Stadt Karlsruhe/Amt für Stadtentwicklung, Statistik und Stadtforschung (Hrsg.): Gebietstypen, Karlsruhe 1994 (= Beiträge zur Stadtentwicklung, Heft 3), S. 19f.

³⁴ Vgl. ebd. S. 19f.

³⁵ Vgl. ebd. S. 19f.

(Hermann-Müller-Würz-Straße, Graf-Gahlen-Straße, Gustav-Schulenburg-Straße, Friedrich-Weick-Straße) sehr stark verdichtete Ein- und Zweifamilien – Reihenhausstrukturen in durchwegs dreigeschossiger Bauweise erschlossen. Die Grundstücksgrößen liegen zwischen ca. 220 bis 300 qm.

Hochverdichtete Reihen – Einfamilienhausstruktur im südlichen Teil der „Feldlage“

Südlich des Badeniaplatzes werden, ebenfalls über Stichstraßen (Graf-Stauffenberg-Straße, Woerishofferstraße), viergeschossige Bauzeilen erschlossen.

Geschosswohnungsbau im Bereich Graf-Stauffenberg-Straße

Durch die konsequente Erschließung der einzelnen Quartiere durch Stichstraßen wird Durchgangsverkehr vermieden und Belastung durch Verkehrslärm reduziert. Die Stichstraßen sind hier grundsätzlich als verkehrsberuhigte Bereiche ausgewiesen. Aufgrund der begrenzten Breiten des öffentlichen Straßenraumes in Verbindung mit einem relativ hohen PKW-Besatz ist die Nutzbarkeit dieser Bereiche als Aufenthalts- oder gar Spielfläche für Kinder allerdings eingeschränkt.

Kleinseeäcker

Südlich des Gebäudekomplexes der Badenia Bausparkasse liegt die in Renovierung befindliche Wohnanlage „Kleinseeäcker“, die über die Straße „Kleinoberfeld“ erschlossen wird. Von den insgesamt 60 Wohnungen sind derzeit 43 Wohnungen von zusammen 103 Personen bewohnt. Es handelt sich hierbei um ein Vorhaben im Rahmen des Gesamtkonzeptes „Wohnungslosenhilfe“ der Stadt Karlsruhe, bei dem durch bauliche Maßnahmen darauf abgezielt wird, Wohngebiete, die mit dem Stigma des „Sozialen Brennpunkts“ behaftet sind, aufzuwerten.



In Renovierung befindlicher Wohnblock „Kleinseeäcker“

Bereich nördlich der Wilhelm-Leuschner-Straße („Feldlage III“)

Der nördlich der Wilhelm-Leuschner-Straße gelegene Teil der „Feldlage“ ist hinsichtlich der baulichen Strukturen zunächst mit dem zuvor beschriebenen vergleichbar.

Die Bautätigkeit ist hier allerdings noch nicht abgeschlossen. Auffällig ist im Vergleich zu den nördlich gelegenen verdichteten Einfamilienhausstrukturen jedoch ein breiteres Spektrum an Bauformen z. B. im Bereich der Eva-Maria-Buch-Straße, wo neben Reihenhausbebauung auch Doppelhäuser in zweigeschossiger Bauweise und ausgebautem Dach vorhanden sind. Die Grundstückszuschnitte sind für die vorgesehene Doppelhausbauweise entsprechend breiter und weniger tief als in den Reihenhausgebieten. Die absoluten Grundstücksgrößen unterscheiden sich jedoch kaum von diesen.

Eine weitere Auffälligkeit im Bereich der bereits vorhandenen Reihenhauszeilen besteht darin, dass hier möglicherweise der Aspekt „Eigenleistung“ einen größeren Raum einnimmt. Indikatoren hierfür sind deutlich stärker voneinander abweichende Fassadengestaltungen in Details wie Garagentore, Fenstermate-

rialien oder Geländer von Treppen und Balkonen. Es ist zu vermuten, dass die Toleranzschwelle, in einem noch „unfertigen“ Haus zu wohnen, hier höher liegt. Insgesamt ist der Bauzustand und das Erscheinungsbild der Bebauung im Bereich der „Feldlage“ aufgrund des geringen Alters als gut zu bezeichnen.

Infrastruktur (Versorgung, Dienstleistung, Kultur, Schulen etc.)

Die Dienstleistungs- und kulturelle Infrastruktur konzentriert sich fast ausschließlich im Zentrumsbereich von Oberreut. Dezentral sind sowohl in der „Waldlage“ als auch in der „Feldlage“ Kindergärten (z.B. Eugen-Geck-Straße, Edith-Stein-Straße) angesiedelt.

Auch die Einkaufsmöglichkeiten liegen überwiegend im Zentrum. Allerdings befinden sich auch in der Eugen-Geck-Straße und am Beginn der Rudolf-Breitscheid-Straße kleinere Ladenzeilen bzw. eine Gaststätte, die jedoch durch ihr Erscheinungsbild insgesamt einen wenig einladenden Eindruck vermitteln. Insgesamt ist die Einkaufssituation in Oberreut aufgrund der nur wenigen und teilweise rückläufigen Geschäfte eher schlecht. Im Zentrum steht seit einiger Zeit ein Lebensmittelgeschäft leer. Der Eindruck einer sich verschlechternden Versorgungssituation wird auch durch die Ergebnisse der Bürgerumfrage³⁶ bestätigt.

Der Einzugsbereich der in Oberreut vorhandenen Schulen (Grund- Haupt- und Realschule), geht zum Teil über die Stadtteilgrenzen hinaus, wobei allerdings durch die Verlegung der Sonderschule (Kimmelmansschule) ein großer Teil Oberreuter Schüler pendeln muss.

Verkehrsanbindung / Erschließung

Über die zentral durch Oberreut führende Otto-Wels-Straße ist der Stadtteil an die Pulverhausstraße und nachfolgend an die Brauer Straße und die B 10 sowohl an das überörtliche Straßennetz als auch an die Stadtmitte verkehrlich gut angebunden. Dies gilt auch für die Verkehrsanbindung durch den ÖPNV. Die Straßenbahnlinie 1 verkehrt über die Otto-Wels-Straße und die Wilhelm-Leuschner-Straße bis zum Endpunkt am Badeniaplatz in der „Feldlage“ mit insgesamt vier zentral gelegenen Haltestellen tagsüber bis zu sechs mal pro Stunde. Eine Buslinie bedient über die Otto-Wels-Straße und die Eugen-Geck-Straße den südwestlichen Teil der „Waldlage“. Sie führt über die Bernhard-

³⁶ Vgl. Stadt Karlsruhe/Amt für Stadtentwicklung, Statistik und Stadtforschung (Hrsg.): Bürgerumfrage 1999, Teil 2, Karlsruhe 2000 (Beiträge zur Stadtentwicklung, Heft 9).

Lichtenberg-Straße ebenfalls zum Badeniaplatz an der Wilhelm-Leuschner-Straße in der „Feldlage“.

Die Entfernungen zwischen Wohnung und Haltestelle liegen sowohl bei der Bus- als auch bei der Straßenbahnlinie in Bereichen von max. 300m bis 400m und sind damit als komfortabel einzustufen.

Der Zustand der Haltestellen ist allgemein als gut zu bezeichnen. Fahrpläne und Einrichtungen sind unzerstört und benutzbar.

Das Erschließungsstraßennetz ist hierarchisch aufgebaut. Mit Ausnahme der zentralen Sammelstraßen Otto-Wels-Straße, Wilhelm-Leuschner-Straße und Bernhard-Lichtenberg-Straße sind die übrigen Erschließungsstraßen als Stichstraßen ausgebildet und im Bereich „Waldlage“ in den Gebieten, die überwiegend Mehrfamilienhausbebauung aufweisen, auf Tempo 30 beschränkt. In der „Feldlage“ wird auch der überwiegende Bereich der Mehrfamilienhausstrukturen durch verkehrsberuhigte Stichstraßen, die den Charakter reiner Anliegerstraße haben, erschlossen. Aufgrund der relativ beengten Verhältnisse in Verbindung mit einer hohen PKW-Dichte kann der öffentliche Straßenraum eine Aufenthaltsfunktion insbesondere für spielende Kinder nur eingeschränkt erfüllen.

Ein- und Zweifamilienhausstrukturen werden ebenfalls über Stichstraßen, die als „Verkehrsberuhigter Bereich“ ausgewiesen sind oder über Wohnwege überwiegend autofrei erschlossen.

Das Stichstraßensystem wird durch ein sehr gut ausgebautes Fuß- und Radwegenetz sowohl untereinander verbunden als auch durch Verbindungen zum angrenzenden Haardtwald, zur zentralen Grünachse zwischen „Wald- und Feldlage“ und zu Nachbarstadtteilen ergänzt.

Öffentliche und private Freiflächensituation

Vor allem im Bereich der „Waldlage“ stellt die intensive Durchgrünung der Quartiere mit altem und gemischtem Baumbestand ein wesentliches Potential für die Attraktivität als Wohnstandort dar. Die wenig strukturierten und dunklen Fassaden der Baukörper werden dadurch einerseits „kaschiert“ andererseits ergibt sich der Eindruck des „Wohnens im Grünen“ auch für die Bewohner der höher gelegenen Stockwerke. Teilweise kommt es aber in der Vegetationsperiode zu unerwünschten Verschattungen tiefer liegender Fenster.

Die zwischen den Wohnblocks gelegenen halböffentlichen Grün- und Freiflächen präsentieren sich überwiegend in gepflegtem Zustand. Spielplätze für Kinder und Kleinkinder sind zahlreich vorhanden, überwiegend intakt und werden angenommen. Durch ein weitverzweigtes Netz von Fuß- und Radwegverbindungen

dungen durch öffentliche und halböffentliche Grünbereiche wird der gesamte Stadtteil durchzogen und mit angrenzenden Grünstrukturen vernetzt.

Die öffentlichen Freiflächen präsentieren sich zwar durchwegs in gutem Zustand, vermitteln aber eher den Eindruck von ungestalteten Restflächen. Eine weitere naturnahe Gestaltung und Gliederung könnte auf das Gesamtbild des Stadtteils positiv wirken sowie deren Eignung als wohnungsnahe Aufenthaltsbereiche verbessern.

Die Freifächensituation im Bereich der Einfamilien-Reihenhausstrukturen unterscheidet sich von den großzügigen Strukturen im öffentlichen und halböffentlichen Raum wesentlich. Die jeweils dem eigenen Haus zugehörige Gartenfläche weist zum Teil kaum mehr als 50 qm auf. Zu den Nachbargrenzen ist diese umfriedet. Gemeinschaftliche Freiflächen bestehen hier meist nur in Form der Wohnwegeerschließung. Kinderspielflächen sind relativ klein und meist von angrenzenden Privatgrundstücken umgeben.

In der „Feldlage“ kann aufgrund des jungen Entwicklungsstadiums des Stadtviertels und der Tatsache, dass hier kein vorhandener Baumbestand integriert werden konnte, der Eindruck des „Wohnens im Grünen“ noch nicht ausgeprägt sein. Der Anteil öffentlicher und halböffentlicher Flächen ist jedoch ähnlich ausgeprägt wie in der „Waldlage“. Die Flächen sind untereinander weitgehend vernetzt so dass diese Flächen in einigen Jahren visuell deutlicher in Erscheinung treten werden.

Die private Freifächensituation in der „Feldlage“ ist ähnlich der in den Reihenhausstrukturen der „Waldlage“ zu beurteilen.

In Nord–Süd-Richtung verläuft zwischen „Wald-„ und „Feldlage“ eine 100 bis 200 m breite Grünzäsur, die als Freifläche für unterschiedliche Freizeitaktivitäten genutzt werden kann. Die in Ansätzen vorhandene Randbegrünung tritt optisch noch nicht in Erscheinung.

Subjektiv zur Wohnqualität beitragen können auch die Blickbeziehungen zu Ausläufern des Nordschwarzwaldes, die sich durch die Freihaltung von Sichtachsen, ergeben.

5.2 Beschreibung der Großwohnsiedlung von Wörth–Dorschberg

Die Stadt Wörth am Rhein liegt unmittelbar westlich ca. 12 km von Karlsruhe entfernt am linken Rheinufer in Rheinland-Pfalz. Die Straßenverbindung nach Karlsruhe besteht über die Rheinbrücke der B 10, die als Fortsetzung der Autobahn BAB 65 Karlsruhe mit der Südpfalz, mit den Städten Wörth, Kandel, Landau, und Neustadt/ Weinstraße verbindet. Wörth ist an das Stadtbahnnetz der Stadt Karlsruhe angeschlossen.



Blick nach Südosten über Wörth - Dorschberg, links oberhalb der Bildmitte liegt das Zentrum. links (südöstlich) dahinter, der erste Realisierungsabschnitt mit Geschossbauten des Sozialen Wohnungsbaus und Ein- und Zweifamilienhausbebauung (Luftbild: Homepage der Stadt Wörth)

5.2.1 Entstehungsgeschichte des Stadtteils „Dorschberg“

1963 nahm infolge von Industrieansiedlungen v.a. von Daimler Benz und Raffinerien die Siedlungsentwicklung rasant zu, was in einer völligen Umwandlung der städtebaulichen Struktur „vom Dorf zur Stadt“ in den Ortsbezirken Wörth / Dorschberg und Maximiliansau deutlich ablesbar ist.

So entstanden auf dem ursprünglich dicht bewaldeten Hochgestade, dem „Dorschberg“ südwestlich des ehemaligen Fischer- und Bauerndorfes Wörth nach umfangreichen Rodungsmaßnahmen großflächige Neubaugebiete. Der Siedlungsteil Dorschberg („Neu-Wörth“) präsentiert sich mit städtisch geprägten Bau- und Wohnformen wie Hochhäusern, mittel hohen Geschosswohnungsbauten in Zeilenform sowie verdichteten Flachbauweisen, aber auch Reihenhausstrukturen und ein- bis dreigeschossigen Einfamilienhäusern in offener Bauweise auf teilweise großzügig bemessenen Grundstücken. Aufgrund der enormen Siedlungsentwicklung ist im Ortsbezirk Wörth ein neuer, zweiter Ortskern entstanden.

Heute leben im Ortsbezirk³⁷ Wörth 9.246 Menschen in 4.350 Wohnungen³⁸. was einer Dichte von nur 2,1 Einwohnern je Wohneinheit entspricht.

Im Nordwesten, Westen und Süden wird der Stadtteil Dorschberg durch den Bienwald begrenzt. Die BAB 65 (Karlsruhe – Landau) verläuft ebenfalls südlich des Ortsteils.

Östlich des neuen Zentrums um das Rathaus liegt zwischen „Alt-Wörth“ und Dorschberg ein heute baustrukturell weitgehend überformtes älteres Kleinsiedlungsgebiet, welches lange vor Dorschberg im Zuge der Industrialisierung des Karlsruher Raumes entstand. Der östliche Siedlungsbereich südlich der Martin-Schleyer-Straße (Im Bergfeld, Kastanienstraße, Max-Bergmann-Straße) wurde ebenfalls vor dem Stadtteil Dorschberg errichtet und zählt insofern zu „Alt-Wörth“.

Diagonal von Südwest nach Nordost durchzieht die Hanns-Martin-Schleyer-Straße den Stadtteil. Sie ist Hauptautobahnzubringer zur A 65 und Verbindungsachse zwischen „Neu-Wörth“ und „Alt-Wörth“.

³⁷ Die Stadt Wörth besteht erst seit 1979 und umfasst die ursprünglichen Haufendörfer (Ortsbezirke) Wörth, Maximiliansau und Büchelberg sowie das „Straßendorf“ Schaidt. Zum Ortsbezirk Wörth gehört neben Dorschberg auch der Altort Wörth, auf den ca. 25 Prozent der Einwohner entfallen.

³⁸ Homepage der Stadt Wörth / Rhein, www.woerth.de: „Zahlen, Daten, Fakten“.

5.2.2 Städtebauliche und funktionale Differenzierung in Dorschberg

Hinsichtlich der städtebaulichen Ausgestaltung sowie der Nutzungszuordnung und -verteilung können in Dorschberg unterschiedliche Strukturbereiche identifiziert werden, die den aufeinanderfolgenden zeitlichen Realisierungsabschnitten entsprechen.

Die Entstehung der ersten Gebäude Dorschbergs hängt zeitlich eng mit der Gründung des gemeinnützigen Wohnungsunternehmens Wohnbau Wörth a. Rh. GmbH 1963 zusammen, das zur Wohnungsversorgung der neuen Mitarbeiter des LKW-Werkes von Daimler-Benz ins Leben gerufen wurde³⁹.

So entstanden ab 1963 nördlich der Dorschbergstraße größere Gebäude des Sozialen Wohnungsbaus in Zeilenform an der Keltenstraße westlich und Punkthochhäuser mit bis zu 15 Stockwerken östlich des Bürgerparks. Südlich der Dorschbergstraße schließt sich viergeschossige Zeilenbebauung an. Das südlich dahinterliegende Ein- und Zweifamilienhausgebiet wird durch die Oberholderstraße erschlossen und gehört ebenfalls zu den ersten Siedlungsteilen des Stadtteils Dorschberg.

Bereits kurz darauf, teilweise noch bevor der entsprechende Bebauungsplan Rechtskraft erlangte, begann die Errichtung des heutigen Zentrumsbereiches von Dorschberg mit Rathaus, Einkaufs- und Dienstleistungszentrum, verschiedenen auch weiterführenden Schulen⁴⁰, Kirchen und der Stadtbibliothek etc.

Etwa zeitgleich begann die Bebauung der Flächen westlich der Schulen südlich der Hanns-Martin-Schleyer-Straße. Die Baustruktur unterscheidet sich dahingehend, dass hier auch zwei- und dreigeschossige Ein- und Zweifamilienhäuser überwiegend in freistehender Bauweise vorhanden sind, wobei allerdings in Waldrandlage das freistehende Einfamilienhaus in eingeschossiger Bauweise überwiegt.

Die Bebauung im Westen des Stadtteils datiert aus der Zeit anfangs bis Mitte der 70er Jahre und wird durch teilweise verdichtete, überwiegend aber stark aufgelockerte Einfamilienhausbebauung in reinen Wohngebieten in ein- bis zweigeschossiger Bauweise geprägt. Die Grundstücksgrößen bewegen sich

³⁹ Vgl.: <http://www.wohnbauwoerth.de> (2002-11-12).

⁴⁰ So z.B. das Europa Gymnasium Wörth EGW seit nach langer Standortdiskussion zwischen Kandel und Wörth im Jahre 1967.

zwischen ca. 450 und 600 qm wobei aber durchaus auch Größen von 800 bis 1.000 qm vorhanden sind.

Infrastruktur (Versorgung, Dienstleistung, Kultur, Schulen etc.)

Anders als in den meisten Großwohnsiedlungen ist in Dorschberg die infrastrukturelle Versorgung in allen Bereichen weitgehend gewährleistet. Die Versorgungsinfrastruktur wird durch verschiedene Lebensmittelmärkte, Drogerien und auch Gaststätten sichergestellt. Sowohl die kulturelle (z.B. Bücherei, Musikpavillon, Konzert- und Festhalle) als auch die soziale Infrastruktur (Kindergärten, Grundschule, Regionalschule, Gymnasium, Berufsschule, Sonderschule, Jugendzentrum, Bienwaldhalle, DRK-Heim, Altentagesstätte, katholische und evangelische Kirche, Sparkasse, Post) sind für eine Großwohnsiedlung als überdurchschnittlich gut zu bezeichnen. Auch die Versorgung mit Dienstleistungs- (z.B. Ärzte, Apotheken, Arbeitsamt) und Freizeitinfrastruktur (z.B. Hallenbad, Tennisplätze, Sportstadion, Spielplätze, Minigolfanlage, Bade-park Wörth, Inliner-/ Skateboardanlage und Reitschule in unmittelbarer Nähe mit Bushaltestelle) ist in Wörth-Dorschberg sehr gut.



Verkehrsanbindung/ Erschließung

Wörth liegt unmittelbar westlich der Stadt Karlsruhe am linken Rheinufer in Rheinland-Pfalz und ist ausschließlich über die Rheinbrücke der B 10 mit Karlsruhe verbunden. Die Anbindung an das überörtliche Straßennetz erfolgt über die Autobahn BAB 65.

Hauptzubringer zur Autobahn BAB 65 ist die Hanns-Martin-Schleyer-Straße, die Dorschberg diagonal durchkreuzt und eine Verbindungsachse zwischen „Neu-Wörth“ und „Alt-Wörth“ darstellt.

Die Entfernung zur Stadtmitte von Karlsruhe beträgt nur ca. 12 km, so dass Wörth an das Stadtbahnnetz der Stadt Karlsruhe (Linie S 5) angeschlossen und eine Anbindung an das ÖPNV-Netz gewährleistet ist. Durch diese Anbindung an das Stadtbahnnetz Karlsruhe ergeben sich erhebliche Entlastungseffekte für die insbesondere zu Hauptverkehrszeiten völlig überlastete Rheinbrücke. Die Stadtbahn wird bis ins Zentrum von Dorschberg (Rathaus) geführt, so dass sie eine gute Anbindung in Richtung Karlsruhe darstellt.

Zusätzlich besteht auch eine Busverbindung mit Haltestellen in der Dorschbergstraße, der Hanns-Martin-Schleyer-Straße, der Mozartstraße und der Richard-Wagner-Straße sowie einem Haltepunkt am Badepark Wörth.

Des Weiteren besteht eine Anbindung an das überörtliche ÖPNV-Netz durch den Bahnhof Wörth, der mit der Stadtbahn von Wörth-Dorschberg aus gut zu erreichen ist.

Die Entfernung der Haltestellen des ÖPNV zu den Teilen der Einfamilienhausgebiete ist mit Radien von ca. 700 Metern zwar relativ groß, da sowohl die Stadtbahn als auch die Buslinie hauptsächlich in den Hauptdurchgangsstraßen und Sammelstraßen verlaufen, allerdings befindet sich der überwiegende Teil der Geschosswohnbauten in unmittelbarer Nähe zu Haltepunkten des ÖPNV.

Das Erschließungsstraßennetz von Dorschberg ist hierarchisch aufgebaut. Die Hanns-Martin-Schleyer-Straße verläuft direkt durch das Zentrum und ist die Hauptdurchgangsstraße des Stadtteils. Die Dorschbergstraße, die Forststraße, die Mozartstraße sowie die Richard-Wagner-Straße fungieren als Sammelstraßen für die übrigen, überwiegend als Stichstraßen angelegten Anwohnerstraßen.

Das Stichstraßensystem in Wörth-Dorschberg wird ergänzt durch ein umfangreiches Fuß- und Radwegesystem, das die Stichstraßen untereinander verbindet und gleichzeitig auch einen guten Ausgangspunkt für Radtouren in den angrenzenden Bienwald darstellt⁴¹. Des Weiteren bestehen Fuß- und Radwegeverbindungen nach Kandel, Schaidt und Büchelberg sowie nach Hagenbach und Lauterbourg.

Öffentliche und Private Freiflächensituation

Die größte und wichtigste öffentliche Freifläche in Wörth-Dorschberg ist der Bürgerpark. Neben einer Wasserfläche, einem Musikpavillon, öffentlichen Toiletten etc. sind verschiedene Freizeitbeschäftigungsmöglichkeiten für unter-

⁴¹ Vgl.: <http://www.pfalztourinfo.de> (2002-11-12).

schiedliche Zielgruppen vorhanden. Diese reichen von Spielmöglichkeiten für Kinder und Kleinkinder über eine Minigolfanlage bis zum Boulefeld. Darüber hinaus gibt es Ruhezonen mit Bänken und Eine Skulpturenausstellung. Dieser Bürgerpark mit seinem alten Baumbestand und die entlang der Hanns-Martin-Schleyer-Straße üppige Allee-Bepflanzung sorgen für eine gute Durchgrünung des Stadtteils, so dass sich auch für die Bewohner der oberen Geschosse der dort gelegenen Hochbauten der Eindruck des „Wohnens im Grünen“ ergibt. Spielplätze für Kinder und Kleinkinder sind ausreichend vorhanden, überwiegend intakt und werden angenommen. Durch ein weitverzweigtes Netz von Fuß- und Radwegverbindungen durch öffentliche (und halböffentliche) Grünbereiche wird der gesamte Stadtteil untereinander und mit den angrenzenden Grünstrukturen und dem Bienwald vernetzt.

Die zwischen den wenigen Wohnblocks gelegenen halböffentlichen Grün- und Freiflächen präsentieren sich überwiegend in gepflegtem Zustand.

Die Freifächensituation im Bereich der Ein- und Zweifamilienhäuser entspricht der privater Grünflächen und ist größtenteils in gestalteten Privatgärten ohne gemeinschaftliche Flächen angelegt.



5.3 Beschreibung der Großwohnsiedlung „Cité Nucléaire“ im Stadtteil Strasbourg-Cronenbourg

Der Stadtteil Cronenbourg liegt ca. 4 km nordwestlich des Zentrums von Strasbourg. Er wird im Osten durch die Autobahnen A 4 (Paris–Strasbourg) und A 35 (Strasbourg-Colmar), im Süden durch die Autobahn 351 bis hin zur Bahnlinie und weiter durch die Straßenverbindung nach Oberhausbergen begrenzt. Im Westen und Norden wird Cronenbourg durch die beiden Gemeinden Oberhausbergen und Schiltigheim begrenzt.

Der Stadtteil besteht aus drei baustrukturellen Abschnitten, "Alt Cronenbourg", dem Viertel St.-Antoine und der Cité Nucléaire, die hier vertieft betrachtet wird.

5.3.1 Entstehungsgeschichte des Stadtteils „Cronenbourg“ und der „Cité Nucléaire“

Die Entstehung des Stadtteils Cronenbourg liegt im Vergleich zu Oberreut oder Dorschberg wesentlich länger zurück. Sein Ursprung hängt eng mit der Entwicklung der Eisenbahn, Lokomotivwerkstätten und Lagerhallen für Frachtgut, die in der Zeit zwischen 1846 und 1860 errichtet wurden, zusammen. Die offizielle Erwähnung von Cronenbourg als Vorort von Strasbourg datiert vom 10. November 1869. Aufgrund der räumlichen Nähe zu den historischen Befestigungen der Stadt Strasbourg weist „Alt Cronenbourg“ ringförmige Strukturen auf, die die baustrukturelle Vielfalt des Vorortes prägen, so waren im ersten Ring früher feste Bauwerke verboten. Innerhalb des zweiten Ringes durften Wohnhäuser in Fachwerkbauweise errichtet werden, erst dahinter finden sich höhere Gebäude. Mit steigender Bevölkerungszahl des Stadtteils wurden öffentliche Einrichtungen wie Schulen oder öffentliche Badeanstalten gebaut.

Ab 1954 wird zwischen den Straßen nach Oberhausbergen und Mittelhausbergen eine erste Großsiedlung errichtet, das Viertel St – Antoine, aus dem sich ein Wohngebiet aus Einfamilienhäusern mit zahlreichen privaten Grünflächen entwickelt. 1959 siedelt sich im Norden das Centre National de Recherche Scientifiques (CNRS) an.

1962 entstehen die ersten Geschossbauten der zukünftigen Cité Nucléaire mit dem Ziel, eine angemessene Wohnungsversorgung insbesondere für Einwanderer aus dem Maghreb zu gewährleisten. Die massive Errichtung neuen

Wohnraums wird begleitet von zahlreichen infrastrukturellen Maßnahmen wie dem Bau einer Kirche, einer Synagoge, einem soziokulturellen Zentrum, Grund- und weiterführenden Schulen.

Im Gegensatz zum Ursprung des Karlsruher Stadtteils Oberreut kann also keine Rede davon sein, dass die Cité Nucléaire unter monofunktionalen Gesichtspunkten, nämlich ausschließlich als Wohn- und Schlafstadt geplant wurde. Bereits bei der Konzeption wurden Grünzonen, öffentliche Einrichtungen und Einkaufsmöglichkeiten vorgesehen Trotz der peripheren Lage des Stadtviertels besteht über die vorhandene Straßeninfrastruktur und die Anbindung an den Öffentlichen Personennahverkehr eine gute Anbindung der Cité Nucléaire an den Stadtkern von Strasbourg, was auch in der hohen Taktfrequenz der Busverbindungen, der nahen Straßenbahnlinie, der Nähe zum Bahnhof und zu Autobahnabfahrten deutlich wird.

Die Cité Nucléaire wird zu ca. 75 Prozent von Sozialwohnungsbau (Wohnungen mit Belegungsbindung) in großen Wohnblocks, die zwischen 1963 und 1972 errichtet wurden, geprägt.

In jüngerer Zeit werden in der Cité Nucléaire eher kleinteiligere Einheiten (wie z.B. im Quartier Galiéo - Newton) errichtet. Dennoch wird das Stadtviertel städtebaulich und architektonisch von Hochhäusern und großen Kubaturen in Zeilenbauweise dominiert. Heute leben in der Cité Nucléaire 10.000 Einwohner in ca. 3.000 Wohnungen, von denen etwa 2.200 Sozialmietwohnungen sind und 800 Wohnungen dem Wohneigentumsbereich angehören.

5.3.2 Städtebauliche und funktionale Differenzierung der Cité Nucléaire

Das Stadtviertel Cité Nucléaire setzt sich aus sieben Teilquartieren, sozialen Brennpunkten aber auch ruhigeren Wohnlagen zusammen. Im Nordosten und Südwesten schließen sich Einfamilienhausgebiete unterschiedlichen Datums an. Diese Wohngebiete werden von der Großwohnsiedlung durch die bestehende Straßeninfrastruktur, Parkanlagen und Gärten abgetrennt

Die Cité Nucléaire besteht aus den nachfolgend in der zeitlichen Abfolge ihrer Realisierung aufgeführten Teilquartieren:

- dem Bereich: îlot Becquerel,
- dem Bereich: îlot Lavoisier,
- dem Bereich: îlot Kepler,

- dem zentralen Bereich am Platz Halden Bourg: L'îlot centré sur la place Halden Bourg;
- dem Bereich: îlot Fresnel,
- dem Bereich îlot Paracelse,
- dem Bereich: îlot Galiléo–Newton.

Der Bereich „îlot Becquerel“

Die îlot Becquerel wird durch die Rue Becquerel im Norden und Osten, die Rue Albert Einstein im Westen und die Rue Langevin im Süden begrenzt. Das Teilquartier wird durch seine Lage in einer Sackgasse charakterisiert, die eine gewisse Abgeschlossenheit von der übrigen Cité Nucléaire begünstigt. Im Nordwesten wird das Quartier vom CNRS (Centre national de Recherche scientifiques) und im Nordosten durch die îlot Paracelse umgeben.

Innerhalb der îlot Becquerel befindet sich eine ausgedehnte Freifläche, die einen heruntergekommenen und vernachlässigten Eindruck erzeugt. Der Bereich ist durch abgestellte Autos und verwahrloste Grünflächen geprägt. Die Zufahrtsstraßen zum Quartier sind schlecht auffindbar und nicht ausreichend ausgebaut. Die meisten Geschäfte des Stadtteils sind vom Bereich îlot- Becquerel trotz geringer Entfernung nicht direkt erreichbar.

Die îlot Becquerel besteht aus sechs sechsgeschossigen T-förmig angelegten Wohnblocks, einem zeilenförmigen kleineren Wohnblock sowie einer imposanten achtgeschossigen Zeilenbebauung⁴² an der Rue Becquerel mit einer Länge von 220m. An diesen Gebäuden wurden die ersten Sanierungsmaßnahmen in der Cité Nucléaire durchgeführt. Allerdings steht deren äußeres Erscheinungsbild heute im Widerspruch zum sonstigen Teil der Cité Nucléaire, wo in der letzten Zeit vor allem an den Fassaden Renovierungsarbeiten durchgeführt wurden.

Über diesen „optischen“ Gegensatz hinaus sind es die Beschädigungen an gemeinschaftlich genutzten Einrichtungen wie Fahrstuhlschächten und Treppenhäusern, öffentlichen Freibereichen und Parkplätzen sowie Spuren von Vandalismus, die diesem Quartier das Image eines wenig wohnenswerten und eher unsicheren Viertels geben. Dazu sind die dortigen Wohnungen meist überbelegt und erfüllen heutige Ansprüche an zeitgemäßes Wohnen hinsichtlich Wohnungsgrundriss und –ausstattung nicht mehr. Letztlich sind es aber die sozialen Probleme, die die îlot Becquerel zu einem „sozialen Brennpunkt“ machen.

⁴² Die „Barre Becquerel“ wird im Zuge einer Sanierungs- und Wohnumfeldverbesserungsmaßnahme abgerissen.



Der Zeilenblock „Becquerel“



Vandalismus in der Rue Becquerel

Der Bereich „îlot Lavoisier“

Dieses Quartier inmitten der Cité Nucléaire wird durch seine architektonische Originalität geprägt. Das Viertel besteht aus drei in bogenförmiger Anordnung um einen zentralen, stark befestigten Platzbereich stehenden Gebäuden. Das Viertel erscheint aufgrund des Kontrastes zwischen baulicher Dichte und großflächiger Inanspruchnahme des öffentlichen Raumes interessant. Aufgrund der engen Bebauung in Verbindung mit ausreichend dimensionierten Öffnungen zwischen den Gebäuden gelingt hier eine gute Integration in den übrigen Stadtteil.



Befestigter Platzbereich innerhalb des Quartiers îlot Lavoisier

Der Bereich „îlot Kepler“

Aus sechs Wohntürmen bestehend, wirkt das Quartier Kepler (Rue des Platanes, Rue Hochfelden) durch eine städtebauliche Zäsur im Westen (reihenförmige Einfamilienhausbebauung) und der stark befahrenen Straßenverbindung nach Hochfelden vom übrigen Bereich der Cité Nucléaire abgetrennt. Darüber hinaus verursachen zahlreiche Spuren von Vandalismus ein großes Gefühl der Unsicherheit. Vor allem die öffentlichen Räume, in die wenig investiert wird, namentlich die Parkplätze, sind stark verwahrlost.



Das Quartier îlot Kepler: vom "Rest" des Stadtteils nicht zuletzt durch die breiten Straßenverbindungen isoliert

Der Bereich um den Platz Haldenbourg

Der Standort erstreckt sich entlang eines großen zentralen Platzbereichs, der für Spiel- und Freizeitbeschäftigungen genutzt wird. Auf der gegenüberliegenden Seite tragen einige Geschäfte zum städtischen Leben und zur Versorgung dieses zentralen Quartiers bei. Allerdings haben diese Läden Existenzschwierigkeiten, zahlreiche Geschäfte wurden geschlossen bzw. wechseln sehr häufig den Besitzer.

Derzeit bestehen noch ein Supermarkt, eine Bäckerei und eine Apotheke, die (noch) zu einer guten Versorgungslage im Quartier beitragen.



Place Haldenbourg mit seinen Einkaufsmöglichkeiten

Der Bereich „îlot Fresnel“

Dieser Bereich wird in die Umgebung durch die Rue Kepler im Osten, die Rue Auguste Fresnel im Süden und die Rue Lavoisier im Südwesten eingebunden. Der Bereich erstreckt sich entlang des Platzes François - Arago. Anders als der zuvor beschriebene Bereich weist die îlot Fresnel offene, klar definierte Räume auf. Das Quartier wird zentral von öffentlichen Verkehrsmitteln über die Rue Langevin und die Rue Lavoisier angegliedert. Diese Andienung untergliedert sich in eine sekundäre Netzstruktur, die die Innenbereiche des Quartiers versorgt. Die Bebauung besteht aus einem Hochhausturm mit 14 Stockwerken der kürzlich renoviert wurde. Darüber hinaus herrscht reger Besucherverkehr wegen der dortigen Schule "Langevin" und des soziokulturellen Zentrums. Schließlich profiliert sich dieser Teilbereich durch seine Lage inmitten des öffentlichen Personennahverkehrsnetzes und durch die funktionale Mischung aus Wohnen, Schulstandort, Erschließungsnetz etc.



Das soziokulturelle Zentrum

Der Bereich „îlot Paracelse“

Das Quartier besteht aus kleineren viergeschossigen Wohngebäuden mit einer hohen Anzahl Eigentumswohnungen, die von kleinen Haushalten bewohnt werden. Die öffentlichen und halböffentlichen Freiflächen werden durch die Zuordnung zu den Eingangsbereichen der Gebäude klar definiert. Diese stark begrünten Bereiche tragen zur Attraktivität des Wohnstandortes bei. Soziale

Problemlagen treten in diesem Teil der Cité Nucléaire weniger deutlich zu Tage. Die Spielplätze für Kinder sind durch ihre Lage in unmittelbarer Zuordnung zum Wohnblock und ihre Größe sehr attraktiv. Die helle Farbgebung der Wohnblocks im Quartier îlot Paracelse erweckt ganz im Gegensatz zu den düsteren Fassaden des Quartiers îlot Becquerel einen Eindruck von Ruhe und Sicherheit.



Den Wohngebäuden zugeordnete Spielplätze in der îlot Paracelse

Der Bereich „îlot Galiléo–Newton“

Das Viertel mit dem Rathaus des Stadtteils und dem medizinisch - sozialen Dienst (Centre Médico-Social) liegt im Vergleich zu den übrigen Quartieren der Cité Nucléaire sehr peripher. Auch die städtebauliche Struktur unterscheidet sich deutlich. Sie setzt sich aus kleinteiligen zwei - dreigeschossigen Einheiten mit jeweils vier bis fünf Wohnungen in der Rue Herschel, reinen Einfamilienhausstrukturen mit Gärten in der Rue Galiléo und einem niedrigen Wohnkomplex in der Rue Copernic zusammen. Aufgrund seiner Lage abseits von größeren Verkehrsadern hat dieses Viertel eine absolut ruhige Wohnlage. Die Ausstattung mit Grünanlagen und innergebielichen Fußwegverbindungen ist gut, wodurch die zur Ausgewogenheit des Wohnquartiers erforderlichen Kontakte ermöglicht werden. Die zwischen den öffentlichen Räumen gelegenen halbprivaten und privaten Freiflächen sind leicht erkennbar. Das Fußwegenetz ermöglicht sowohl den direkten Zugang zu Kleingärten als auch zur Parkanlage der "Bergerie".



Architektonische Unterschiede innerhalb des Quartiers:

îlot Galiléo–Newton

Kleine Mehrfamilienhäuser und Eigenheime

Infrastruktureinrichtungen und Ausstattung des Gesamtstadtteils Cité Nucléaire

Jeder Teilbereich des Stadtteils "Alt Cronenbourg", (St.-Antoine) und die Cité Nucléaire verfügt über eine Infrastruktur, in Form von Schulen, Kirchen etc... Die bedeutendsten Einrichtungen aber liegen in der Cité Nucléaire, wie z.B. die Polizeistation, das soziokulturelle Zentrum, Sportanlagen, die Bibliothek und das Medizinisch - Soziale Zentrum. Die Cité Nucléaire ist also im Gegensatz zu anderen Stadtteilen gut mit Handels- und Dienstleistungseinrichtungen ausgestattet. Hinsichtlich der äußeren Anbindung des Individualverkehrs ist die Cité Nucléaire von einem dichten Netz von überörtlichen Straßenverbindungen umgeben z.B. nach Mittelhausbergen und nach Hochfelden. Die innere Erschließung wird durch ein dichtes Straßennetz sichergestellt, welches allerdings im Hinblick auf Verkehrssicherheit und Gestaltung verbesserungsbedürftig ist.

Die etwas abgelegeneren Quartiere in "Sackgassenlage" wie z.B. die "îlot Becquerel" oder "îlot Kepler", weisen nur unzureichende Fuß- und Radwegeverbindungen auf. Die fehlenden Fuß- und Radwegeverbindungen zwischen den Quartieren führen dazu, daß die öffentlichen Freibereiche von den Bewohnern nur unzureichend aufgesucht und genutzt werden können.

Öffentliche Räume und Grünanlagen

Die Cité Nucléaire ist hinreichend mit Grünstrukturen ausgestattet. Jedes Quartier verfügt über eine mehr oder weniger große Anzahl innergebietlicher Grünflächen. Leider fehlt eine durchgehende Vernetzung dieser Flächen in Form eines Grünzuges. Gerade im Verhältnis von dicht bebauten Flächen zu unbebauten Bereichen liegt ein nicht zu vernachlässigendes Potential für eine Verbesserung der Lebensqualität innerhalb des Stadtteils. Öffentliche Freiflächen sind zwar von der Anzahl her ausreichend vorhanden, allerdings werden sie durch ungeordnetes Parken weitgehend entwertet. Die Entsiegelung von Platzbereichen wie in der "îlot Lavoisier" könnte einen zusätzlichen Beitrag zur Verbesserung auch ökologischer Aspekte leisten.

Zusammenfassung und Fazit:

Die Cité Nucléaire in Cronenbourg befindet sich seit 30 Jahren in einem Prozess von Auf- und Abwertung. Die sozialen Charakteristiken zeigen, dass die Cité Nucléaire (überwiegend) von Bevölkerungsgruppen bewohnt wird, die sich in sozio-ökonomisch schwieriger Lage befinden. Die starke Präsenz an Sozialwohnungen (Wohnungen mit Belegungsbindung) erklärt eines Teils diese Entwicklung. Das "Sozialprofil" des Mieters einer Sozialwohnung in Frankreich hat sich in den letzten 15 bis 20 jedoch geändert. Von der Wohnraumversorgung für junge Familien in der Orientierungs- bzw. Haushaltsgründungsphase hat sich der Sozialwohnungsbestand immer weiter zu einer Art letzter Zuflucht entwickelt, in dem viele Haushalte, einmal dort untergebracht, verbleiben. Die privat finanzierte Mietwohnung oder gar die Eigentumswohnung bleibt für viele Haushalte, selbst wenn diese sozial gefördert wird, unerschwinglich.

Dennoch kann die Tatsache, dass es sich hier um Sozialwohnungen (Wohnungen mit Belegungsbindung) in Mehrfamilienhäusern handelt die Umwertung des Stadtviertels Cité Nucléaire im Sinne einer deutlichen Abwertung nicht erklären, sind doch die Lage des Quartiers, die Qualität der Wohnungen sowie die allgemeine bauliche Struktur der Cité Nucléaire durchaus als gut zu bezeichnen.

5.4 Zusammenfassung und vergleichende Bewertung der historischen Entwicklungen der betrachteten Großwohnsiedlungen

Die historische Entwicklung der untersuchten Großwohnsiedlungen im Untersuchungsbereich wird wesentlich durch unterschiedliche Ausgangsvoraussetzungen, die zum Entstehen der Siedlungen führten, beeinflusst.

Wohnraumschaffung aufgrund von Ersatz- und Nachholbedarf

So stand in sowohl Karlsruhe, als auch in Strasbourg im Vordergrund, preiswerten und zeitgemäßen Wohnraum für große Teile städtischer Bevölkerung zu schaffen, die bereits im Stadtgebiet wohnte, bzw. aus ehemaligen frz. Kolonien wie Algerien nach Strasbourg kamen. In Karlsruhe waren dies vor allem Haushalte in alten Innenstadtquartieren (wie z.B. dem „Dörfle“), einer der ersten großen Flächensanierungen in der Bundesrepublik, bei der in großem Umfang schlecht ausgestattete Wohnungen in überalterter und hinsichtlich Belichtung / Belüftung mangelhafter Bausubstanz abgerissen wurden.

Neuer Wohnstadtteil im Vergleich zu Stadtteil- und Infrastrukturerweiterung für besondere Bevölkerungsgruppen

Während aber in Karlsruhe seit Beginn der 60er Jahre ein vollständig neuer Stadtteil nämlich Oberreut entstand, liegt die Entstehung des Stadtteils Cronembourg mehr als 100 Jahre länger zurück. Die offizielle Bezeichnung von Cronembourg als Vorort der Stadt Strasbourg datiert aus dem Jahr 1869. Aufgrund der damaligen geschichtlichen Rahmenbedingungen weist Cronembourg ringförmige bauliche Strukturen auf, die sich z.B. in einer Abstufung von Bauweisen und Gebäudehöhen zum Innenbereich hin zeigen. In Abhängigkeit zunehmender Besiedlung des Stadtteils wurden öffentliche Einrichtungen wie Schulen oder Badeanstalten gebaut. Ab 1954 kam es zu umfangreichen Siedlungserweiterungen, so z.B. dem Viertel St.–Antoine, einem Wohngebiet aus Einfamilienhäusern mit großen Gärten. 1959 siedelt sich als größere öffentliche Einrichtung im Norden das Centre National de Recherche Scientifiques (CNRS) an.

Etwa zeitgleich mit der Entstehung von Oberreut und Wörth Dorschberg entstehen 1962, die ersten Geschossbauten der in dieser Studie schwerpunktmäßig betrachteten zukünftigen Cité Nucléaire, die jedoch im Unterschied zu Karlsruhe

zunächst nicht der Wohnraumversorgung Strasbourger Bevölkerung diene, sondern in erster Linie eine angemessene Wohnungsversorgung der Einwanderer und Heimkehrer aus Algerien gewährleisten sollte. Im Unterschied zu Oberreut wird die massive Errichtung neuen Wohnraums durch zahlreiche infrastrukturelle Maßnahmen wie dem Bau einer Kirche, einer Synagoge, einem soziokulturellen Zentrum, Grund- und weiterführenden Schulen begleitet.

Der Stadtteil Cronenbourg hat sich also über einen wesentlich längeren Zeitraum als Oberreut oder Wörth Dorschberg schrittweise entwickelt. Dies äußert sich in einer erheblich differenzierteren Bau- und Sozialstruktur auf Ebene des Gesamtstadtteils. Insofern stellte die Großwohnsiedlung der Cité Nucléaire eine kontinuierliche Entwicklung des Stadtteils dar. Die heute festzustellenden Segregationstendenzen waren (wie in Oberreut) nicht beabsichtigt.

In Wörth entsteht eine „neue Stadt“

Völlig andere Voraussetzungen führten zur Entstehung der Siedlung „Dorschberg“. Von einem Stadtteil im klassischen Sinn konnte zunächst nicht gesprochen werden, da die Bebauung der Großwohnsiedlung auf dem „Dorschberg“ in unmittelbarer Nähe zum ursprünglichen Dorf Wörth von Anfang an sowohl von der flächenmäßigen Ausdehnung als auch von der Einwohnerzahl her weit über die des Ortes Wörth hinausging.

Anlass zum Bau dieser Großwohnsiedlung war die Ansiedlung von Daimler Benz im Jahre 1962 mit einer LKW Produktionsstätte. Die erforderlichen Arbeitskräfte konnten aus dem bestehenden Ort nicht gestellt werden, so dass binnen kurzer Zeit für mehrere tausend Beschäftigte Wohnraum geschaffen werden musste. Um die Wohnungsversorgung der neuen Mitarbeiter zu sichern, gründeten die Gemeinde Wörth, der Landkreis Germersheim und das Unternehmen mit dem Stern 1963 zusammen das gemeinnützige Wohnungsunternehmen Wohnbau Wörth a. Rh. GmbH. Wurden zunächst vorrangig Mietwohnungen errichtet – bis heute mehr als 800 – kam ab Anfang der 70er Jahre der Bau von Eigentumswohnungen und Eigenheimen in Reihenbauweise (insgesamt fast 300) hinzu. Damit hat die Wohnbau Wörth einen entscheidenden Beitrag zum Wachsen der Stadt Wörth und zum Ausbau der Infrastruktur geleistet⁴³. Die unterschiedliche Sozialstruktur der Beschäftigten, von einfachen Hilfsarbeitern bis hin zu leitenden Angestellten und Direktoren erforderte bei der Konzeption des neuen Stadtteils ein entsprechend vielfältiges Angebot an Wohnungen bzw. Wohnformen.

⁴³ Vgl. www.wohnbau-woerth.de.

Die betrachteten Stadtteile haben sich in den letzten 40 Jahren schon aufgrund der beschriebenen teilweise sehr verschiedenen Ausgangsvoraussetzungen unterschiedlich entwickelt.

Unterschiedliche Entwicklungen aufgrund ungleicher soziodemografischer Ausgangsstrukturen

Die am Stadtrandrand geplante Trabantsiedlung Oberreut konzentrierte von Anfang an überwiegend solche Bevölkerungsschichten, die aufgrund ihrer wirtschaftlichen Situation zum Bezug öffentlich geförderter Sozialwohnungen (Wohnungen mit Belegungsbindung) berechtigt waren. Im Laufe der Zeit zogen Haushalte, die aufgrund individuell verbesserter wirtschaftlicher Verhältnisse dazu in der Lage waren, aus dem Stadtteil fort, während diejenigen, die dazu nicht im Stande waren bleiben mussten. Zusätzlich kamen neue sozial schwächere Bevölkerungsschichten in die überwiegend mietpreisgebundenen Wohnungen hinzu. Die von Anfang an kaum vorhandene und heute noch nicht adäquate Infrastrukturausstattung hat den Stadtteil bis heute kaum aus seiner Monofunktionalität herauskommen lassen. Mit steigender Arbeitslosigkeit aufgrund äußerer wirtschaftlicher Rahmenbedingungen (Makroebene) musste der Stadtteil Oberreut, zunehmend nicht nur eine Wohn- und Schlaffunktion erfüllen, sondern immer mehr auch Möglichkeiten für eine steigende Zahl von Einwohnern bieten, sich tagsüber im Stadtteil aufzuhalten. Das dem Stadtteil ursprünglich anhaftende Negative Image: „Wer den Tod nicht scheut, der zieht nach Oberreut“ konnte bis heute trotz umfangreicher stadtplanerischer Interventionen wie Bebauung der „Feldlage I bis III“ und sozialer Maßnahmen (Einrichtung eines Jugendzentrums und Außenstellen sozialer Dienste) nicht ganz ausgeräumt werden, obwohl es der Realität bei weitem nicht mehr entspricht. War es in den Anfangsjahren der Ruf von Prostitution und die Gewaltbereitschaft einzelner Bewohner, sind es heute vereinzelt gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen Jugendlichen Bewohnern der „Waldlage“, die die „Oldside“ Oberreuts“ gegen die „Russen“, vielfach Aussiedlerhaushalten entstammenden Jugendlichen der „Feldlage“, „Newside“ genannt, „verteidigen“. Durch städtebauliche Ergänzungen des ursprünglichen Stadtteils Oberreut „Waldlage“ wurde nicht nur die bauliche Struktur im Hinblick auf eine größere Vielfalt verändert. Mit im Vergleich zum Geschosswohnungsbau attraktiveren Wohnformen (Reiheneinfamilien- und Doppelhäuser, Eigentumswohnungen etc.) gelang es auch, eine vielfältigere Sozialstruktur (z. B. hinsichtlich der Einkommensverhältnisse) im Stadtteil Oberreut zu schaffen.

Unvorhersehbare äußere Ereignisse beeinflussen die Sozialstruktur

Wiederum einschneidende äußere Ereignisse, (deutsche Wiedervereinigung mit anschließenden zeitlich begrenzten Aufschwung, Zusammenbruch der Sowjetunion), auf Makroebene, führten dazu, dass die weitere bauliche Entwicklung des Stadtteils bedingt durch kurzfristigen hohen Bedarf an zusätzlichem Wohnraum im Bereich der „Feldlage III“ nicht nur baulich verdichteter als ursprünglich konzipiert weiterging, sondern, dass sich die Situation, erhebliche Teile des Wohnungsbestandes (diesmal nicht nur im Sozialwohnungs- sondern auch im Eigentumsbereich mit einseitigen Bevölkerungsstrukturen (hier überwiegend Spätaussiedler aus ehemaligen Sowjetrepubliken) zu belegen, wiederholte. Präkärer Weise kommt heute zu den teilweise einseitigen Bevölkerungsstrukturen hinzu, dass zusätzlich erhebliche Barrieren aufgrund unterschiedlicher Sprache und Kultur zwischen den Spätaussiedlern und den Einheimischen bestehen und der Arbeitsmarkt sehr angespannt und nicht wie zum Entstehungszeitpunkt von Oberreut von nahezu Vollbeschäftigung gekennzeichnet ist. Hinsichtlich des Erfordernisses der Unterbringung wirtschaftlich weniger leistungsfähiger Haushalte ist zukünftig neben anderen Aspekten zu berücksichtigen, dass die meisten Belegungsbindungen von Sozialwohnungen (Wohnungen mit Belegungsbindung) in den nächsten 10 bis 15 Jahren auslaufen werden.

Ist urbane Vielfalt unempfindlicher gegenüber „Störeinflüssen“?

Wörth Dorschberg wurde zwar wie Oberreut auch, als völlig neuer Siedlungsteil in ausgedehnte Waldflächen gebaut. Die historische Entwicklung unterscheidet sich aber neben der anderen Ausgangssituation dadurch, dass der nahezu gesamte Stadtteil innerhalb eines kurzen Zeitraumes entstand. Bereits von Beginn an, wurde eine umfangreiche Infrastruktur von der Stadtverwaltung, über Schulen, öffentliche und private Dienstleistungen sowie differenzierte und breit gefächerte Einkaufsmöglichkeiten vorgesehen. Diese Infrastruktur befindet sich im Zentrum in unmittelbarer Nähe zu den (Hoch)Geschoßbauten des Sozialen Wohnungsbaus. Die Planung und Bebauung des Stadtteils hatte im Vergleich zu Oberreut zur Folge, dass es in den letzten Jahren nicht ständig zu schrittweisen Erweiterungen kam, die neben baulich stadtgestalterischen, erschließungstechnischen und versorgungsinfrastrukturellen Integrationsanforderungen vor allem erhöhte Integrationsleistungen sowohl von der „einheimischen“ als auch von der neu zugezogenen Bevölkerung verlangt. Von besonderer Bedeutung ist auch die im Vergleich zu Oberreut oder der Cité Nucléaire erheblich bessere Beschäftigungssituation der Bevölkerung in Wörth Dorschberg. Dies, insbesondere aber auch die umfangreichen und weit über das ursprünglich im

„Dorf Wörth“ vorhandene Angebot an versorgungstechnischer, kultureller und administrativer sowie freizeitbezogener Infrastruktur hinausgehenden Einrichtungen sowie die Verlagerung des funktionalen Schwerpunktes (Rathaus, Verwaltung, Schulen, etc.) prägte von Anfang an ein völlig anderes, überwiegend positives, Image der Siedlung Dorschberg, im Gegensatz zu Oberreut oder der Cité Nucléaire. Neben diesen „sichtbaren“ Erklärungen des unterschiedlichen Images von Dorschberg ist selbstverständlich der siedlungsgeschichtliche Anlaß der Entstehung Dorschbergs, wodurch ein eher unbedeutendes Dorf zu einer modernen Industriestadt wurde, nicht zu vernachlässigen.

Mit dem Abbau von Arbeitsplätzen insbesondere bei Daimler Chrysler veränderte sich in den letzten Jahren auch die Bewohnerstruktur des Stadtteils vor allem im Bereich der Geschosswohnbauten. Handelte es sich in der Anfangsphase des Stadtteils fast ausschließlich um deutsche Daimler Benz Beschäftigte, beträgt dieser Anteil heute nur noch ca. 50 Prozent. Während es den ersten Mietern im Laufe der Zeit überwiegend möglich wurde mit beruflichem und finanziellem Aufstieg Eigentum, häufig in Wörth Dorschberg selbst, zu erwerben, wurden die freiwerdenden Wohnungen wieder mit Bewohnern belegt, die aufgrund ihrer Einkommensverhältnisse zum Bezug einer öffentlich geförderten Wohnung berechtigt sind. Da diese Einkommensobergrenzen nicht mit der allgemeinen Einkommensentwicklung Schritt gehalten haben, ergibt sich die Situation, dass zunehmend sozial schwächere Schichten, in den öffentlich geförderten Sozialwohnungen (Wohnungen mit Belegungsbindung) im Zentrum von Dorschberg wohnen. In Folge massiven Zuzugs von Spätaussiedlern aus der ehemaligen Sowjetunion ergeben sich heute zusätzliche Spannungen aufgrund von Integrationsschwierigkeiten, die vor allem in sprachlichen und kulturellen Barrieren liegen.

6. Potentiale negativer Segregationsauswirkungen aus sozialstatistischer und städtebaulicher Sicht

Ausgangslage

In der stadtsoziologischen Debatte herrscht Konsens darüber, dass die langfristig wirksamen Prozesse sozialer Polarisierung die Integrationskraft der Stadtgesellschaft untergraben und sich in sozialräumlichen Spaltungsproblemen der Städte niederschlagen.⁴⁴ Der sozialen Polarisierung von Arm und Reich⁴⁵ folgen Risiken und Probleme hinsichtlich der sozialräumlichen Spaltung der Städte (vgl. Kap. 1). Es wurde aufgezeigt, dass die Probleme in diesem Zusammenhang häufig in Großwohnsiedlungen an der städtischen Peripherie auftreten (vgl. Kap. 4). Die kontinuierliche Analyse sozialer Segregation und ihrer Dynamik in städtischen Teilbereichen ist daher ein unverzichtbares Hilfsmittel für die Stadtentwicklungs- und Sozialplanung.

Merkmale der Potentiale negativer Segregationsauswirkungen

Segregation wurde in Kap. 2 als räumliches Abbild von sozialer Differenzierung definiert, wobei durch die Analyse der Folgen (und damit verbunden auch ihrer Ursachen) die so definierte Segregation einer Bewertung zugeführt wird.

Die Untersuchung von sozialer Differenzierung innerhalb einer Gesellschaft erfolgt über charakterisierende Faktoren/Indikatoren wie die „klassische“ Triade: Einkommen, Bildung, Erwerbsstatus, die durch weitere Differenzierungsfaktoren ergänzt wird (z.B. Ausländeranteil, Haushaltstypen usw.). Diese charakterisierenden Indikatoren/Faktoren haben keine „objektive“ Gültigkeit sondern stehen in Abhängigkeit von den sich ändernden Differenzierungscharakteristiken der

⁴⁴ Vgl. dazu: Alisch, Monika/Jens S. Dangschat: Die solidarische Stadt. Ursachen von Armut und Strategien für einen sozialen Ausgleich, Darmstadt 1993; Dies.: Armut und soziale Integration. Strategien sozialer Stadtentwicklung und lokaler Nachhaltigkeit, Opladen 1998; Dangschat, Jens S.: „Es trennt sich die Spreu vom Weizen ...“. Die sozialräumliche Polarisierung der Städte, in: Die alte Stadt (1996), S.141ff.; von Freyberg, Thomas: Der gespaltene Fortschritt. Zur städtischen Modernisierung am Beispiel Frankfurt am Main, Frankfurt/New York 1996; Häußermann, Hartmut: Tendenzen sozialräumlicher Schließung in den Großstädten der Bundesrepublik Deutschland, in: Widerspruch (1996), S. 13ff.

⁴⁵ Vgl. dazu: Zimmermann, Gunter E.: Neue Armut und neuer Reichtum. Zunehmende Polarisierung der materiellen Lebensbedingungen im vereinten Deutschland, in: Gegenwartskunde (1995), S. 5-18; Ders.: Armut, in: Bernhard Schäfers, Wolfgang Zapf (Hrsg.): Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands, 2. Aufl., Opladen, 2001, S. 36-52.

Gesellschaft. Dies gilt in der Folge ebenso für die prägenden Merkmale von Segregation, die wie angeführt auf keiner „objektiven“ Definition basiert, sondern eine relationale Kategorie darstellt. Segregation wird also im Vergleich bzw. in relationaler Analyse räumlicher Betrachtungseinheiten (Stadtteile etc.) definiert. Vor diesem Hintergrund bedeutet residentielle Segregation die räumliche Konzentration von Bevölkerungsgruppen auf Standorte des Wohnens; im Falle der Konzentration sozialer Problem- bzw. Randgruppen sind oftmals Auswirkungen damit verbunden, die im Extremfall „soziale Brennpunkte“ kennzeichnen. Hinsichtlich der Analyse der Potentiale bzw. Risiken für negative Segregationsauswirkungen steht daher die Analyse der Konzentration von Bevölkerungsgruppen im Vordergrund, die durch ein erhöhtes Deprivationsrisiko charakterisiert sind.

Mehrebenenansatz

Die vorliegende Studie folgt dem vorgestellten Konzept des Mehrebenenansatzes, worauf – wie in Kap. 3 ausführlich dargestellt – alle thematischen Schwerpunkte / Kapitel dieser Studie in ihrer Grundlegung basieren. Kap. 6 ist der Darlegung und Identifikation von Segregationsausprägungen und -mustern sowie in der Folge dem Aufzeigen von Risiken bzw. Potentialen negativer Segregationsfolgen gewidmet. Die Untersuchungseinheiten sind städtische Teilräume, das heißt die Analysen sind der Mesoebene zuzuordnen.

Identifikation von Risiken / Potentialen negativer Segregationsfolgen an Hand aggregierter amtlicher quantitativer Daten (Mesoebene)

Den Ausgangspunkt bilden die in den folgenden Unterkapiteln dargelegten Analysen quantitativer amtlicher Daten auf der Mesoebene zur Identifikation von Risikopotentialen negativer Segregationsfolgen. An Hand typischer Merkmale vertikaler Differenzierung einer Gesellschaft wie Einkommen, Sozialhilfebezug, Arbeitslosigkeit, Kinderanzahl, Haushaltstypus etc. werden horizontale Differenzierungsmerkmale wie Alter, Ausländeranteile, residentielle Mobilität usw. in die Betrachtungen einbezogen, um die Anteile/Konzentrationen der Wohnbevölkerung mit diesen Merkmalen vergleichend nach Stadtteilen bzw. Stadtvierteln zu analysieren.

Gleichzeitig werden die räumlichen Untersuchungseinheiten nach städtebaulichen Charakteristiken beschrieben, die ebenso Merkmale sozialräumlicher Differenzierung beinhalten. In diese städtebaulichen Analysen fließen einerseits Ergebnisse aus der allgemeinen und spezifischen/ortsbezogenen Merkmalsanalyse von Großwohnsiedlungen ein (Kap. 4 und 5) und basieren andererseits auf den Sekundäranalysen amtlicher Daten.

Zweifellos besteht ein Zusammenhang zwischen der Konzentration von Bevölkerungsgruppen, die erhöhte Risiken der Deprivation auf sich vereinen und städtebaulichen Merkmalen, die die unterschiedlichsten Ausprägungen haben können wie schlechte Bausubstanz, fehlende Infrastruktureinrichtungen, Anzeichen der Verwahrlosung etc.

Hervorgehoben sie nochmals, dass aus der Identifikation von sozialräumlichen Ungleichheiten auf der Mesoebene (Segregationsmuster) noch keine Aussagen zum Ursachen-Wirkungsgefüge der Segregation unter Berücksichtigung der Handlungsmöglichkeiten und –chancen der betroffenen Individuen getroffen, sondern „nur“ Hypothesen formuliert werden können, die durch weiterführende Erhebungen zu falsifizieren bzw. zu verifizieren sind. Dazu wurden über Experteninterviews zusätzliche Informationen zu den Rahmenbedingungen individuellen Handelns (Makroebene) sowie Informationen direkt zu den Möglichkeiten individuellen Handelns (Mikroebene) erhoben und ausgewertet (vgl. Kap. 7) ehe die Handlungsmöglichkeiten und –chancen der betrachteten Wohnbevölkerung einer Untersuchungseinheit abschließend beurteilt und zusammengefasst werden (vgl. Kap. 8).

6.1 Karlsruhe-Stadt:

Soziale und städtebauliche Indikatoren

Die vergleichende Bestandaufnahme der Faktoren bzw. Indikatoren der (residentiellen) Segregation erfolgt – wie ausführlich dargelegt - auf dem Analyseniveau der Mesoebene. Entsprechend dieser Konzeption sind die räumlichen Untersuchungseinheiten Stadtteile und Stadtviertel die unter Verwendung aggregierter Maßzahlen der (amtlichen) Statistik sowie unter Einbeziehung der beschreibenden Analyse städtebaulicher Charakteristiken vergleichend analysiert werden, um „Muster“ der Segregation aufzuzeigen

6.1.1 Soziale Indikatoren für Risikopotentiale negativer Segregationsauswirkungen

In die vergleichende Analyse zur Charakterisierung von Segregationsausprägungen von Karlsruhe-Stadt wurden folgende Maßzahlen/Kennwerte sozialer Faktoren/Indikatoren einbezogen:

- Sozialhilfequote (zusätzliche Splittung nach Alter und Haushaltstypen der Betroffenen), Abb. 6.1-1 bis Abb. 6.1-6;
- Arbeitslosenquote, Abb. 6.1-7;
- relative Einkommensarmut, Abb. 6.1-8 und Abb. 6.1-9;
- Anteil der ausländischen Wohnbevölkerung (zusätzliche Splittung nach Anteil der Kinder und Jugendlichen), Abb. 6.1-10 und Abb. 6.1-11;
- Zu-/Abnahme der ausländischen Wohnbevölkerung, Abb. 6.1-12;
- Zu-/Abnahme der Wohnbevölkerung, Abb. 6.1-13.

Wie angeführt sind die räumlichen Untersuchungseinheiten Stadtteile bzw. Stadtviertel die hinsichtlich der Maßzahlen/Kennwerte der oben aufgelisteten Faktoren/Indikatoren vergleichend (unter Berücksichtigung der gesamtstädtischen Maßzahlen/Kennwerte) analysiert werden, um die Kumulation und Konzentration von Bevölkerungsgruppen mit erhöhten Deprivationsrisiken in einzelnen Stadtteilen bzw. Stadtvierteln aufzuzeigen.

Der höchste Anteil von Sozialhilfeempfängern (Bezieher laufender Hilfe zum Lebensunterhalt, vgl. Abb. 6.1-1) entfällt mit 8,0 Prozent im Jahr 2000 auf den Stadtteil Oberreut gefolgt von den Stadtteilen Südstadt (7,4 Prozent) und Innenstadt-Ost (6,4 Prozent). Noch deutlicher wird die Konzentration der Sozialhilfeempfänger (laufende Hilfe zum Lebensunterhalt) auf einzelne Wohngebiete unter Betrachtung der entsprechenden Kennwerte für die Stadtviertel (vgl. Abb. 6.1-2): den höchsten Anteil weist das Stadtviertel Oberreut-Waldlage (10,9 Prozent) aus, dicht gefolgt von Mühlburg-Rheinhafen (10,2 Prozent) und Grünwinkel-Neue Heidenstückersiedlung (9,6 Prozent); die genannten Stadtteile haben auch die höchsten Anteile an Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren, die in Sozialhilfeempfängerhaushalten leben (vgl. Abb. 6.1-4). Aus der bundesweiten Sozialhilfestatistik ist bekannt, dass, nach Haushaltstypen betrachtet, der Anteil der Alleinerziehenden unter den Sozialhilfeempfängern in den letzten Jahren stark zugenommen hat.⁴⁶ In einigen Stadtteilen von Karlsruhe ist der überproportionale Anteil extrem hoch: im Stadtteil Weststadt beziehen zwei Drittel aller Alleinerziehenden Sozialhilfe und in den Stadtteilen Mühlburg und Oberreut liegt der Anteil über 40 Prozent (vgl. Abb. 6.1-6). Entsprechend sind in den Stadtteilen Innenstadt-Ost (31,6 Prozent) und Oberreut (30 Prozent) die

⁴⁶ Vgl. dazu: Statisches Bundesamt (Hrsg.): Sozialhilfe 2000, Fachserie 13/Reihe 2, Wiesbaden 2001 (sowie die entsprechenden früheren Jahrgänge); Zimmermann, Gunter E.: Formen von Armut und Unterversorgung im Kindes- und Jugendalter, in: Andreas Klocke/Klaus Hurrelmann (Hrsg.): Kinder und Jugendliche in Armut, 2te Aufl., Opladen 2000, S. 55-77.

höchsten Anteile an relativ Einkommensarmen wohnhaft, gefolgt von Rintheim, Grünwinkel und Südstadt (jeweils über 25 Prozent), vgl. Abb. 6.1-9.

Stark prägend für einzelne Stadtviertel bzw. -teile dürfte die Zunahme der ausländischen Wohnbevölkerung in den letzten 5 Jahren gewesen sein: im Stadtviertel Oberreut-Feldlage erfolgte eine Zunahme der ausländischen Wohnbevölkerung um rd. 90 Prozent (vgl. Abb. 6.1-12), wobei die Wohnbevölkerung in diesem Stadtviertel seit 1995 um mehr als 40 Prozent zugenommen hat (dieser Wert liegt mehr als doppelt so hoch im Vergleich zu allen anderen Stadtvierteln, vgl. Abb. 6.1-13).

Der Stadtteil Oberreut (insbesondere Obereut-Feldlage) verzeichnet somit die höchste Wohnbevölkerungszunahme, wobei sich der Anteil der ausländischen Wohnbevölkerung in diesem Zusammenhang annähernd verdoppelt hat. Insgesamt ist jedoch der Ausländeranteil an der Wohnbevölkerung in Oberreut (bisher) nur etwa halb so hoch im Vergleich mit den Stadtteilen Innenstadt-Ost bzw. Südstadt. Während die Anteile der ausländischen Wohnbevölkerung in den beiden letztgenannten Stadtteilen in den vergangenen fünf Jahren keine wesentliche Veränderungen erfahren haben, ist diesbezüglich im Stadtteil Oberreut eine höchst dynamische Zunahme zu verzeichnen. Die Ursachen und Auswirkungen der Bevölkerungszunahme (insbesondere auch der ausländischen Wohnbevölkerung) im Stadtteil Oberreut (insbesondere Oberreut-Feldlage) werden im folgenden noch genauer analysiert. Erste Hinweise hinsichtlich der diesbezüglichen Integrationskraft des Stadtteiles können bereits aus der Bestandsaufnahme der städtebaulichen Faktoren/Indikatoren entnommen werden.

Abb. 6.1-1

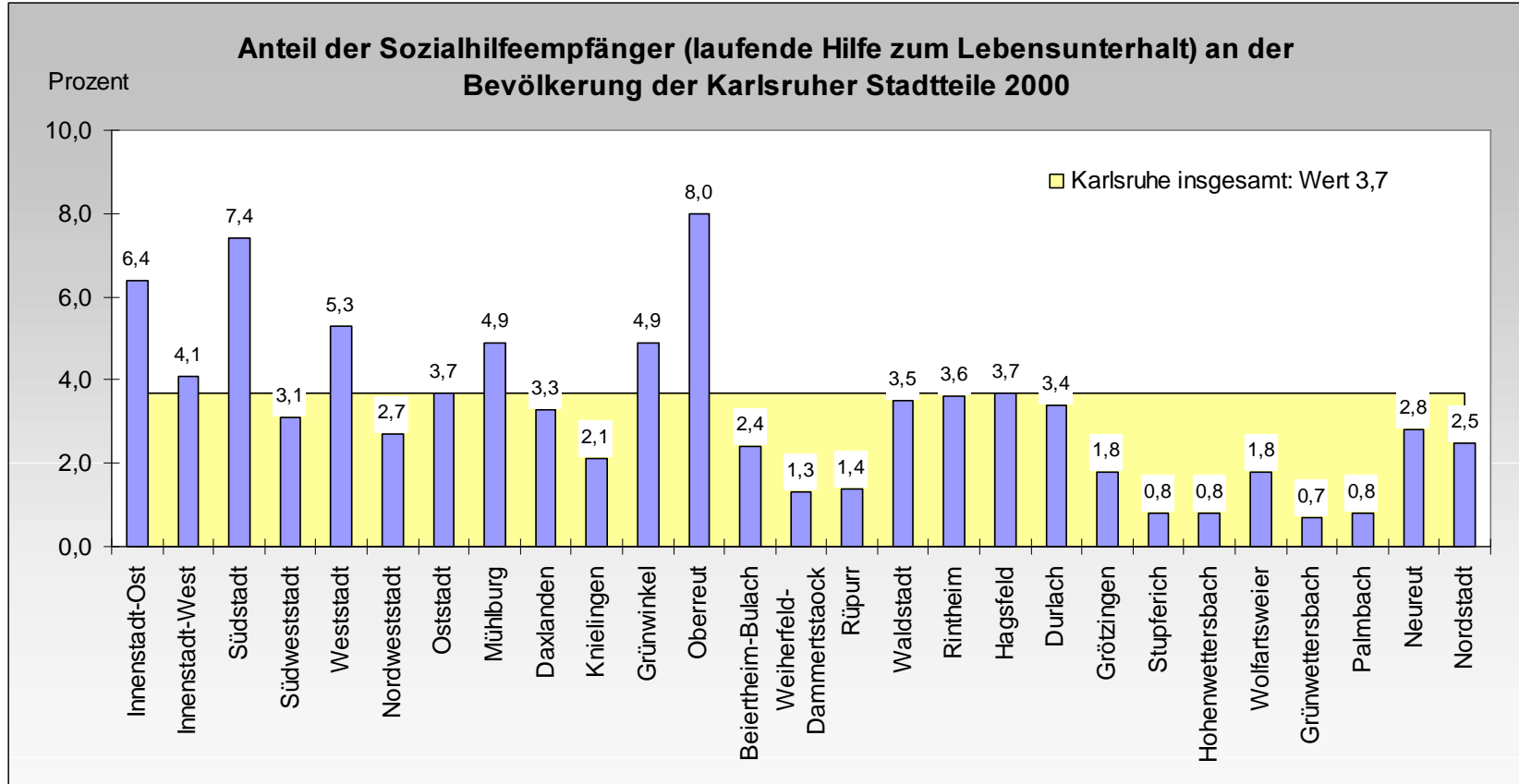
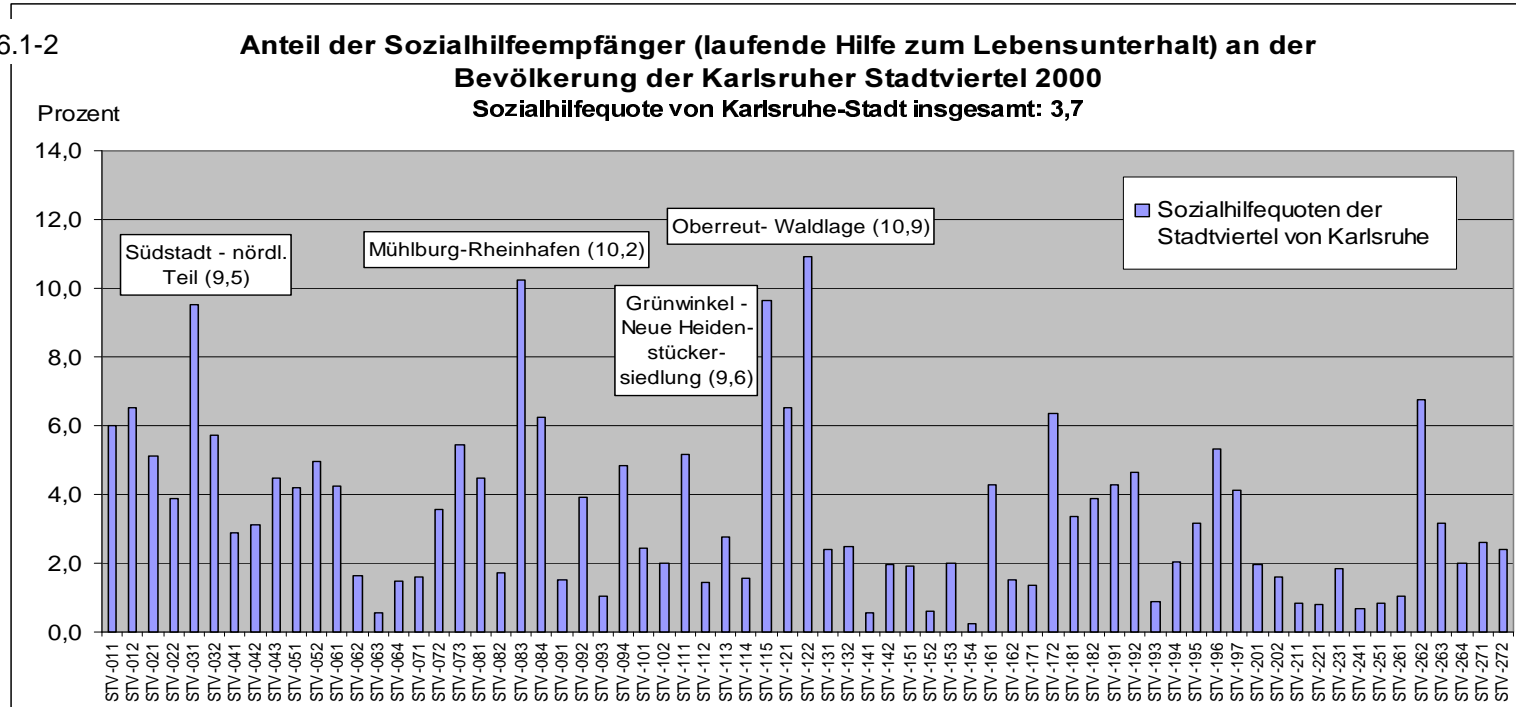


Abb. 6.1-2



Legende:

STV-011	Innenstadt-Ost - Nordöstl. Teil	STV-081	Mühlburg - Alt-Mühlburg	STV-132	Beierthim-Bulach - Bulach	STV-196	Durlach - Lohn-Lissen
STV-012	Innenstadt-Ost - Südwestl. Teil	STV-082	Mühlburg - Weingärtnersiedlung	STV-141	Weierf.-Dammerst. - Weierfeld	STV-197	Durlach - Killisfeld
STV-021	Innenstadt-West - Östlicher Teil	STV-083	Mühlburg - Rheinhafen	STV-142	Weierf.-Dammerst. - Dammerstock	STV-201	Grötzingen - Nördlich der Pfingz
STV-022	Innenstadt-West - Westlicher Teil	STV-084	Mühlburg - Mühlburger Feld	STV-151	Rüppurr - Alt-Rüppurr	STV-202	Grötzingen - Südlich der Pfingz
STV-031	Südstadt - Nördlicher Teil	STV-091	Daxlanden - Alt-Daxlanden	STV-152	Rüppurr - Neu-Rüppurr	STV-211	Stupferich
STV-032	Südstadt - Südlicher Teil	STV-092	Daxlanden - Neu-Daxlanden	STV-153	Rüppurr - Gartenstadt	STV-221	Hohenwettersbach
STV-041	Südweststadt - Östlicher Teil	STV-093	Daxlanden - Daxlanden-Ost	STV-154	Rüppurr - Rüppurr-Südost	STV-231	Wolfartsweier
STV-042	Südweststadt - Mittlerer Teil	STV-094	Daxlanden - Rheinstrandsetzung	STV-161	Waldstadt - Waldlage	STV-241	Grünwettersbach
STV-043	Südweststadt - Beierthimer Feld	STV-101	Knielingen - Alt-Knielingen	STV-162	Waldstadt - Feldlage	STV-251	Palmbach
STV-051	Weststadt - Mittlerer Teil	STV-102	Knielingen - Neu-Knielingen	STV-171	Rintheim - Alt-Rintheim	STV-261	Neureut - Südlicher Teil
STV-052	Weststadt - Südlicher Teil	STV-111	Grünwinkel - Alt-Grünwinkel	STV-172	Rintheim - Rintheimer Feld	STV-262	Neureut - Nördlicher Teil
STV-061	Nordweststadt - Alter Flugplatz	STV-112	Grünwinkel - Hardeckersiedlung	STV-181	Hagsfeld - Alt-Hagsfeld	STV-263	Neureut - Kirchfeld
STV-062	Nordweststadt - Binsenschlauch	STV-113	Grünwinkel - Albsiedlung	STV-182	Hagsfeld - Westlicher Teil	STV-264	Neureut - Heide
STV-063	Nordweststadt - Lange Richtstatt	STV-114	Grünwinkel - Alte Heidenstückers.	STV-191	Durlach - Alt-Durlach	STV-271	Nordstadt - Hardtwaldsiedlung
STV-064	Nordweststadt - Rennbuckel	STV-115	Grünwinkel - Neue Heidenstückers.	STV-192	Durlach - Dornwald-Untermühl	STV-272	Nordstadt - Amerikanersiedlung
STV-071	Oststadt - Nördlicher Teil	STV-121	Oberreut - Feldlage	STV-193	Durlach - Hanggebiet		
STV-072	Oststadt - Südlicher Teil	STV-122	Oberreut - Waldlage	STV-194	Durlach - Bergwald		
STV-073	Oststadt - Westlicher Teil	STV-131	Beierthim-Bulach - Beierthim	STV-195	Durlach - Aue		

Abb. 6.1-3

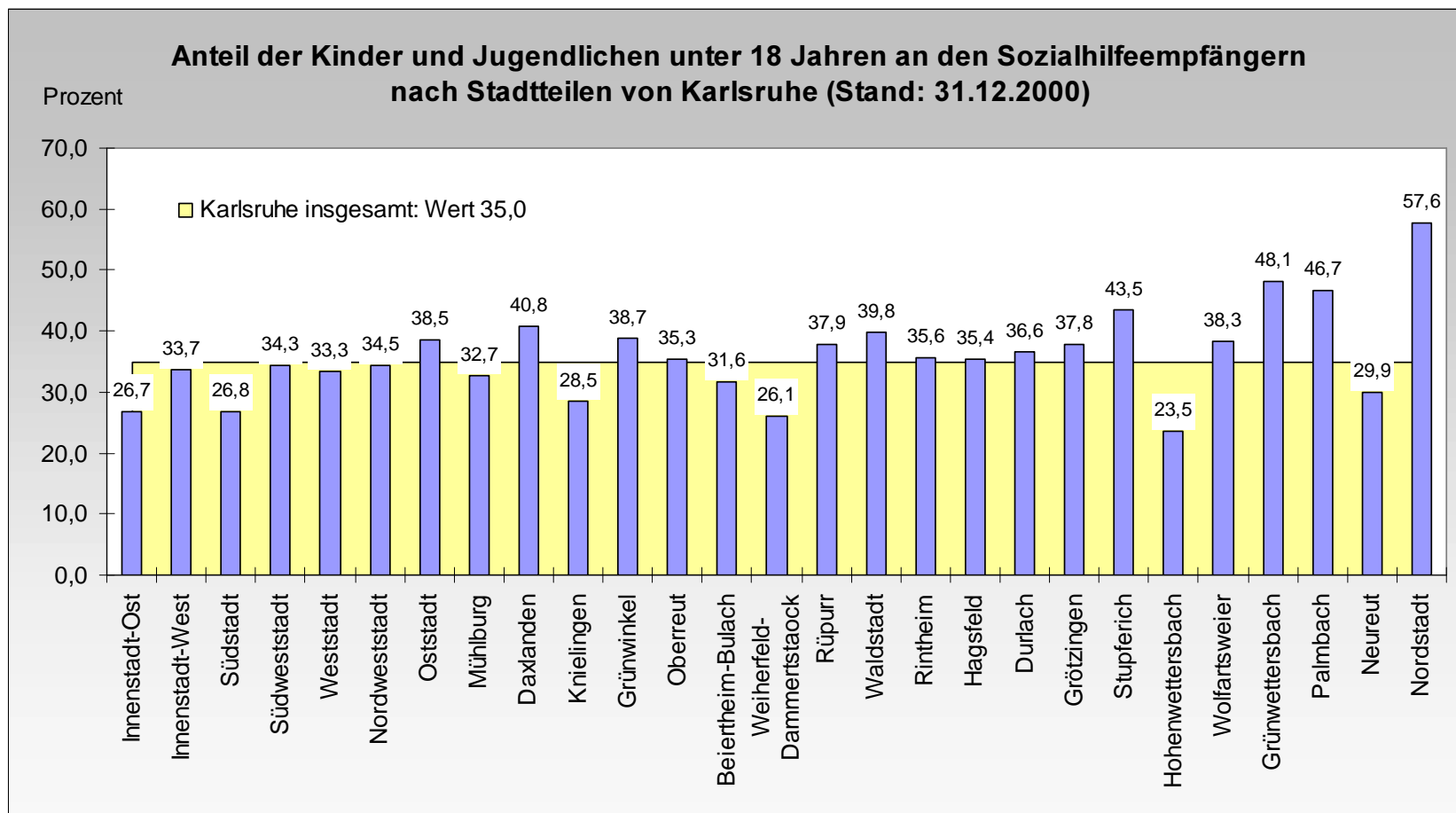


Abb. 6.1-4

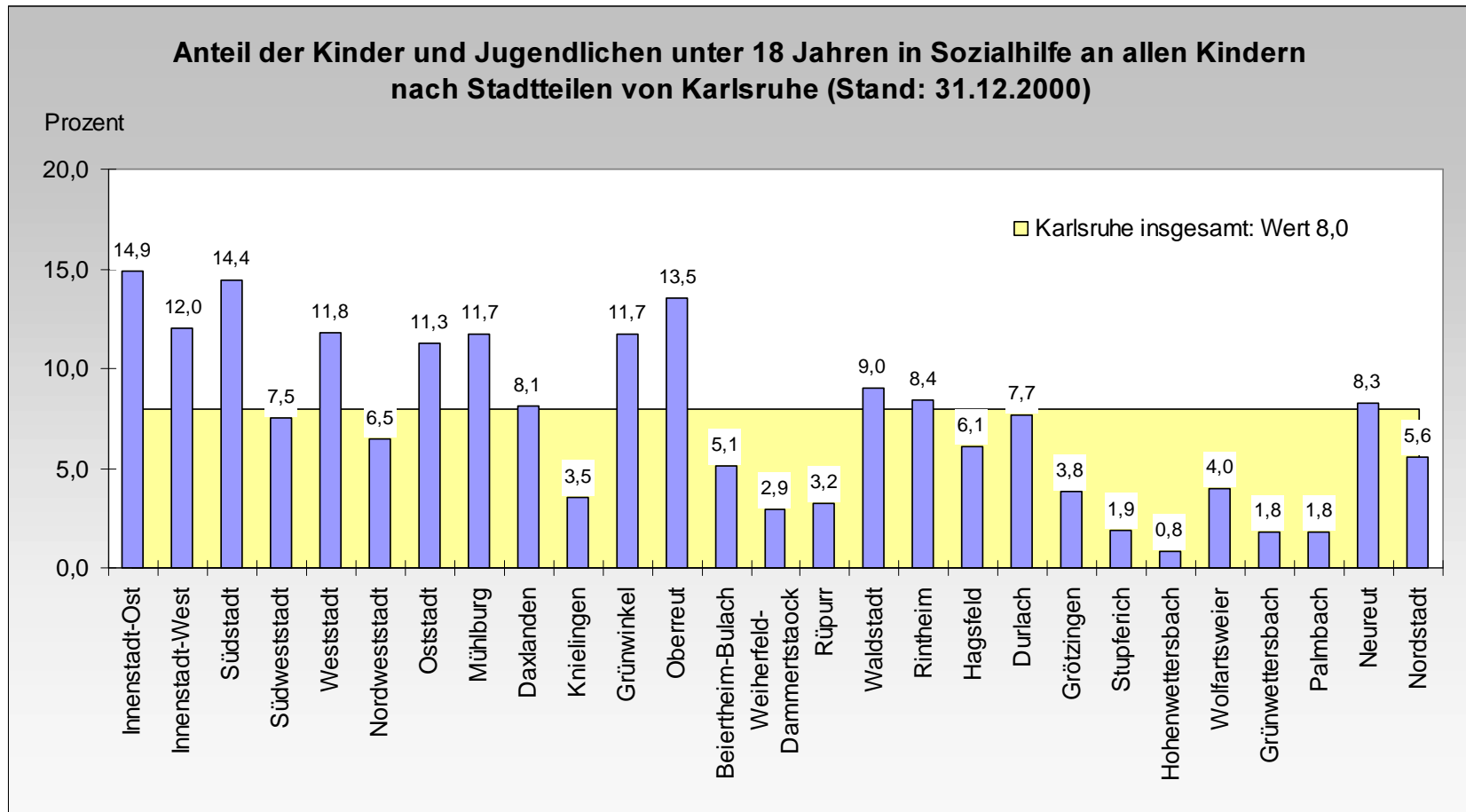


Abb. 6.1-5

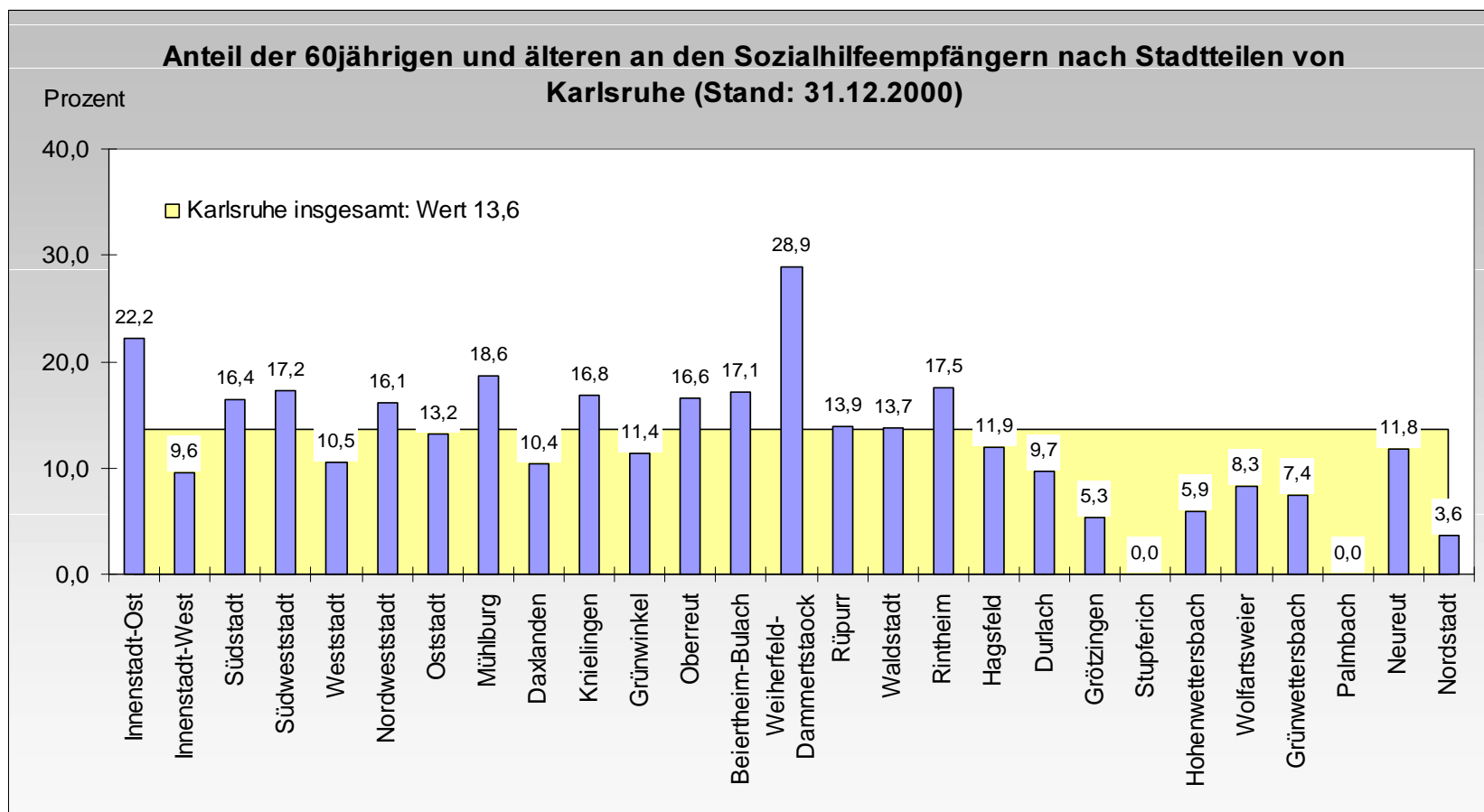


Abb. 6.1-6

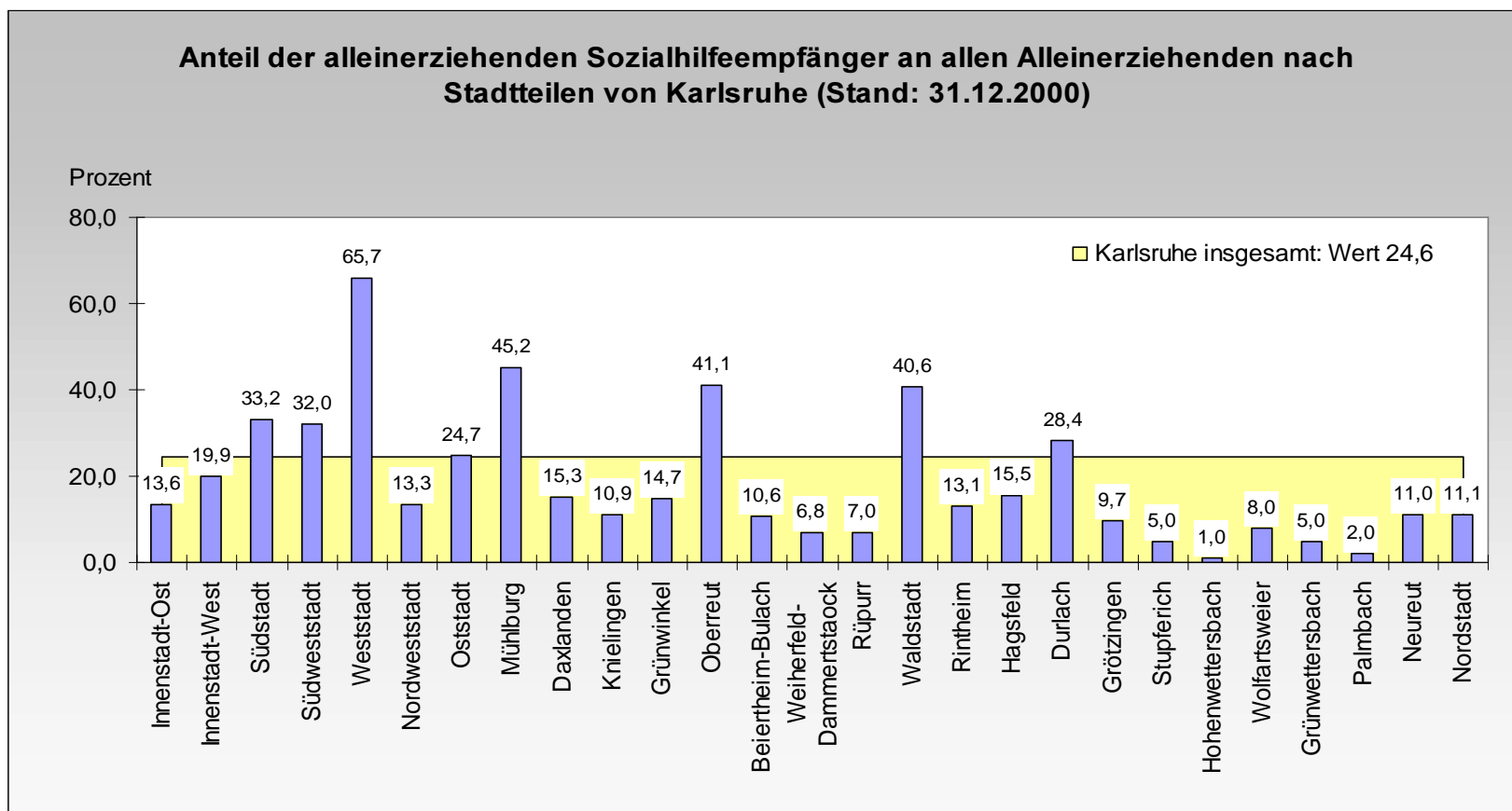


Abb. 6.1-7

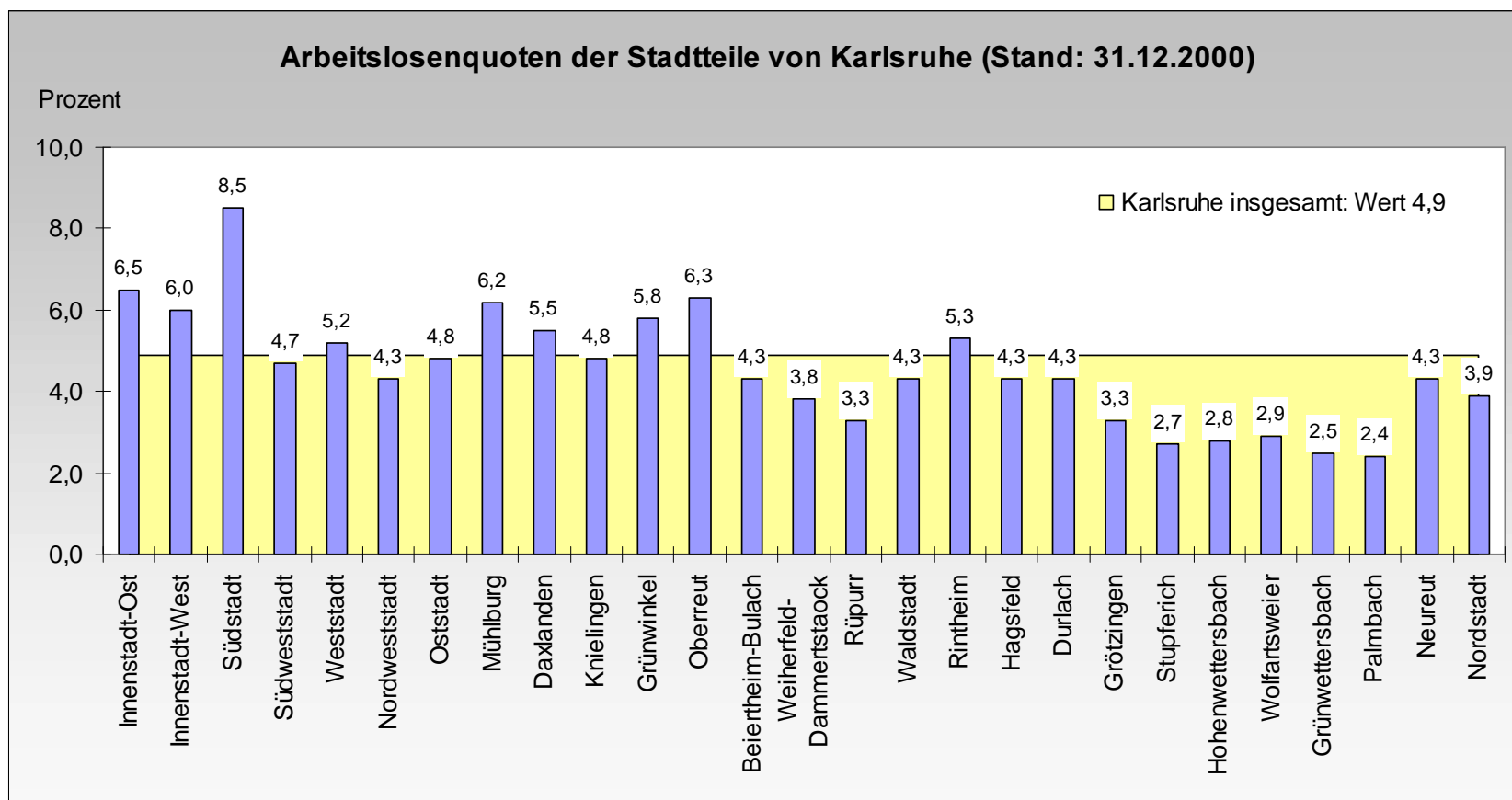
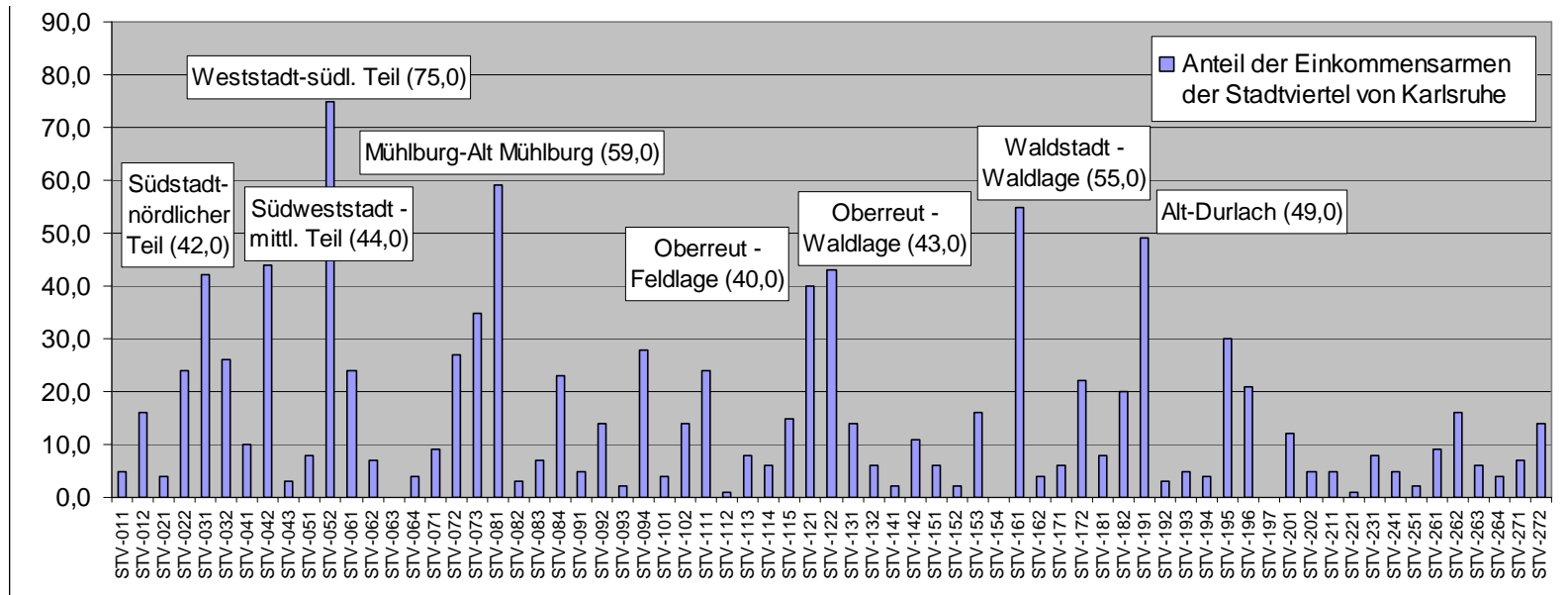


Abb. 6.1-8

Anteil der relativ Einkommensarmen in 1999 nach Stadtvierteln in Prozent
Relativ Einkommensarme in Karlsruhe-Stadt insgesamt: 15,7 Prozent



Legende:

STV-011	Innenstadt-Ost - Nordöstl. Teil	STV-081	Mühlburg - Alt-Mühlburg	STV-132	Beierthim-Bulach - Bulach	STV-196	Durlach - Lohn-Lissen
STV-012	Innenstadt-Ost - Südwestl. Teil	STV-082	Mühlburg - Weingartensiedlung	STV-141	Weierf.-Dammerst. - Weierfeld	STV-197	Durlach - Killisfeld
STV-021	Innenstadt-West - Östlicher Teil	STV-083	Mühlburg - Rheinhafen	STV-142	Weierf.-Dammerst. - Dammerstock	STV-201	Grötzingen - Nördlich der Pfnz
STV-022	Innenstadt-West - Westlicher Teil	STV-084	Mühlburg - Mühlburger Feld	STV-151	Rüppurr - Alt-Rüppurr	STV-202	Grötzingen - Südlich der Pfnz
STV-031	Südstadt - Nördlicher Teil	STV-091	Daxlanden - Alt-Daxlanden	STV-152	Rüppurr - Neu-Rüppurr	STV-211	Stupferich
STV-032	Südstadt - Südlicher Teil	STV-092	Daxlanden - Neu-Daxlanden	STV-153	Rüppurr - Gartenstadt	STV-221	Hohenwettersbach
STV-041	Südweststadt - Östlicher Teil	STV-093	Daxlanden - Daxlanden-Ost	STV-154	Rüppurr - Rüppurr-Südost	STV-231	Wolfartsweiler
STV-042	Südweststadt - Mittlerer Teil	STV-094	Daxlanden - Rheinstrandsiedlung	STV-161	Waldstadt - Waldlage	STV-241	Grünwettersbach
STV-043	Südweststadt - Beierthimer Feld	STV-101	Knielingen - Alt-Knielingen	STV-162	Waldstadt - Feldlage	STV-251	Palmbach
STV-051	Weststadt - Mittlerer Teil	STV-102	Knielingen - Neu-Knielingen	STV-171	Rintheim - Alt-Rintheim	STV-261	Neureut - Südlicher Teil
STV-052	Weststadt - Südlicher Teil	STV-111	Grünwinkel - Alt-Grünwinkel	STV-172	Rintheim - Rintheimer Feld	STV-262	Neureut - Nördlicher Teil
STV-061	Nordweststadt - Alter Flugplatz	STV-112	Grünwinkel - Hardecksiedlung	STV-181	Hagsfeld - Alt-Hagsfeld	STV-263	Neureut - Kirchfeld
STV-062	Nordweststadt - Binsenschlauch	STV-113	Grünwinkel - Albsiedlung	STV-182	Hagsfeld - Westlicher Teil	STV-264	Neureut - Heide
STV-063	Nordweststadt - Lange Richtstatt	STV-114	Grünwinkel - Alte Heidenstückers.	STV-191	Durlach - Alt-Durlach	STV-271	Nordstadt - Hardtwaldsiedlung
STV-064	Nordweststadt - Rennbuckel	STV-115	Grünwinkel - Neue Heidenstückers.	STV-192	Durlach - Dornwald-Untermühl	STV-272	Nordstadt - Amerikanersiedlung
STV-071	Oststadt - Nördlicher Teil	STV-121	Oberreut - Feldlage	STV-193	Durlach - Hanggebiet		
STV-072	Oststadt - Südlicher Teil	STV-122	Oberreut - Waldlage	STV-194	Durlach - Bergwald		
STV-073	Oststadt - Westlicher Teil	STV-131	Beierthim-Bulach - Beierthim	STV-195	Durlach - Aue		

Abb. 6.1-9

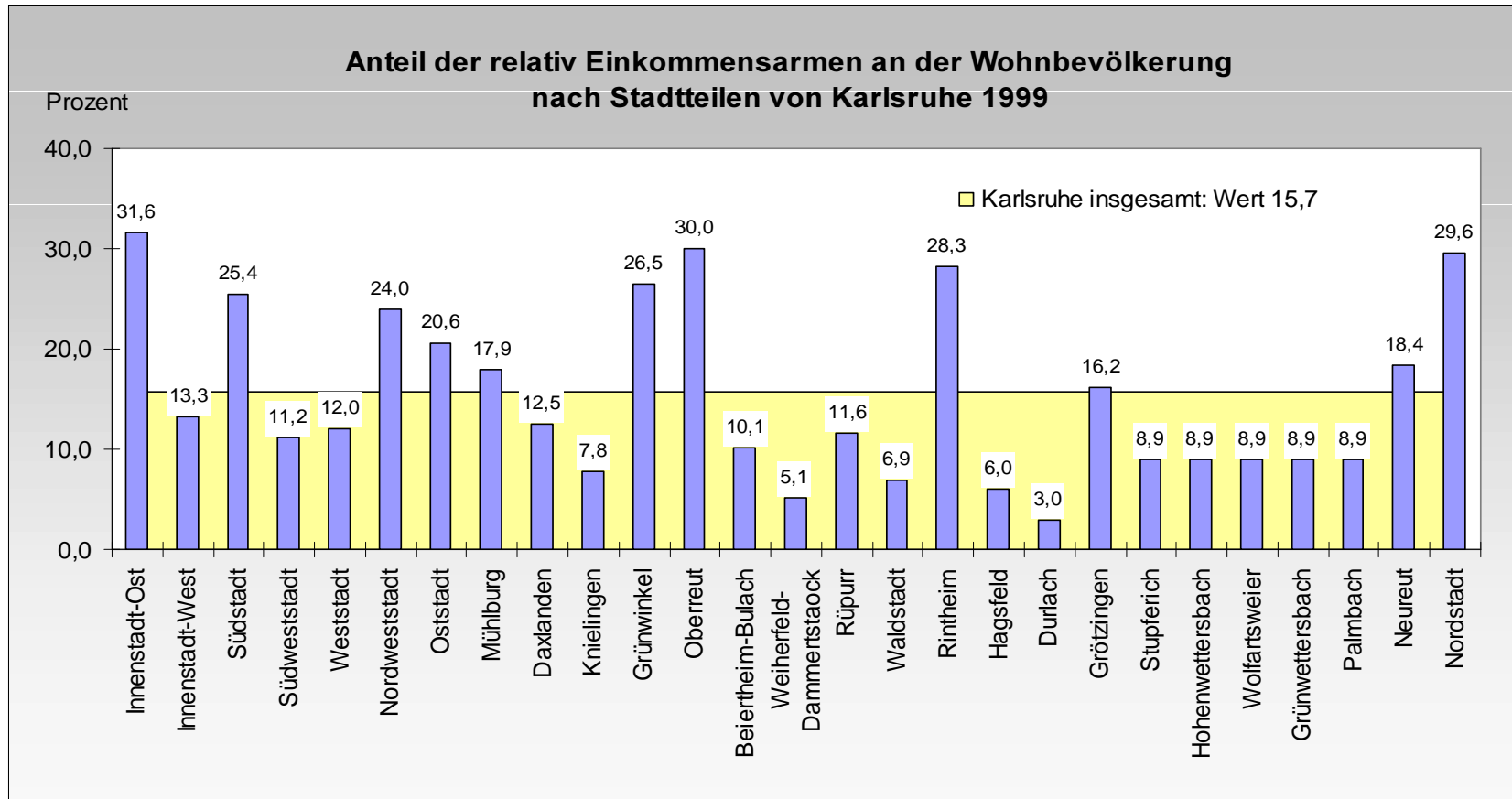
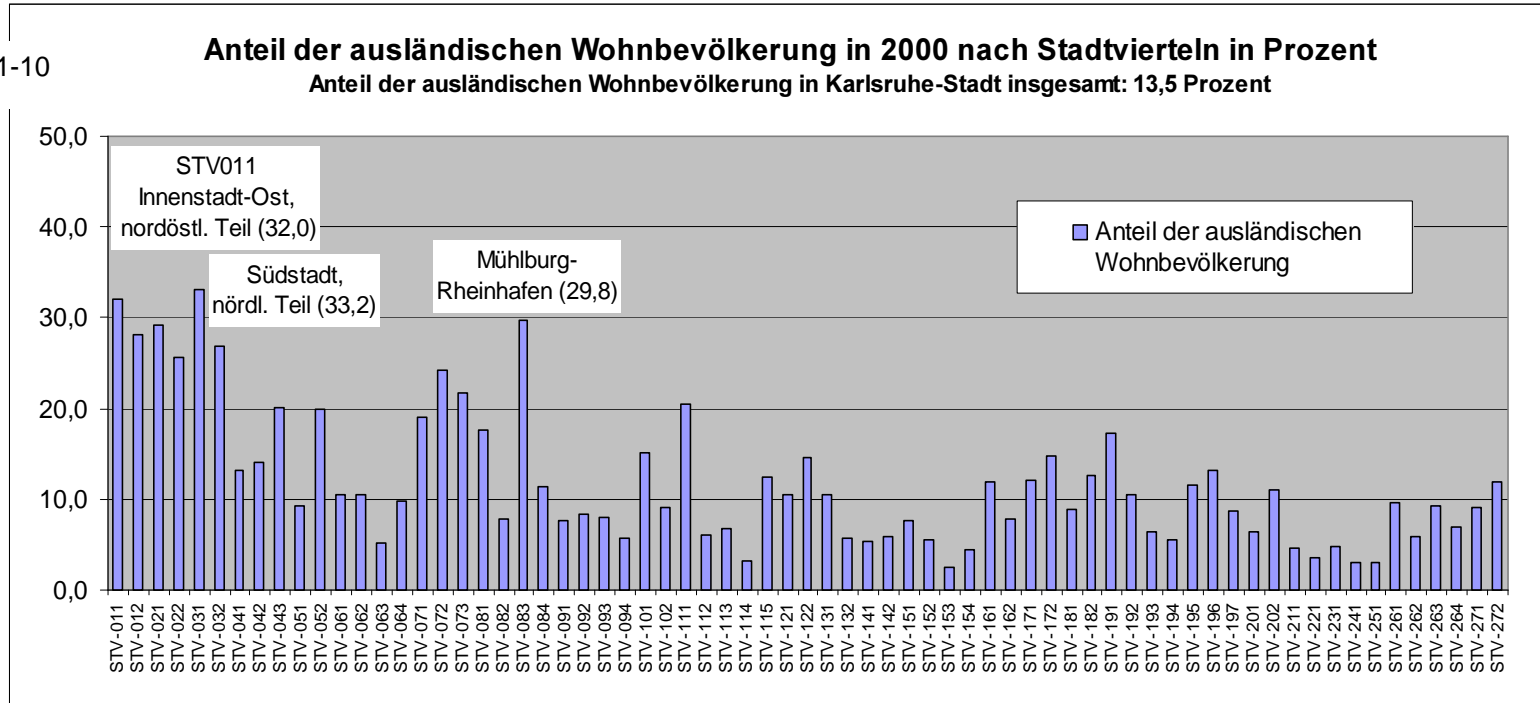


Abb. 6.1-10



Legende:

STV-011 Innenstadt-Ost - Nordöstl. Teil
 STV-012 Innenstadt-Ost - Südwestl. Teil
 STV-021 Innenstadt-West - Östlicher Teil
 STV-022 Innenstadt-West - Westlicher Teil
 STV-031 Südstadt - Nördlicher Teil
 STV-032 Südstadt - Südlicher Teil
 STV-041 Südweststadt - Östlicher Teil
 STV-042 Südweststadt - Mittlerer Teil
 STV-043 Südweststadt - Beierheimer Feld
 STV-051 Weststadt - Mittlerer Teil
 STV-052 Weststadt - Südlicher Teil
 STV-061 Nordweststadt - Alter Flugplatz
 STV-062 Nordweststadt - Binsenschlauch
 STV-063 Nordweststadt - Lange Richtstatt
 STV-064 Nordweststadt - Rennbuckel
 STV-071 Oststadt - Nördlicher Teil
 STV-072 Oststadt - Südlicher Teil
 STV-073 Oststadt - Westlicher Teil

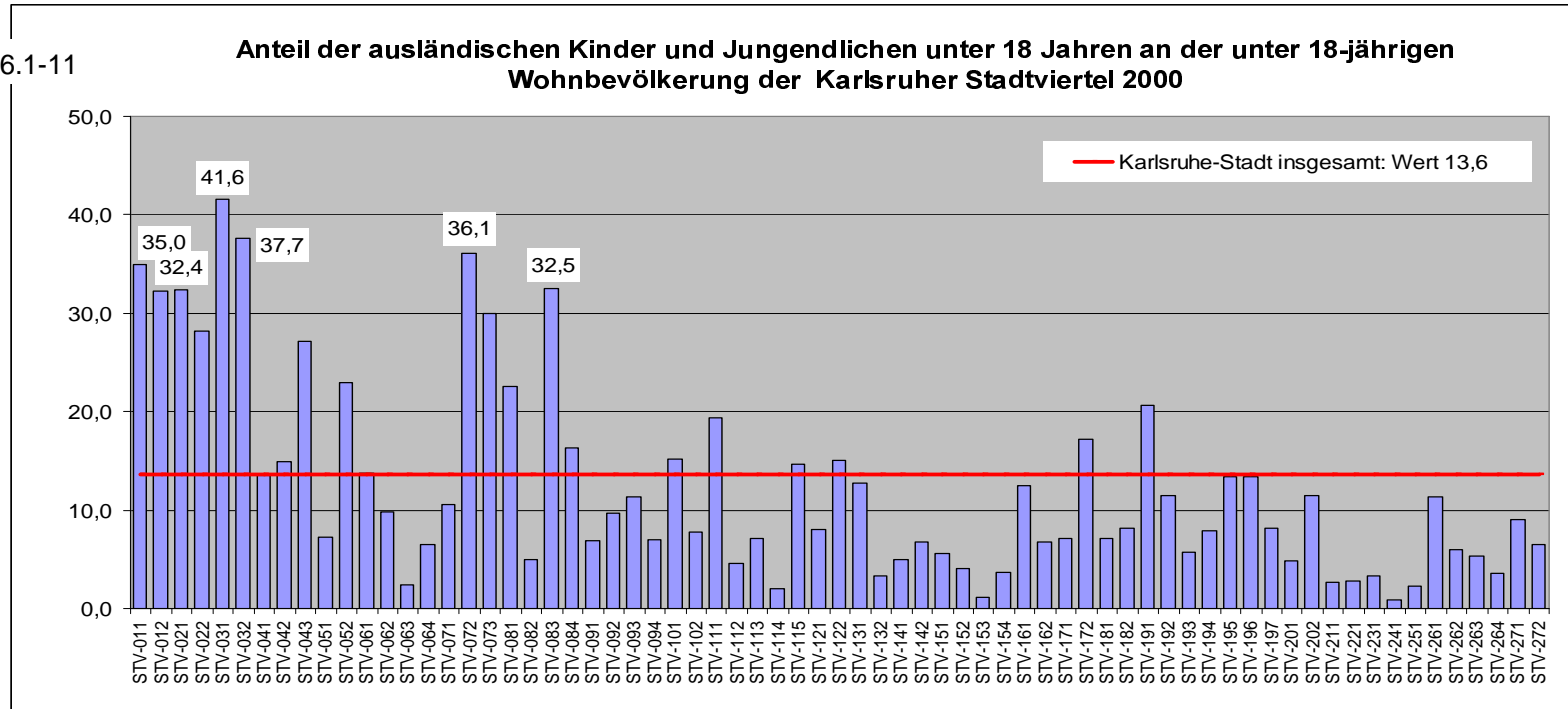
STV-081 Mühlburg - Alt-Mühlburg
 STV-082 Mühlburg - Weingartensiedlung
 STV-083 Mühlburg - Rheinhafen
 STV-084 Mühlburg - Mühlburger Feld
 STV-091 Daxlanden - Alt-Daxlanden
 STV-092 Daxlanden - Neu-Daxlanden
 STV-093 Daxlanden - Daxlanden-Ost
 STV-094 Daxlanden - Rheinstrandsiedlung
 STV-101 Knielingen - Alt-Knielingen
 STV-102 Knielingen - Neu-Knielingen
 STV-111 Grünwinkel - Alt-Grünwinkel
 STV-112 Grünwinkel - Hardecksiedlung
 STV-113 Grünwinkel - Albsiedlung
 STV-114 Grünwinkel - Alte Heidenstückers.
 STV-115 Grünwinkel - Neue Heidenstückers.
 STV-121 Oberreut - Feldlage
 STV-122 Oberreut - Waldlage
 STV-131 Beierheim-Bulach - Beierheim

STV-132 Beierheim-Bulach - Bulach
 STV-141 Weierh.-Dammerst. - Weierfeld
 STV-142 Weierh.-Dammerst. - Dammerstock
 STV-151 Rüppurr - Alt-Rüppurr
 STV-152 Rüppurr - Neu-Rüppurr
 STV-153 Rüppurr - Gartenstadt
 STV-154 Rüppurr - Rüppurr-Südost
 STV-161 Waldstadt - Waldlage
 STV-162 Waldstadt - Feldlage
 STV-171 Rintheim - Alt-Rintheim
 STV-172 Rintheim - Rintheimer Feld
 STV-181 Hagsfeld - Alt-Hagsfeld
 STV-182 Hagsfeld - Westlicher Teil
 STV-191 Durlach - Alt-Durlach
 STV-192 Durlach - Dornwald-Untermühl
 STV-193 Durlach - Hanggebiet
 STV-194 Durlach - Bergwald
 STV-195 Durlach - Aue

STV-196 Durlach - Lohn-Lissen
 STV-197 Durlach - Killisfeld
 STV-201 Grötzingen - Nördlich der Pfing
 STV-202 Grötzingen - Südlich der Pfing
 STV-211 Stupferich
 STV-221 Hohenwettersbach
 STV-231 Wolfartsweier
 STV-241 Grünwettersbach
 STV-251 Palmbach
 STV-261 Neureut - Südlicher Teil
 STV-262 Neureut - Nördlicher Teil
 STV-263 Neureut - Kirchfeld
 STV-264 Neureut - Heide
 STV-271 Nordstadt - Hardtwaldsiedlung
 STV-272 Nordstadt - Amerikansiedlung

Abb. 6.1-11

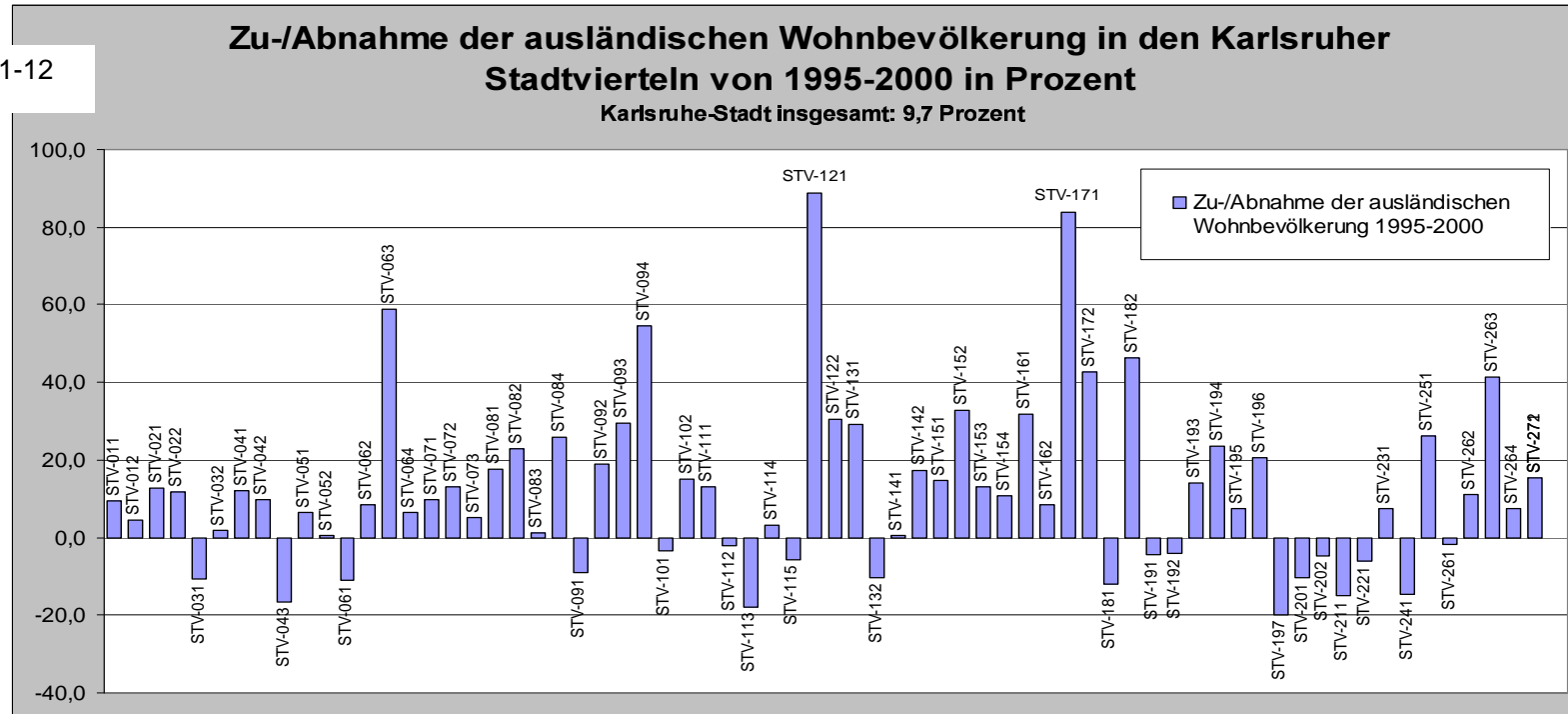
Anteil der ausländischen Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren an der unter 18-jährigen Wohnbevölkerung der Karlsruher Stadtviertel 2000



Legende:

STV-011	Innenstadt-Ost - Nordöstl. Teil	STV-081	Mühlburg - Alt-Mühlburg	STV-132	Beiertheim-Bulach - Bulach	STV-196	Durlach - Lohn-Lissen
STV-012	Innenstadt-Ost - Südwestl. Teil	STV-082	Mühlburg - Weingartensiedlung	STV-141	Weierh.-Dammerst. - Weierfeld	STV-197	Durlach - Killisfeld
STV-021	Innenstadt-West - Östlicher Teil	STV-083	Mühlburg - Rheinhafen	STV-142	Weierh.-Dammerst. - Dammerstock	STV-201	Grötzingen - Nördlich der Pfing
STV-022	Innenstadt-West - Westlicher Teil	STV-084	Mühlburg - Mühlburger Feld	STV-151	Rüppurr - Alt-Rüppurr	STV-202	Grötzingen - Südlich der Pfing
STV-031	Südstadt - Nördlicher Teil	STV-091	Daxlanden - Alt-Daxlanden	STV-152	Rüppurr - Neu-Rüppurr	STV-211	Stupferich
STV-032	Südstadt - Südlicher Teil	STV-092	Daxlanden - Neu-Daxlanden	STV-153	Rüppurr - Gartenstadt	STV-221	Hohenwettersbach
STV-041	Südweststadt - Östlicher Teil	STV-093	Daxlanden - Daxlanden-Ost	STV-154	Rüppurr - Rüppurr-Südost	STV-231	Wolfartsweier
STV-042	Südweststadt - Mittlerer Teil	STV-094	Daxlanden - Rheinstrandsiedlung	STV-161	Waldstadt - Waldlage	STV-241	Grünwettersbach
STV-043	Südweststadt - Beiertheimer Feld	STV-101	Knielingen - Alt-Knielingen	STV-162	Waldstadt - Feldlage	STV-251	Palmbach
STV-051	Weststadt - Mittlerer Teil	STV-102	Knielingen - Neu-Knielingen	STV-171	Rintheim - Alt-Rintheim	STV-261	Neureut - Südlicher Teil
STV-052	Weststadt - Südlicher Teil	STV-111	Grünwinkel - Alt-Grünwinkel	STV-172	Rintheim - Rintheimer Feld	STV-262	Neureut - Nördlicher Teil
STV-061	Nordweststadt - Alter Flugplatz	STV-112	Grünwinkel - Hardecksiedlung	STV-181	Hagsfeld - Alt-Hagsfeld	STV-263	Neureut - Kirchfeld
STV-062	Nordweststadt - Binsenschlauch	STV-113	Grünwinkel - Albsiedlung	STV-182	Hagsfeld - Westlicher Teil	STV-264	Neureut - Heide
STV-063	Nordweststadt - Lange Richtstatt	STV-114	Grünwinkel - Alte Heidenstückers.	STV-191	Durlach - Alt-Durlach	STV-271	Nordstadt - Hardtwaldsiedlung
STV-064	Nordweststadt - Rennbuckel	STV-115	Grünwinkel - Neue Heidenstückers.	STV-192	Durlach - Dornwald-Untermühl	STV-272	Nordstadt - Amerikanersiedlung
STV-071	Oststadt - Nördlicher Teil	STV-121	Oberreut - Feldlage	STV-193	Durlach - Hanggebiet		
STV-072	Oststadt - Südlicher Teil	STV-122	Oberreut - Waldlage	STV-194	Durlach - Bergwald		
STV-073	Oststadt - Westlicher Teil	STV-131	Beiertheim-Bulach - Beiertheim	STV-195	Durlach - Aue		

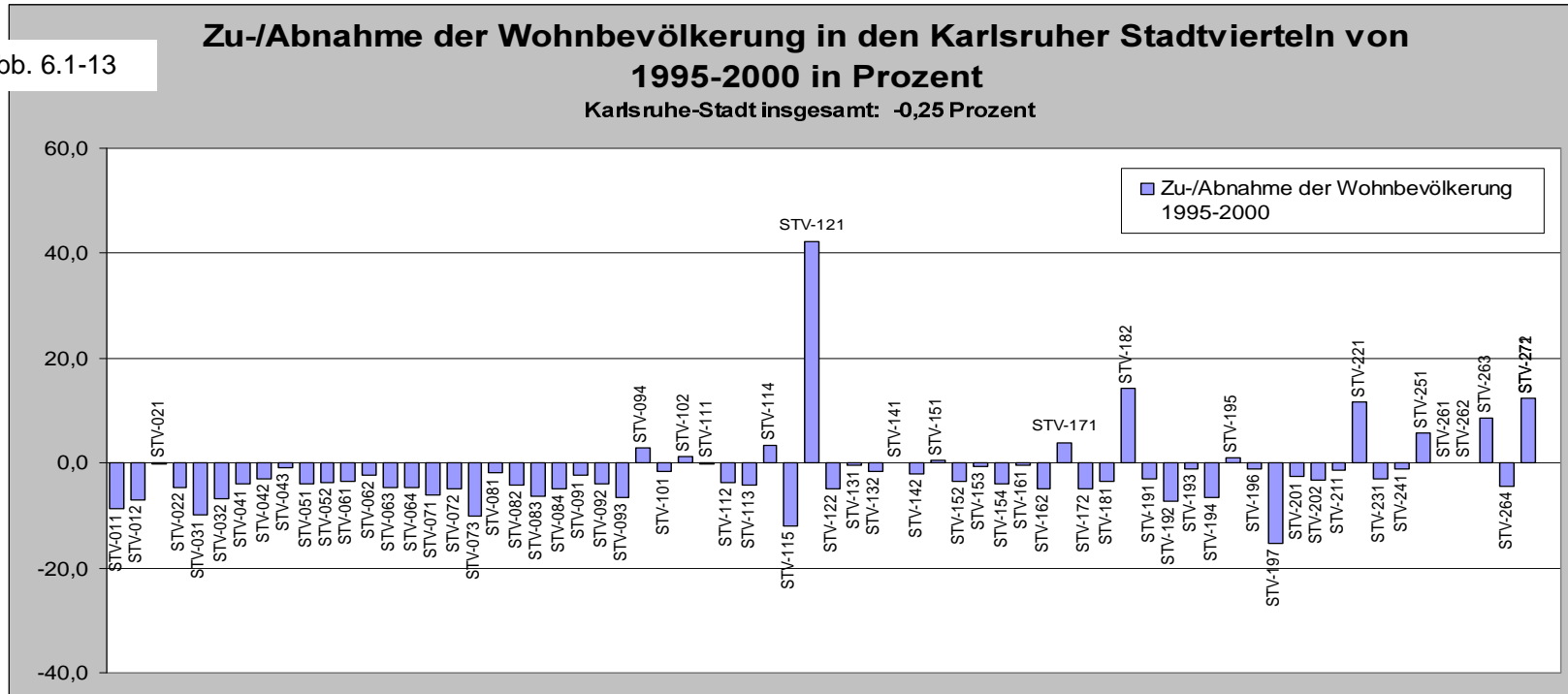
Abb. 6.1-12



Legende:

STV-011	Innenstadt-Ost - Nordöstl. Teil	STV-081	Mühlburg - Alt-Mühlburg	STV-132	Beiertheim-Bulach - Bulach	STV-196	Durlach - Lohn-Lissen
STV-012	Innenstadt-Ost - Südwestl. Teil	STV-082	Mühlburg - Weingartensiedlung	STV-141	Weierf. - Dammerst. - Weierfeld	STV-197	Durlach - Killisfeld
STV-021	Innenstadt-West - Östlicher Teil	STV-083	Mühlburg - Rheinhafen	STV-142	Weierf. - Dammerst. - Dammerstock	STV-201	Grötzingen - Nördlich der Pfingst
STV-022	Innenstadt-West - Westlicher Teil	STV-084	Mühlburg - Mühlburger Feld	STV-151	Rüppurr - Alt-Rüppurr	STV-202	Grötzingen - Südlich der Pfingst
STV-031	Südstadt - Nördlicher Teil	STV-091	Daxlanden - Alt-Daxlanden	STV-152	Rüppurr - Neu-Rüppurr	STV-211	Stupferich
STV-032	Südstadt - Südlicher Teil	STV-092	Daxlanden - Neu-Daxlanden	STV-153	Rüppurr - Gartenstadt	STV-221	Hohenwettersbach
STV-041	Südweststadt - Östlicher Teil	STV-093	Daxlanden - Daxlanden-Ost	STV-154	Rüppurr - Rüppurr-Südost	STV-231	Wolfartsweier
STV-042	Südweststadt - Mittlerer Teil	STV-094	Daxlanden - Rheinstrandsiedlung	STV-161	Waldstadt - Waldlage	STV-241	Grünwettersbach
STV-043	Südweststadt - Beiertheimer Feld	STV-101	Knielingen - Alt-Knielingen	STV-162	Waldstadt - Feldlage	STV-251	Palmbach
STV-051	Weststadt - Mittlerer Teil	STV-102	Knielingen - Neu-Knielingen	STV-171	Rintheim - Alt-Rintheim	STV-261	Neureut - Südlicher Teil
STV-052	Weststadt - Südlicher Teil	STV-111	Grünwinkel - Alt-Grünwinkel	STV-172	Rintheim - Rintheimer Feld	STV-262	Neureut - Nördlicher Teil
STV-061	Nordweststadt - Alter Flugplatz	STV-112	Grünwinkel - Hardecksiedlung	STV-181	Hagsfeld - Alt-Hagsfeld	STV-263	Neureut - Kirchfeld
STV-062	Nordweststadt - Binsenschlauch	STV-113	Grünwinkel - Albsiedlung	STV-182	Hagsfeld - Westlicher Teil	STV-264	Neureut - Heide
STV-063	Nordweststadt - Lange Richtstatt	STV-114	Grünwinkel - Alte Heidenstückers.	STV-191	Durlach - Alt-Durlach	STV-271	Nordstadt - Hardtwaldsiedlung
STV-064	Nordweststadt - Rennbuckel	STV-115	Grünwinkel - Neue Heidenstückers.	STV-192	Durlach - Dornwald-Untermühl	STV-272	Nordstadt - Amerikanersiedlung
STV-071	Oststadt - Nördlicher Teil	STV-121	Oberreut - Feldlage	STV-193	Durlach - Hangebiet		
STV-072	Oststadt - Südlicher Teil	STV-122	Oberreut - Waldlage	STV-194	Durlach - Bergwald		
STV-073	Oststadt - Westlicher Teil	STV-131	Beiertheim-Bulach - Beiertheim	STV-195	Durlach - Aue		

Abb. 6.1-13



Legende:

STV-011	Innenstadt-Ost - Nordöstl. Teil	STV-082	Mühlburg - Weingartensiedlung	STV-142	Weierh.-Dammerst. - Dammerstock	STV-202	Grötzingen - Südlich der Pfinz
STV-012	Innenstadt-Ost - Südwestl. Teil	STV-083	Mühlburg - Rheinhafen	STV-151	Rüppurr - Alt-Rüppurr	STV-211	Stupferich
STV-021	Innenstadt-West - Östlicher Teil	STV-084	Mühlburg - Mühlburger Feld	STV-152	Rüppurr - Neu-Rüppurr	STV-221	Hohenwettersbach
STV-022	Innenstadt-West - Westlicher Teil	STV-091	Daxlanden - Alt-Daxlanden	STV-153	Rüppurr - Gartenstadt	STV-231	Wolfsartsweier
STV-031	Südstadt - Nördlicher Teil	STV-092	Daxlanden - Neu-Daxlanden	STV-154	Rüppurr - Rüppurr-Südost	STV-241	Grünwettersbach
STV-032	Südstadt - Südlicher Teil	STV-093	Daxlanden - Daxlanden-Ost	STV-161	Waldstadt - Waldlage	STV-251	Palmbach
STV-041	Südweststadt - Östlicher Teil	STV-094	Daxlanden - Rheinstrandsiedlung	STV-162	Waldstadt - Feldlage	STV-261	Neureut - Südlicher Teil
STV-042	Südweststadt - Mittlerer Teil	STV-101	Knielingen - Alt-Knielingen	STV-171	Rintheim - Alt-Rintheim	STV-262	Neureut - Nördlicher Teil
STV-043	Südweststadt - Beiërtheimer Feld	STV-102	Knielingen - Neu-Knielingen	STV-172	Rintheim - Rintheimer Feld	STV-263	Neureut - Kirchfeld
STV-051	Weststadt - Mittlerer Teil	STV-111	Grünwinkel - Alt-Grünwinkel	STV-181	Hagsfeld - Alt-Hagsfeld	STV-264	Neureut - Heide
STV-052	Weststadt - Südlicher Teil	STV-112	Grünwinkel - Hardecksiedlung	STV-182	Hagsfeld - Westlicher Teil	STV-271	Nordstadt - Hardtwaldsiedlung
STV-061	Nordweststadt - Alter Flugplatz	STV-113	Grünwinkel - Albsiedlung	STV-191	Durlach - Alt-Durlach	STV-272	Nordstadt - Amerikanersiedlung
STV-062	Nordweststadt - Binsenschlauch	STV-114	Grünwinkel - Alte Heidenstückers.	STV-192	Durlach - Dornwald-Untermühl		
STV-063	Nordweststadt - Lange Richtstatt	STV-115	Grünwinkel - Neue Heidenstückers.	STV-193	Durlach - Hanggebiet		
STV-064	Nordweststadt - Rennbuckel	STV-121	Oberreut - Feldlage	STV-194	Durlach - Bergwald		
STV-071	Oststadt - Nördlicher Teil	STV-122	Oberreut - Waldlage	STV-195	Durlach - Aue		
STV-072	Oststadt - Südlicher Teil	STV-131	Beiërtheim-Bulach - Beiërtheim	STV-196	Durlach - Lohn-Lissen		
STV-073	Oststadt - Westlicher Teil	STV-132	Beiërtheim-Bulach - Bulach	STV-197	Durlach - Killisfeld		
STV-081	Mühlburg - Alt-Mühlburg	STV-141	Weierh.-Dammerst. - Weierfeld	STV-201	Grötzingen - Nördlich der Pfinz		

6.1.2 Städtebauliche Indikatoren für Risikopotentiale negativer Segregationsauswirkungen

In den Kapiteln 4 und 5 wurden die allgemeinen Problemlagen von Großwohnsiedlungen bzw. die städtebaulichen Charakteristiken der Untersuchungsbereiche aufgezeigt. Im folgenden werden zunächst aus diesen Betrachtungen die städtebaulichen Indikatoren für Risikopotentiale negativer Segregationsauswirkungen, die für den hier diskutierten Stadtteil Karlsruhe-Oberreut zutreffen, zusammengefasst und diskutiert sowie anschließend weitere Segregationsindikatoren mit möglichen negativen Auswirkungen aus der Sekundäranalyse amtlicher Daten (Bürgerumfrage) aufgezeigt.

Folgende Risikoindikatoren/Potentiale für negative Segregationsauswirkungen sind aus städtebaulicher Sicht aus den bisherigen Analysen und Beschreibungen (vgl. Kap. 4 und 5) für den Stadtteil Karlsruhe-Oberreut zu nennen:

- städtebauliche Randlage;
- geplant und gebaut ausschließlich als Wohn-/“Schlafanlage“;
- defizitäre Infrastrukturausstattung;
- hohe Konzentration an Mietwohnungen des sozialen Wohnungsbaus (Wohnungen mit Belegungsbindung);
- Imageprobleme des Stadtteils.

Die Stadtrandlage von Karlsruhe-Oberreut in der südwestlichen Peripherie des Stadtgebietes wird durch eine sehr gute Anbindung an das örtliche und überörtliche Straßennetz sowie an den ÖPNV abgemildert. Probleme aus der Randlage treten jedoch in Verknüpfung mit weiteren Indikatoren/Merkmalen auf. Da Karlsruhe-Oberreut zunächst ausschließlich als Wohnanlage geplant und gebaut wurde (vgl. dazu die ausführliche Darstellung in Kap. 5.1), ist - trotz der Bemühungen der letzten Jahren im heutigen Zentrum von Oberreut (unmittelbar östlich der Otto-Wels-Straße) eine Dienstleistungs- und Versorgungsinfrastruktur aufzubauen - die Infrastrukturausstattung unzureichend. Es bestehen gravierende Defizite beim Versorgungsgrad hinsichtlich Einzelhandel, Gastronomie, private Dienstleistungen etc. In der Folge finden jene Personen und Haushalte, die die Siedlung nicht nur als Wohn-/Schlafanlage nutzen wollen (arbeitslose Erwachsene und Jugendliche verschiedener Ethnien, Alleinerziehende etc.) ein unzureichendes Wohnumfeld vor. Aus der Analyse der soziodemographischen Indikatoren für Risikopotentiale negativer Segregationsauswirkungen (vgl. Kap. 6.1.1) wissen wir jedoch, dass die

genannten deprivierten Bevölkerungsgruppen in Karlsruhe-Oberreut überdurchschnittlich häufig wohnhaft sind. Das heißt die konzentriert bestehenden Wohnungen mit Belegungsbindung (sozialer Wohnungsbau) sind mehrheitlich durch Haushalte belegt, die auf öffentliche und/oder private Transferleistungen angewiesen sind.⁴⁷ Diese Bewohnergruppen weisen nicht nur eine eingeschränkte Mobilität auf (oftmals steht kein eigener PKW zur Verfügung etc.) sondern haben grundsätzlich wegen der sehr eingeschränkten finanziellen Möglichkeiten nicht oder nur sehr begrenzt die Möglichkeit ihre Zeit außerhalb der Siedlung zu verbringen und stoßen hier – wie angeführt - auf ein völlig unzureichendes Wohnumfeld. Auf die Integrationsprobleme von ausländischen Bewohnergruppen und insbesondere Aussiedlern wurde in Kap. 6.1.1 bereits hingewiesen. Aus der Stadtrandlage und aufgrund des Anfang der 70er Jahre (angeblichen) Zuzugs von Personen bzw. Haushalten aus dem Rotlichtmilieu des „Dörfle“ (Innenstadtbereich von Karlsruhe, der damals saniert wurde) sowie der ursprünglich völlig fehlenden Infrastrukturausstattung rührt auch immer noch das Image des Stadtteils: „Wer den Tod nicht scheut, der zieht nach Oberreut“, das jedoch heute sicherlich unzutreffend ist.

Der Indikator „Image des Stadtteils“ macht deutlich, dass die Trennung zwischen sozial(statistisch)en und städtebaulichen Indikatoren idealtypisch ist und die beiden „Kategorien“ nicht nur stark korrespondieren, sondern auch fließende Übergänge bestehen. So wird das Image eines Stadtteils u.a. durch städtebauliche wie auch soziodemographische Merkmale geprägt. Auch das Merkmal „Belegungsbindung von Wohnungen“ korrespondiert sehr eng mit dem Sozialprofil der Personen, die die Wohnungen zugesprochen bekommen.

Wie einleitend angeführt wurden die dargestellten Untersuchungsergebnisse an Hand sekundäranalytischer Auswertungen der Bürgerumfrage einerseits (soweit dies möglich war) evaluiert und andererseits durch weitere städtebauliche Segregationsindikatoren mit möglichen negativen Auswirkungen für die Handlungsmöglichkeiten und –chancen der Wohnbevölkerung (bzw. Teilen davon) ergänzt.⁴⁸

Die angeführte gute Verkehrsanbindung des Stadtteils Oberreut sowohl hinsichtlich des Straßennetzes wie auch an den ÖPNV wird von fast der Hälfte der Befragten Bewohner als Vorteil des Stadtteils angesehen und erreicht damit im Vergleich

⁴⁷ Hinzuweisen ist in diesem Zusammenhang, dass die Anzahl der Wohnungen mit Belegungsbindung in den letzten Jahren stark abnahm. Nach Auskunft von Herrn Schneider (Volkswohnung GmbH) sind von den ursprünglich 12.500 Wohnungen mit Belegungsbindung noch etwa 3000 gebunden (Experteninterview vom 17.04.02).

⁴⁸ Stadt Karlsruhe/Amt für Stadtentwicklung, Statistik und Stadtforschung (Hrsg.): Bürgerumfrage 1999, Ergebnisbericht Teil 1 und 2, Karlsruhe 2000 (=Beiträge zur Stadtentwicklung Heft 8 und 9).

aller Stadtteile den höchsten Zustimmungsgrad.⁴⁹ Die Nähe zum Arbeitsplatz wird hingegen nur von 2,2 Prozent der Oberreut(er)innen als Vorteil erachtet,⁵⁰ was aus der Planungs- und Entstehungshistorie des Stadtteils leicht erklärbar ist (vgl. Kap. 5.1). Die angeführten unzureichenden Einkaufsmöglichkeiten (Infrastrukturausstattung) werden durch die Bürgerumfrage bestätigt: rd. ein Drittel der Befragten Stadtteilbewohner sehen es als überwiegenden Nachteil des Stadtteils an, dass „schlechte bzw. keine Einkaufsmöglichkeiten“ bestehen, wodurch in Oberreut einer der höchsten Anteile im Vergleich der Stadtteile erreicht wurde.⁵¹

Die Analyse weiterer städtebaulicher Segregationsfaktoren/-indikatoren basierend auf der zitierten Bürgerumfrage von 1999 erfolgte einerseits hinsichtlich der Ausstattung der Stadtteile mit Grün- und Erholungsflächen sowie bezüglich Umweltbeeinträchtigungen (Luftverschmutzung, Gestank) und andererseits nach Merkmalen der Verwahrlosung sowie des subjektiven Sicherheitsempfindens.⁵²

Die Stadtteile von Karlsruhe-Stadt wurden vergleichend hinsichtlich folgender Faktoren/Indikatoren untersucht:

- Schlechte bzw. sehr schlechte Ausstattung mit Grün- und Erholungsflächen, Abb. 6.2-1;
- Schlechte Luft und Gestank, Abb. 6.2-2;
- Schmutz und Verwahrlosung im Stadtteil, Abb. 6.2-3;
- Schlechtes Umfeld, unangenehme Mitbewohner, Kriminalität, unsichere Gegend, Abb. 6.2-4;
- Eingeschränkte Bewegungsfreiheit aus Sicherheitsgründen, Abb. 6.2-5.

Die Analyse der sozialen Segregationsfaktoren hat im vorangegangenen Kapitel ergeben, dass unter anderem drei Stadtteile mit einer Kumulation von sozialen Risikofaktoren erheblich (im Sinne von stark überdurchschnittlich) belastet sind: Innenstadt-Ost, Südstadt und Oberreut, wobei der Stadtteil Oberreut als „klassische Satellitenstadt“ durch seine kontinuierliche Bebauung in den vergangenen 30 Jahren (Waldlage, Feldlage I, II und III) von besonderem Interesse ist (vgl. dazu die ausführliche Darstellung in Kap. 5.1).

Hinsichtlich der Frage nach Umweltbeeinträchtigungen: Mangel an Grünflächen, Beeinträchtigung durch Luftverschmutzung, Gestank (vgl. Abb. 6.2-1 und Abb. 6.2-2) sind im Stadtteil Oberreut keine Benachteiligungen zu verzeichnen. Ganz im Gegenteil: Die umgebenden Grün- und Waldflächen werden von fast der Hälfte der

⁴⁹ Vgl. Stadt Karlsruhe/Amt für Stadtentwicklung, Statistik und Stadtforschung (Hrsg.): Bürgerumfrage 1999, Ergebnisbericht Teil 2, Karlsruhe 2000 (=Beiträge zur Stadtentwicklung Heft 9), S. 165.

⁵⁰ Vgl. ebd. S. 165.

⁵¹ Vgl. ebd. S. 175.

⁵² Vgl. Dies.: Bürgerumfrage 1999, Ergebnisbericht Teil 1 und 2, Karlsruhe 2000 (=Beiträge zur Stadtentwicklung Heft 8 und 9).

Oberreuter(innen) als großer Vorteil des Stadtteils angesehen, wodurch Oberreut diesbezüglich im Vergleich der Stadtteile im Spitzenfeld liegt.⁵³

Ein ganz anderes Bild ergibt sich bei der Frage nach der Verschmutzung und Verwahrlosung des Stadtteiles (vgl. Abb. 6.2-3). Hier liegt Oberreut im negativen Spitzenfeld gemeinsam mit den Stadtteilen Südstadt, Weststadt und Innenstadt-Ost. In engem Zusammenhang zu sehen ist diese Problematik mit der Frage nach dem Wohnumfeld: Mitbewohner, Kriminalität und Sicherheit im Stadtteil. Etwas mehr als 30 Prozent der Oberreuter(innen) sehen das „schlechte Umfeld“: unangenehme Mitbewohner, Kriminalität, unsichere Gegend als gravierenden Nachteil ihres Stadtteils an (vgl. Abb. 6.2-4). Oberreut weist bei dieser Frage den höchsten Anteil an Negativaussagen auf, gefolgt von den Stadtteilen Innenstadt-Ost und Grünwinkel. Das schlechte Wohnumfeld (Verschmutzung und Verwahrlosung, Kriminalität und unzureichende Sicherheit) beeinträchtigt offensichtlich die Lebens- und Wohnqualität eines Teils der Wohnbevölkerung von Oberreut erheblich. Diese Ergebnisse werden durch die Sicherheitsumfrage 1999 bestätigt: Die Frage „Meiden sie tagsüber Orte im Stadtteil aus Sicherheitsgründen?“ haben etwas mehr als 16 Prozent der Haushalte von Oberreut mit Ja beantwortet. Oberreut weist damit den höchsten Anteil aus; fast ebenso hoch ist der Anteil auch im angrenzenden Stadtteil Grünwinkel (vgl. Abb. 6.2-5). Hier zeigen sich Handlungseinschränkungen für Teile der Wohnbevölkerung des Stadtteils.

Die Indikatoren des Wohnumfeldes machen nochmals deutlich, dass die Unterscheidung in „soziale/soziodemographische“ sowie „städtebauliche“ Segregationsindikatoren idealtypisch ist, da die beiden Kategorien oftmals sehr eng miteinander korrespondieren und fließende Übergänge bestehen.

Weiterhin wurde ersichtlich, dass ein (städtebaulicher) Indikator alleine in der Regel noch wenig aussagekräftig ist, erst die Kombination bzw. das Zusammenspiel mehrerer städtebaulicher und/oder sozialer/soziodemographischer Indikatoren prägt bzw. charakterisiert einen Stadtteil und kann in der Folge Auswirkungen auf die Handlungsmöglichkeiten bzw. -chancen der Bewohner bzw. auf einen Teil der Wohnbevölkerung haben.

⁵³ Vgl. Stadt Karlsruhe/Amt für Stadtentwicklung, Statistik und Stadtforschung (Hrsg.): Bürgerumfrage 1999, Ergebnisbericht Teil 2, Karlsruhe 2000 (=Beiträge zur Stadtentwicklung Heft 9), S. 165.

Abb. 6.2-1

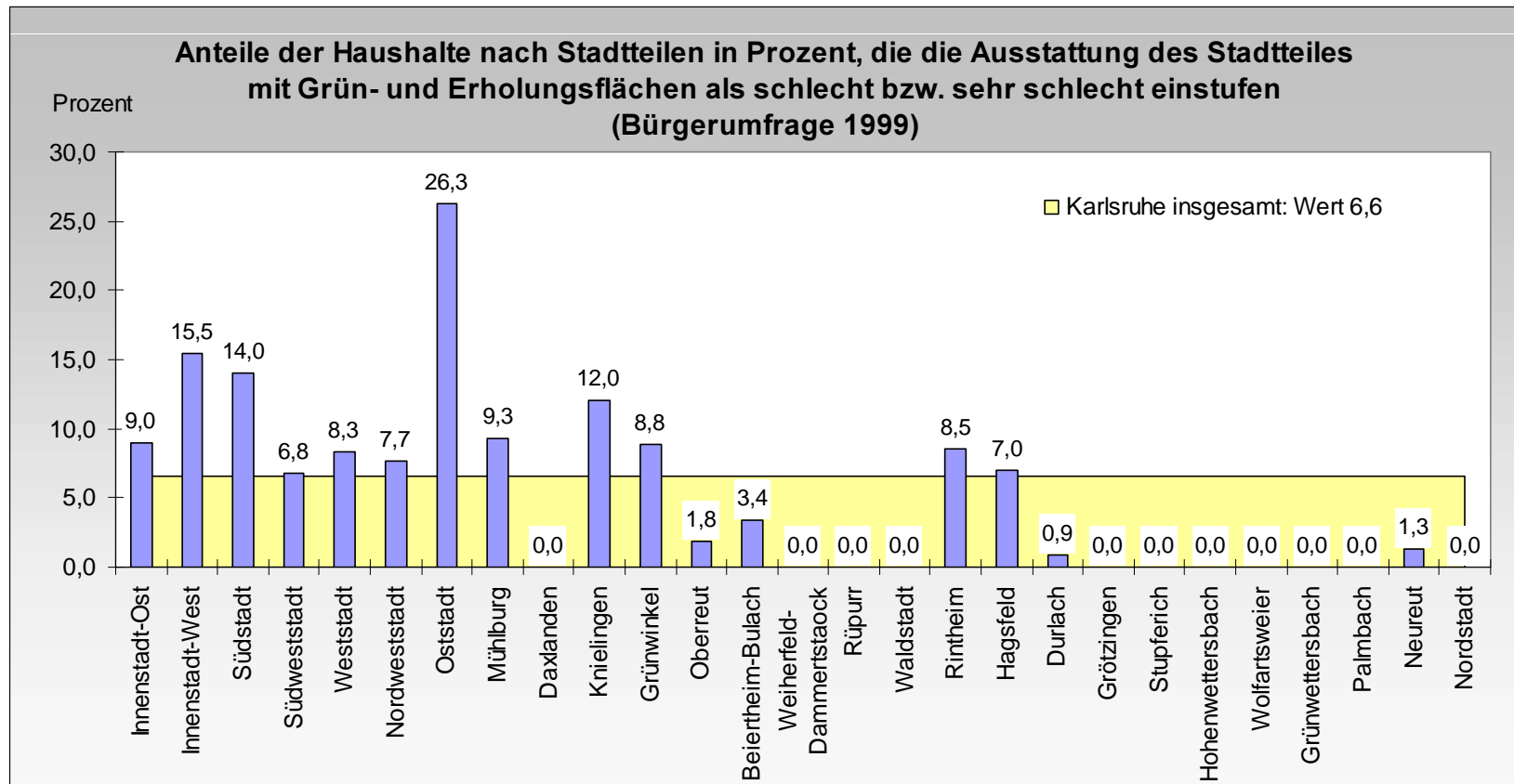


Abb. 6.2-2

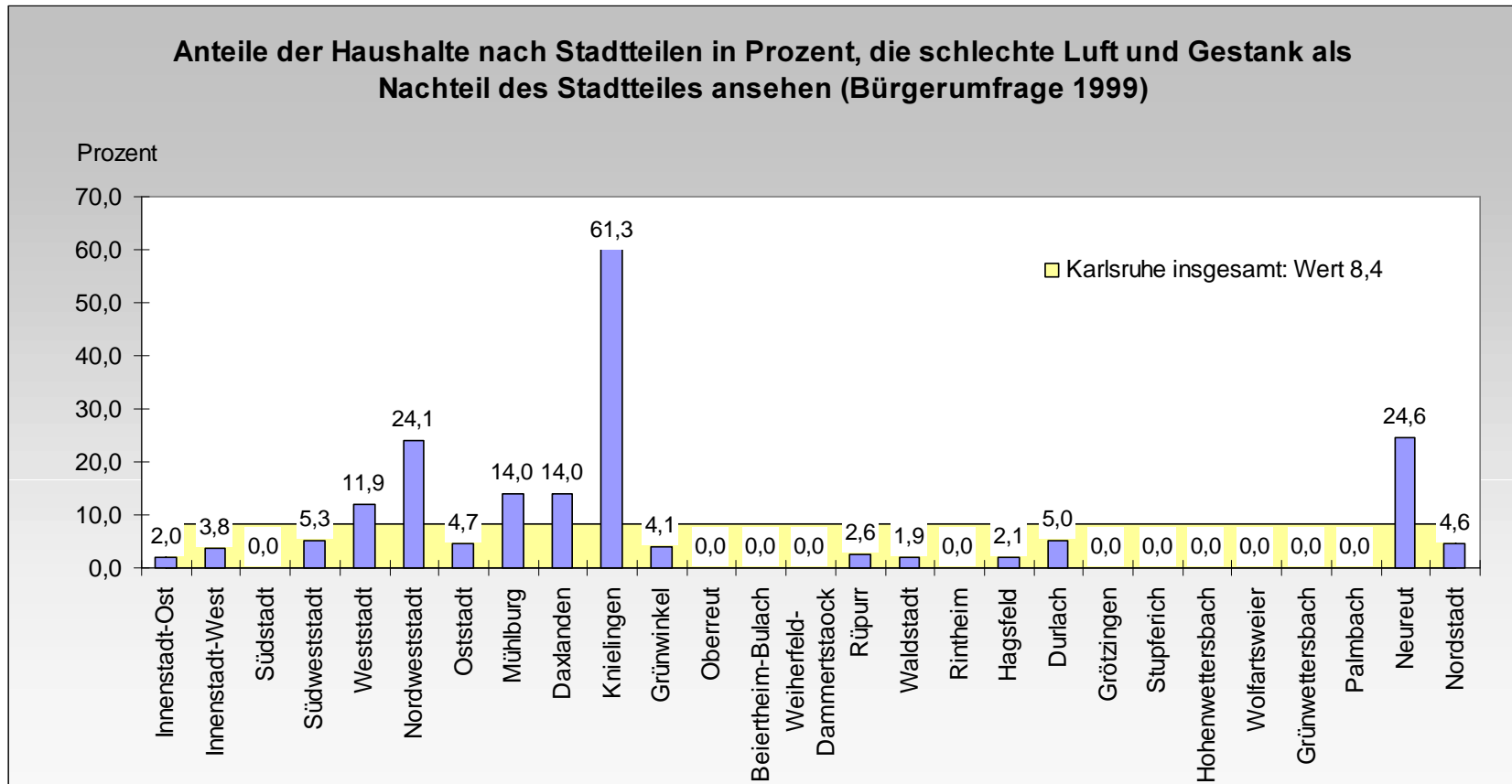


Abb. 6.2-3

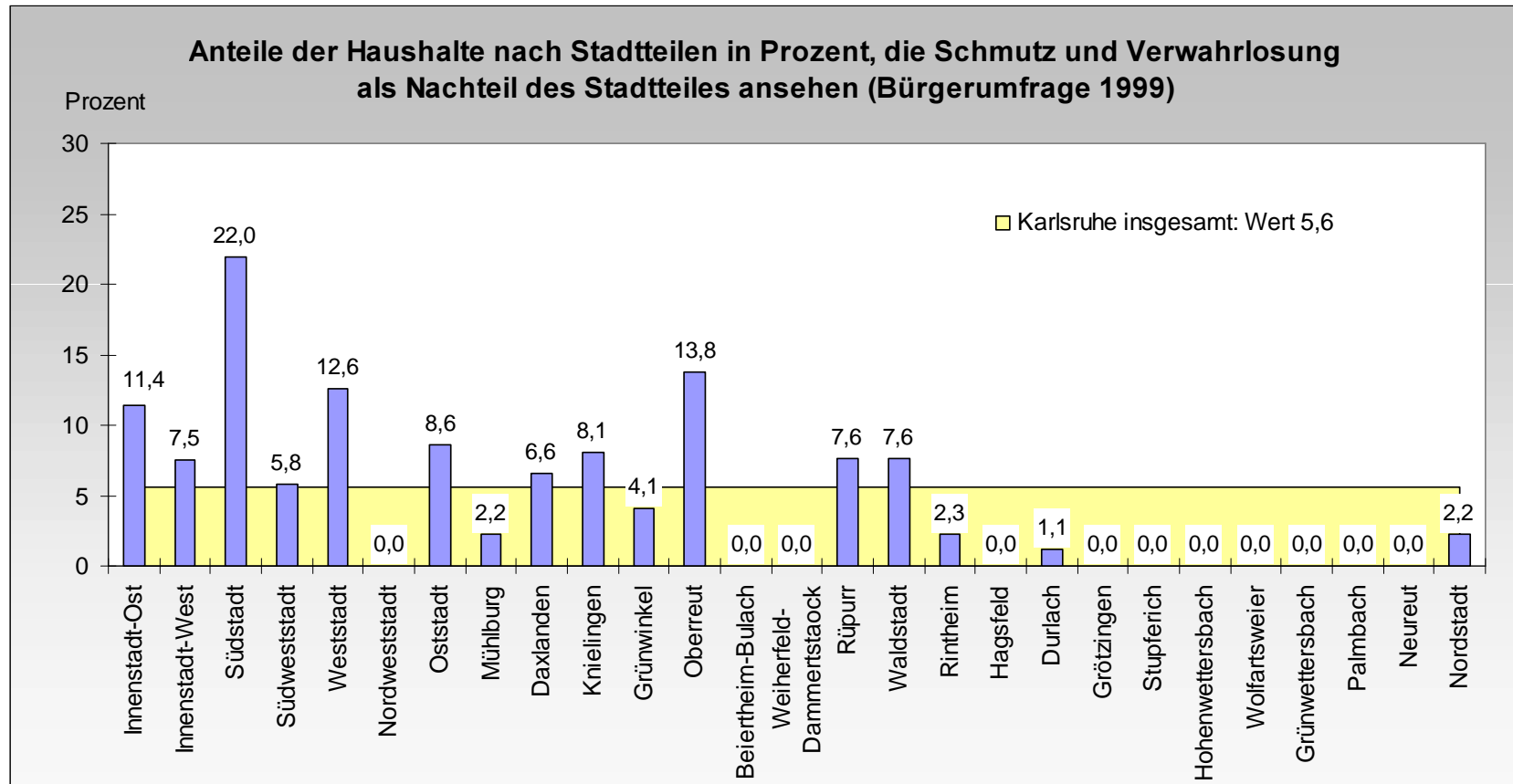


Abb. 6.2-4

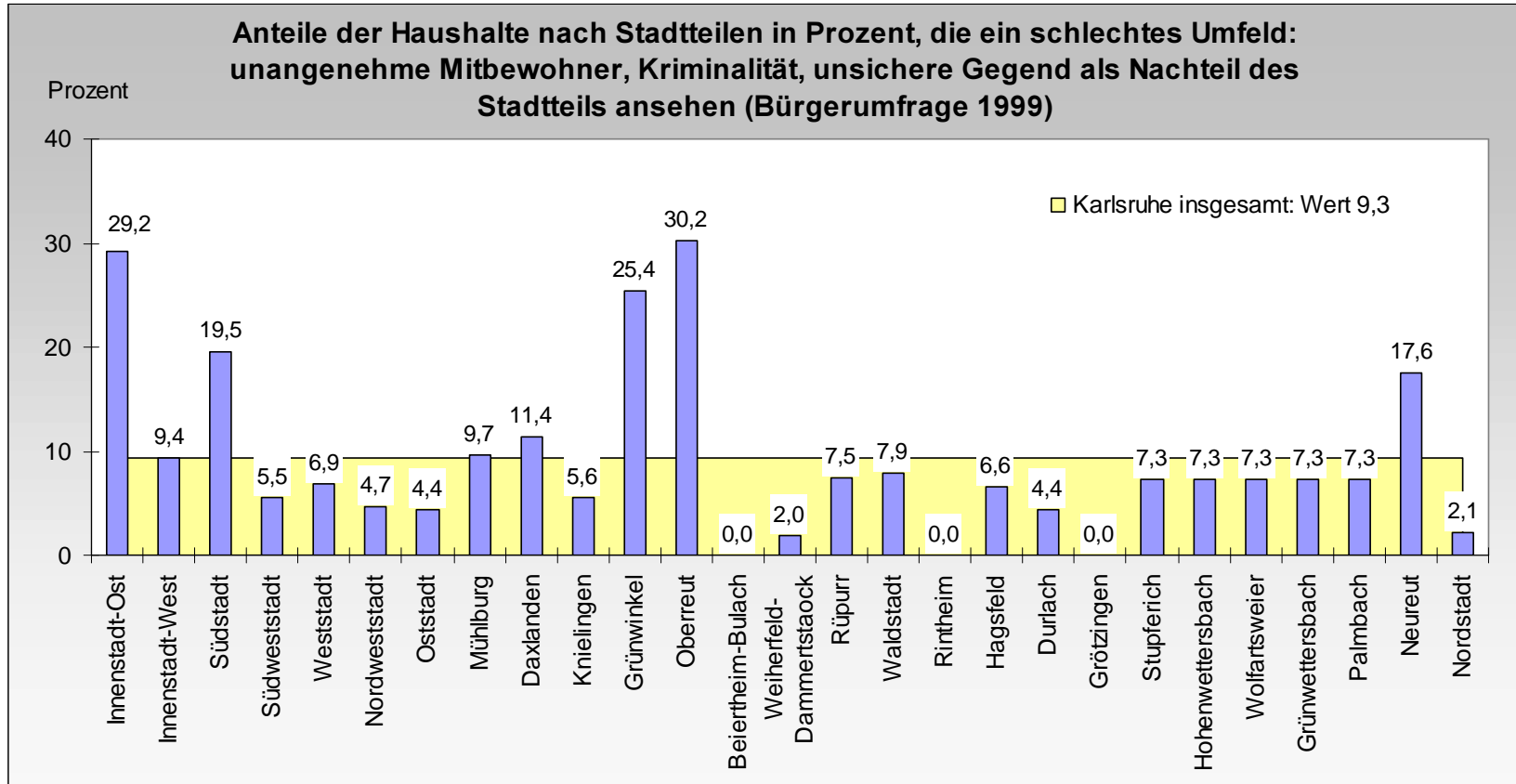
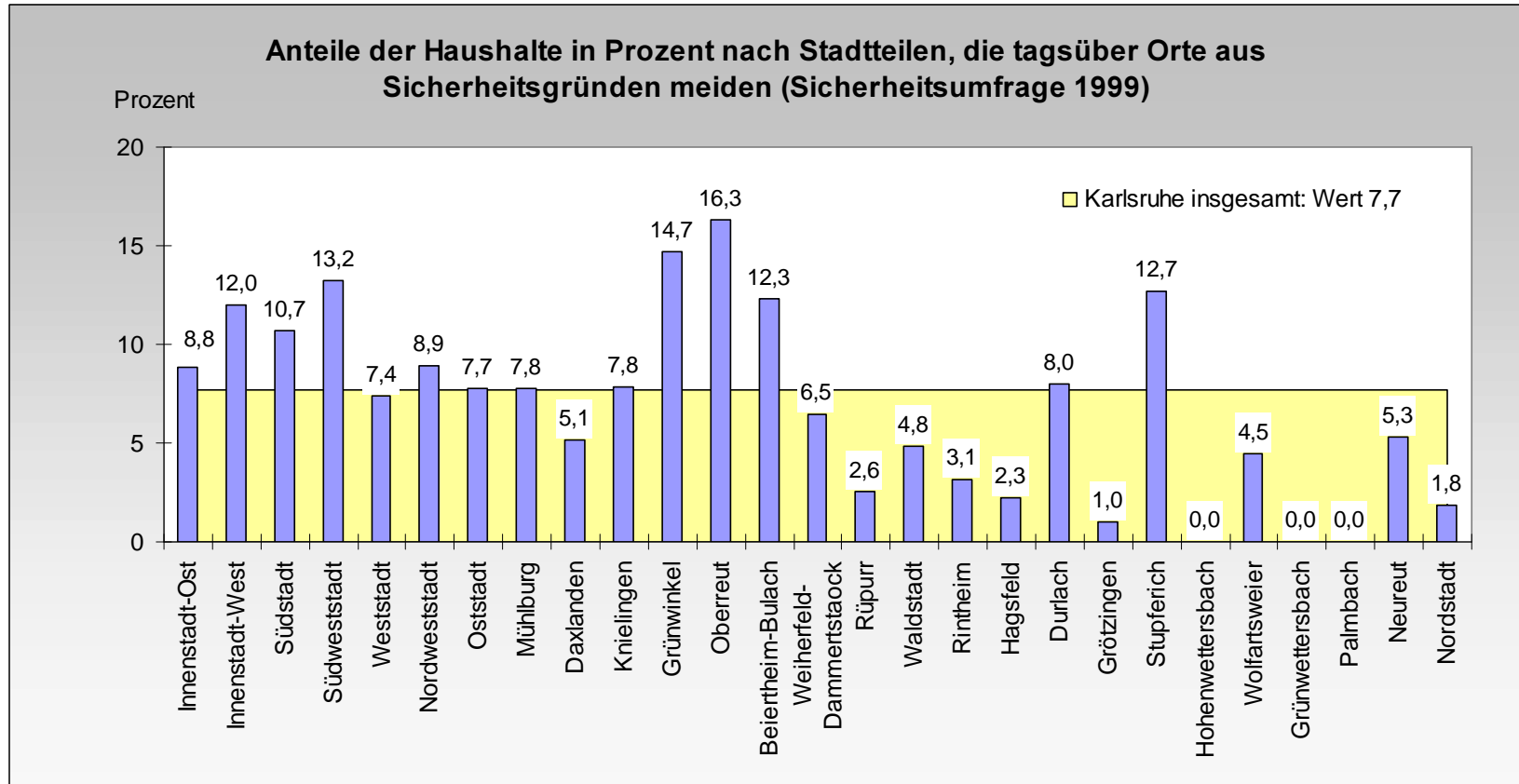


Abb. 6.2-5



6.2 Wörth Dorschberg:

Soziale und städtebauliche Indikatoren

Die vergleichende Bestandsaufnahme der Indikatoren bzw. Merkmale von Segregation in Wörth Dorschberg erfolgt ebenfalls auf dem Analyseniveau der Mesoebene. Im Unterschied zur Stadt Karlsruhe liegen Daten der amtlichen Statistik nur für das gesamte Stadtgebiet Wörth, bestehend aus Wörth („Alt-Wörth“ und Dorschberg) sowie dem Stadtteil Maximiliansau und den Ortsteilen Büchelberg und Schaidt vor. Die Datenlage war daher vor einer vergleichenden Bewertung mit dem Karlsruher Stadtteil Oberreut auf den als Großwohnsiedlung zu bezeichnenden Teil Dorschbergs zu disaggregieren. Hinsichtlich der Arbeitslosenstatistik ist die kleinste Bezugsebene jene des Arbeitsamtsbezirks, hier: Bezirk Kandel. Befragungen lokaler und fachgebietsbezogener Experten sowie eigene Recherchen vor Ort ermöglichen eine weitgehende Vergleichbarkeit. Städtebauliche Charakteristiken (vgl. Kap. 5) können hingegen direkt vergleichend in Bezug gesetzt werden, um aus deren beschreibender Analyse Indikatoren bzw. „Muster“ der Segregation abzuleiten (vgl. Kap. 6.2.2).

6.2.1 Soziale Indikatoren für Risikopotentiale negativer Segregationsauswirkungen

In die vergleichende Analyse zur Charakterisierung von Segregationsausprägungen in Wörth-Dorschberg wurden – äquivalent zu den Analysen von Karlsruhe – folgende Maßzahlen/Kennwerte sozialer Faktoren/Indikatoren einbezogen:

- Sozialhilfequote (mit Differenzierungen zu Herkunft und Struktur der Haushaltstypen der Betroffenen nach Expertenauskunft);
- Arbeitslosenquote auf Ebene des Arbeitsamtsbereiches Landau und des Arbeitsamtsbezirks Kandel;
- Anteil und Entwicklung der ausländischen Wohnbevölkerung im Stadtgebiet (exemplarisch disaggregiert auf bestimmte Wohnquartiere des sozialen Wohnungsbaus in Dorschberg).

Die Quote der Sozialhilfeempfänger (Bezieher laufender Hilfe zum Lebensunterhalt) liegt im Stadtgebiet Wörth bei sehr niedrigen 1,7 Prozent im Jahr 2000 (Landesdurchschnitt Rheinland Pfalz: 3,7 Prozent); sie hat sich innerhalb der letzten

fünf Jahre sogar geringfügig verringert (1995: 1,86 Prozent). Die Empfänger von Sozialhilfe setzen sich in etwa zu gleichen Teilen aus ausländischen und einheimischen Haushalten zusammen (d.h. ausländische Haushalte sind überproportional vertreten). Der Anteil Alleinerziehender, die Sozialhilfe erhalten, steigt seit einigen Jahren deutlich an.

Hinsichtlich der räumlichen Verteilung der Sozialhilfeempfängerhaushalte im Stadtgebiet ist festzustellen, dass in den beiden Ortsteilen Büchelberg und Schaidt fast keine Sozialhilfeempfänger leben, sondern sich diese überwiegend auf die städtisch geprägteren Teile Maximiliansau und Dorschberg erstrecken, mit erhöhten Konzentrationen in Quartieren des sozialen Wohnungsbaus (Hochhauskomplex am Bürgerpark und im Bereich Keltensstraße).

Da die Arbeitslosenquote lediglich auf der Ebene des Arbeitsamtsbezirks Kandel veröffentlicht wird, kann für die Stadt Wörth keine Quote angegeben werden (Bezirk Kandel, 2000: 5,9 Prozent). Die Absolutzahl der im Stadtgebiet Wörth wohnhaften Arbeitslosen betrug zum 31. 12. 2000 563 Personen (Einwohnerzahl Stadt Wörth: ca. 19.000).

Prägend für die Quartiere des sozialen (Miet)Wohnungsbaus (Mietwohnungen mit Belegungsbindung) in unmittelbarer Nähe des Bürgerparks in Dorschberg ist der auffallend hohe Anteil ausländischer Bewohner überwiegend türkischer Nationalität, aber auch gemischtnationaler Haushalte aus (de iure deutsche) Aussiedlern und angeheirateten Ehepartnern aus Osteuropa. Im Stadtgebiet Wörth liegt der Anteil der ausländischen Wohnbevölkerung seit 1990 sehr konstant zwischen 10 und 11 Prozent (Landesdurchschnitt Rheinland Pfalz: 7,7 Prozent). Im Bereich der beiden Hochhäuser und den Sozialwohnungen (Wohnungen mit Belegungsbindung) an der Keltensstraße besteht eine sehr starke Kumulation von ausländischer Wohnbevölkerung und (Spät-)Aussiedlern. Nach überschlägiger Schätzung (Namensschilder) beträgt der Anteil ausländischer Ethnien unter den Bewohnern hier 60 bis 80 Prozent.

Im Gegensatz zum Vergleichsstadtteil Karlsruhe-Oberreut blieb die Einwohnerzahl in Dorschberg seit Jahren relativ konstant. Umfangreiche Neubautätigkeiten waren in Dorschberg (mit Ausnahme einer in Realisierung befindlichen Anlage für betreutes Seniorenwohnen) nicht zu verzeichnen.

Insgesamt zeigt sich, dass in Teilen von Wörth-Dorschberg ein überproportionaler Anteil an (einkommens)deprivierten Personen bzw. Haushalten (Sozialhilfeempfänger, Bewohner ausländischer ethnischer Zugehörigkeit), wohnhaft ist. Ob sich daraus negative Segregationsauswirkungen ergeben, wird zu prüfen sein.

6.2.2 Städtebauliche Indikatoren für Risikopotentiale negativer Segregationsauswirkungen

Die Analyse der städtebaulichen Segregationsindikatoren erfolgte für Wörth-Dorschberg vergleichend mit Karlsruhe-Oberreut (vgl. Kap. 6.1.2) unter Einbeziehung der Ergebnisse aus Kap. 4 und 5 sowohl hinsichtlich der Lage des Stadtteils, der Art der baulichen Struktur, der Verteilung von Wohnungstypen (insbesondere von Mietwohnungen, die mit besonderen Belegungsbindungen ausgestattet sind, der Ausstattung des Stadtteils mit Grün- und Erholungsflächen, Infrastruktur sowie bezüglich Umweltbeeinträchtigungen (Luftverschmutzung, Gestank) als auch nach Merkmalen von Verwahrlosung sowie des subjektiven Sicherheitsempfindens der Bewohner.

Im Unterschied zu Karlsruhe-Oberreut liegt eine inhaltlich vergleichbare Bürgerumfrage in Wörth nicht vor. Die Beschreibung des Zustands basiert daher auf eigener Analysen vor Ort (vgl. dazu auch Kap. 5) sowie einzelnen Gesprächen mit lokalen Experten z.B. der Bauverwaltung der Stadt Wörth oder einer in Wörth ansässigen Wohnungsbaugesellschaft. Für die vergleichende Analyse mit Karlsruhe-Oberreut bzw. Strasbourg-Cronenbourg wurden die in Kap. 6.1.2 diskutierten „typischen“ städtebaulichen Segregationsindikatoren schwerpunktmäßig berücksichtigt.

- Ausstattung mit Grün- und Erholungsflächen
- Luftqualität, klimatische Situation
- Schmutz und Verwahrlosung
- Situation des (Wohn)Umfeldes: Mitbewohner, Sicherheit/Kriminalität

Im gesamtstädttebaulichen Kontext ist hervorzuheben, dass der Stadtteil Dorschberg wie die Vergleichsstadtteile in Karlsruhe und Strasbourg räumlich/baustrukturell isoliert vom historisch-funktionalen Orts- bzw. Stadtgefüge liegt. Aufgrund seines baulichen und insbesondere stadtfunktionalen „Übergewichts“ gegenüber dem Altort nimmt Dorschberg aber eine Sonderrolle⁵⁴ ein, die Dorschberg eben nicht zu einer klassischen Stadtrandsiedlung wie Oberreut oder Cronenbourg mit der Cité Nucléaire macht.

⁵⁴ Vgl. dazu Kap.: „Soziale Umwertung von Raum“ im gemeinsamen Teil des Endberichtes des Verbundprojekts: Henri Bava u.a.: „Stadtregion Karlsruhe - Grenzen überwinden“. Zukunftsfähiger Umgang im Spannungsfeld Oberzentrum und Suburbaner Raum, Endbericht – gemeinsamer Teil, Kaiserslautern/Karlsruhe 2002.

Dies ist ein zentraler Grund dafür, dass in Dorschberg die in den beiden Vergleichsstädteilen Oberreut und Cronenbourg anzutreffenden städtebaulichen Segregationsindikatoren aufgrund unzureichender (Versorgungs-)Infrastruktur, die entweder nie aufgebaut wurde oder aus „Rückzug“/Abwanderung resultiert, nicht feststellbar sind. Die Versorgungsinfrastruktur in Dorschberg wird durch verschiedene Lebensmittelmärkte, Drogerien und auch Gaststätten sichergestellt. Sowohl die kulturelle als auch die soziale Infrastruktur sind für eine „klassische“ Großwohnsiedlung als überdurchschnittlich gut zu bezeichnen. Auch die Versorgung mit Dienstleistungs- und Freizeitinfrastruktur ist in Wörth-Dorschberg sehr gut (vgl. dazu ausführlich: Kap. 5.2). Da der Stadtteil Dorschberg mit seinen zahlreichen öffentlichen und privaten Einrichtungen heute für die Stadt Wörth den funktionalen, administrativen und kulturellen Schwerpunkt bildet, mit Angeboten und Möglichkeiten, die weit über das, was das ursprüngliche Dorf „Wörth“ bot, hinausgehen, stellt sich die Frage nach dem Image dieses Stadtteils grundsätzlich anders als im Fall „Oberreut oder der Cité Nucléaire.“

Die Analyse der sozialen Segregationsfaktoren im vorangegangenen Kapitel hat ergeben, dass in Wörth-Dorschberg, wie in den Vergleichsstädteilen, Gebäudekomplexe des sozialen (Miet)Wohnungsbaus räumlich konzentriert mit Kumulationen von potenziellen Risikofaktoren hier, einem sehr hohen Anteil ausländischer Bewohner, und erhöhten Konzentrationen von Beziehern von Sozialhilfe in Erscheinung treten. Hierbei handelt es sich, wie erwähnt, um die beiden Quartiere unmittelbar am Bürgerpark. Im Verhältnis zur Gesamteinwohnerzahl von Wörth-Dorschberg handelt es sich allerdings um eine sehr geringe Anzahl, was sich auch in den sozialstatistischen Werten ausdrückt (vgl. Kap. 6.2.1). Diese Konzentrationen führen (noch) nicht dazu, dass weitere negative Segregationsfolgen für den Stadtteil und seine Bewohner ausgelöst werden, wie im folgenden dargestellt wird.

Anzeichen von Verschmutzung und Verwahrlosung sind im gesamten Stadtteil kaum festzustellen. Bemerkenswerterweise gilt dies vor allem auch für den Bürgerpark, einer ca. 8 ha großen öffentlichen Parkanlage mit zahlreichen Spiel- und Freizeitmöglichkeiten für unterschiedliche Bewohner- und Altersgruppen. Auch die erwähnten Quartiere des sozialen Mietwohnungsbaus sind hinsichtlich des äußeren Erscheinungsbildes der Gebäude und der umgebenden Freiflächen als weitgehend gepflegt zu bezeichnen.

Umweltbeeinträchtigungen durch Mangel an Grünflächen, Beeinträchtigung durch Luftverschmutzung oder Gestank sind in Wörth-Dorschberg kaum zu verzeichnen, sieht man von einem je nach Windrichtung und –geschwindigkeit schwankenden unterschwelligem Rauschen v.a. in den westlichen Teilen der Siedlung, hervorge-

rufen durch den Verkehr auf der westlich am Stadtteil vorbeiführenden Autobahn (BAB 65) ab. Hinsichtlich der Qualität des Wohnumfeldes insbesondere für die mehrgeschossigen Gebäude des sozialen Wohnungsbaus kommt dem Bürgerpark eine besondere Bedeutung zu, indem er als Grünbereich visuell den Eindruck des Wohnens „im Grünen“ auch für die Bewohner höher gelegener Stockwerke unterstützt und aufgrund seiner direkten Zuordnung zu den Gebäuden und seine Strukturvielfalt den nichtvorhandenen „eigenen Garten“ effektiv kompensiert.

Zusammenfassend sei festgehalten, dass neben den aufgezeigten sozialen/soziodemographischen Segregationsindikatoren die städtebaulichen – sofern welche identifiziert werden konnten – in Wörth-Dorschberg eine untergeordnete Rolle spielen. Selbst der „klassische“ Indikator Stadtrandsiedlung wird völlig relativiert, da sich das Zentrum der Stadt Wörth mit seinem funktionalen, administrativen und kulturellen Angebot nach Wörth-Dorschberg verlagert hat.

Vorweggenommen sei, dass Handlungseinschränkungen im Sinne einer fehlenden Zugänglichkeit für Bewohnergruppen des Stadtteils oder Beeinträchtigungen des Sicherheitsempfindens weder aus eigener Anschauung, noch aus Beschreibungen örtlicher Experten oder gar einer polizeilichen Statistik abgeleitet werden konnten (vgl. dazu ausführlich Kap. 8).

6.3 Strasbourg-Cronenbourg und Cité Nucléaire: Soziale und städtebauliche Indikatoren

Die Unterschiede zwischen Deutschland und Frankreich hinsichtlich der Definition und Erhebung von Sachverhalten, die als Indikatoren zur Bestimmung von Segregation herangezogen werden können und nicht zuletzt die Unterschiede in der Verfügbarkeit von Daten, erfordern zunächst eine näherungsweise vergleichende Betrachtung. Im weiteren Verlauf der Studie wird durch zusätzliche Information aus Experteninterviews versucht, eine direkte Vergleichbarkeit zwischen den betrachteten Untersuchungsräumen herzustellen.

Wie einleitend zu diesem Kapitel angemerkt wird Segregation relational definiert, das heißt Segregation wird vergleichend zwischen räumlichen Betrachtungseinheiten (Stadtteilen etc.) als Konzentration bzw. Kumulation von sozialen/soziodemographischen bzw. städtebaulichen Indikatoren/Merkmalen definiert. Im folgenden wird daher zunächst das räumliche Abbild der sozialen Differenzierung, das die Stadt Strasbourg insgesamt prägt aufgezeigt, bevor näher auf den Stadtteil

Cronenbourg und insbesondere die Cité Nucléaire, einem von drei Teilabschnitten des Stadtteils Cronenbourg, der einen „sozialen Brennpunkt“ darstellt, eingegangen wird.

6.3.1 Soziale Indikatoren für Risikopotentiale negativer Segregationsauswirkungen

Die vergleichende Analyse zur Charakterisierung von Segregationsausprägungen im Vergleich aller Stadtteile bzw. Quartiere der Stadt Strasbourg erfolgt zunächst an Hand folgender Kennwerte sozialer Segregation:

- Soziale Notlagen (kumulative Maßzahl), Abb. 6.3-1;
- Relative Einkommensarmut, Abb. 6.3-2;
- Alleinerziehende mit öffentlichen Transferleistungen, Abb. 6.3-3.

Unter der kumulativen Maßzahl „soziale Notlagen“ werden Haushalte subsumiert, die von einer oder mehreren Deprivationslagen betroffen sind wie Arbeitslosigkeit und/oder relativer Einkommensarmut, weiterhin Haushalte von bedürftigen Alleinstehenden, Familien etc.⁵⁵ Abb. 6.3-1 zeigt - nach einer Studie des Nationalen Statistischen Instituts (INSEE) - die Verteilung der betroffenen Haushalte in sozialen Notlagen im Stadtgebiet von Strasbourg nach Quartierstypen, die einerseits das Sozialprofil der betroffenen Haushalte (Familien, Alleinstehende; Erwerbsstatus etc.) und andererseits deren räumliche Kumulation/Konzentration widerspiegelt. Die Graphik veranschaulicht deutlich die inhomogene Verteilung sozialer Deprivation der Wohnbevölkerung innerhalb des Stadtregion. Die Quartiere in denen die angeführten sozialen Notlagen am ausgeprägtesten auftreten, liegen vorrangig an der städtischen Peripherie und zwar überwiegend in Großwohnsiedlungen, die in der Zeit des starken Wirtschaftswachstums der 50er bis 70er Jahre errichtet wurden. Allerdings sind teilweise auch ältere und zentraler gelegene Quartiere betroffen. Hervorzuheben ist weiterhin, dass Quartiere mit einer hohen Konzentration an Haushalten in sozialer Notlage häufig an ein Gewerbegebiet angrenzen.

Zu den Stadtteilen von Strasbourg, die teilweise mit Quartieren sozialer Notlagen stark betroffen sind, gehört auch der Stadtteil Cronenbourg (vgl. Abb. 6.3-1). Der nordwestlich des Zentrums von Strasbourg gelegene Stadtteil besteht aus drei baustrukturellen Abschnitten: "Alt Cronenbourg", dem Viertel St.-Antoine und der Cité Nucléaire, die als „sozialer Brennpunkt“ hier vertieft betrachtet wird.

⁵⁵ Die Untersuchungen werden seit mehreren Jahren von ADEUS (Agence d'Urbanisme de l'Agglomération Strasbourgeoise) durchgeführt.

Die Cité Nucléaire zählt zu den am stärksten betroffenen Stadtquartieren mit Bewohnern in sozialen Notlagen; im Nordwesten des Quartiers sind vor allem Familien betroffen (vgl. Abb. 6.3-1). Die Cité Nucléaire selbst besteht aus sieben Teilquartieren/Bereichen (vgl. dazu die ausführliche Darstellung in Kap. 5.3.2), wovon besonders die Bereiche „Becquerel“ und „Kepler“ betroffen sind.

Unter dem kumulativen Begriff „soziale Notlagen“ wurden wie angeführt auch Personen bzw. Haushalte subsumiert, die von Einkommensdeprivation betroffen sind. Im folgenden wird dieses „klassische“ Segregationsmerkmal näher betrachtet. Abb. 6.3-2 zeigt die räumliche Verteilung der Wohnbevölkerung der Stadtregion Strasbourg hinsichtlich der Betroffenheit von relativer Einkommensarmut⁵⁶ nach Stadtteilen bzw. auf Quartiersebene. Zu den überdurchschnittlich betroffenen Stadtteilen zählt wiederum Cronenbourg, wobei diesbezüglich innerhalb des Stadtteils große Unterschiede bestehen: am stärksten betroffen ist insbesondere die Cité Nucléaire, wo sich im Nordwesten des Quartiers die Bewohner mit Einkommensdeprivation konzentrieren; der Anteil beträgt hier in den Teilquartieren Becquerel und Kepler mehr als 20 Prozent der Wohnbevölkerung (der Durchschnitt in der Stadtregion Strasbourg (CUS)⁵⁷ beträgt 9,9 Prozent), vgl. Abb. 6.3-2.

Ein ähnliches Bild zeigt sich bei Betrachtung der Verteilung der Haushalte Alleinerziehender mit Unterstützungsanspruch in der Stadtregion Strasbourg (vgl. Abb. 6.3-3). Der Stadtteil Cronenbourg ist teilweise wieder stark überdurchschnittlich betroffen: im Quartier Cité Nucléaire des Stadtteils Cronenbourg und insbesondere in den nordwestlichen Teilquartieren Becquerel und Kepler konzentrieren sich die Haushalte von Alleinerziehenden mit Kindern im Alter bis zu drei Jahren, an die eine spezielle öffentliche Unterstützung (CAF)⁵⁸ gezahlt wird;⁵⁹ der Anteil liegt bei über 2,5 Prozent der Wohnbevölkerung (Durchschnittswert der Stadtregion: 1 Prozent).

⁵⁶ In Frankreich geht man von relativer Einkommensarmut aus, wenn die betreffende Person nur über Ressourcen unterhalb einer definierten Armutsgrenze verfügt. Diese Grenze korrespondiert mit dem durchschnittlichen Niveau der Lebenshaltungskosten in Frankreich. 1997 entsprach dies 7.468 Francs im Monat für eine alleinstehende Person. Die Armutsgrenze lag bei 3.734 Francs, das heißt bei 50 Prozent der angeführten mittleren Lebenshaltungskosten. Das nationale Institut für Statistik (INSEE) legt diesen Wert seinen Untersuchungen zur Armut zugrunde. Dies entspricht der sogenannten relativen Armutsgrenze wie sie auch von der EU definiert wird.

⁵⁷ CUS: Communauté Urbaine de Strasbourg.

⁵⁸ CAF: Caisse d'Allocation Familiale.

⁵⁹ Die Unterstützung Alleinerziehender gibt es seit 1976. Sie wird Alleinerziehenden gewährt, deren mittleres monatliches Einkommen (gemittelt über die letzten drei Monate vor Antragstellung) nicht die Höchstsumme der Unterstützung überschreitet. Die Unterstützung ist auf die Dauer eines Jahres begrenzt. Sie endet nach 12 aufeinanderfolgenden Monaten oder nach dem dritten Geburtstag des jüngsten Kindes.

Als Zwischenbilanz ist festzuhalten, dass innerhalb der Stadtregion Strasbourg eine höchst inhomogene räumliche Verteilung der Wohnbevölkerung hinsichtlich sozialer Deprivation besteht, wobei hohe Konzentrationen von Deprivationslagen nicht einen Stadtteil insgesamt betreffen, sondern nur Teilquartiere davon.

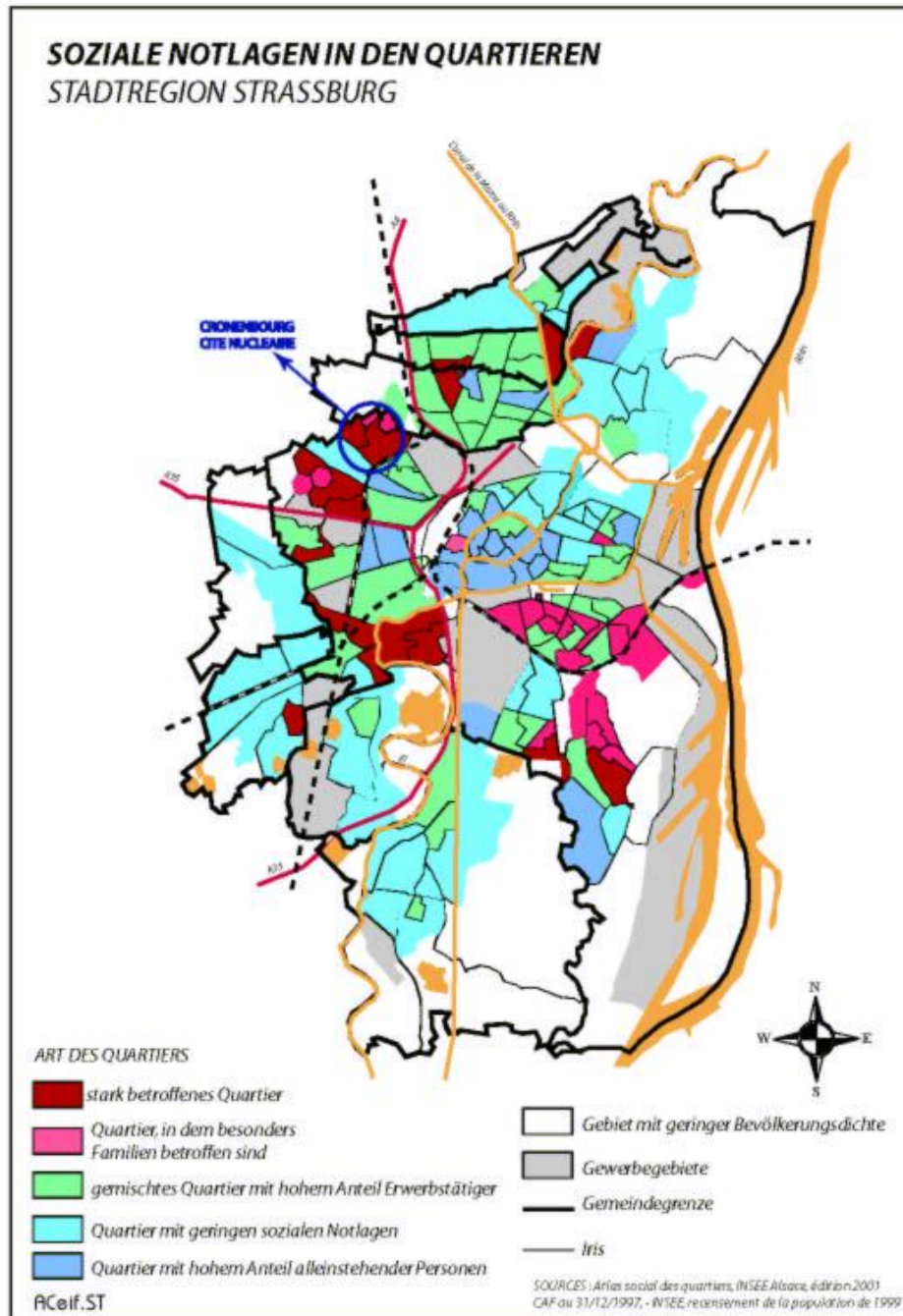


Abb. 6.3-1

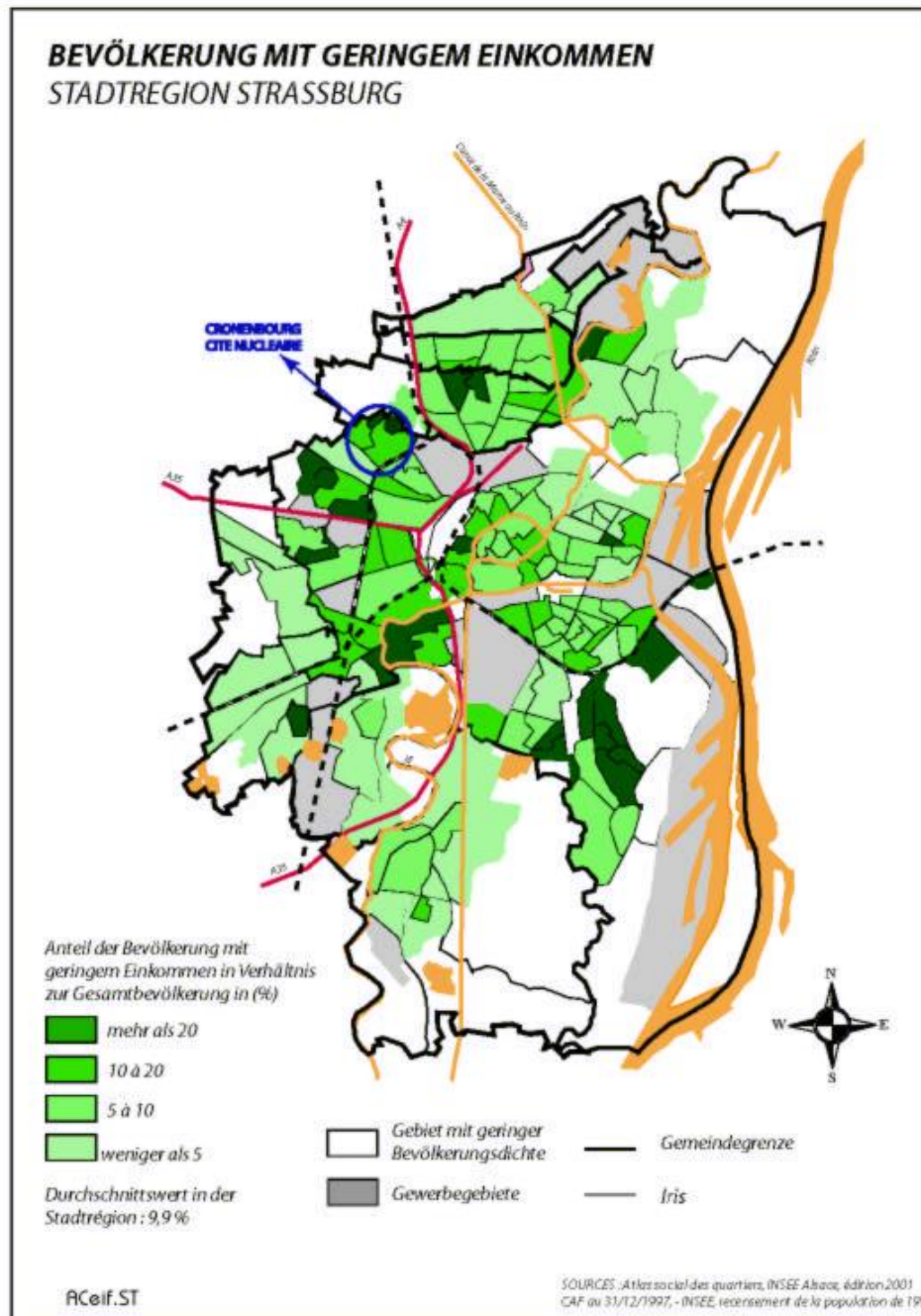


Abb. 6.3-2

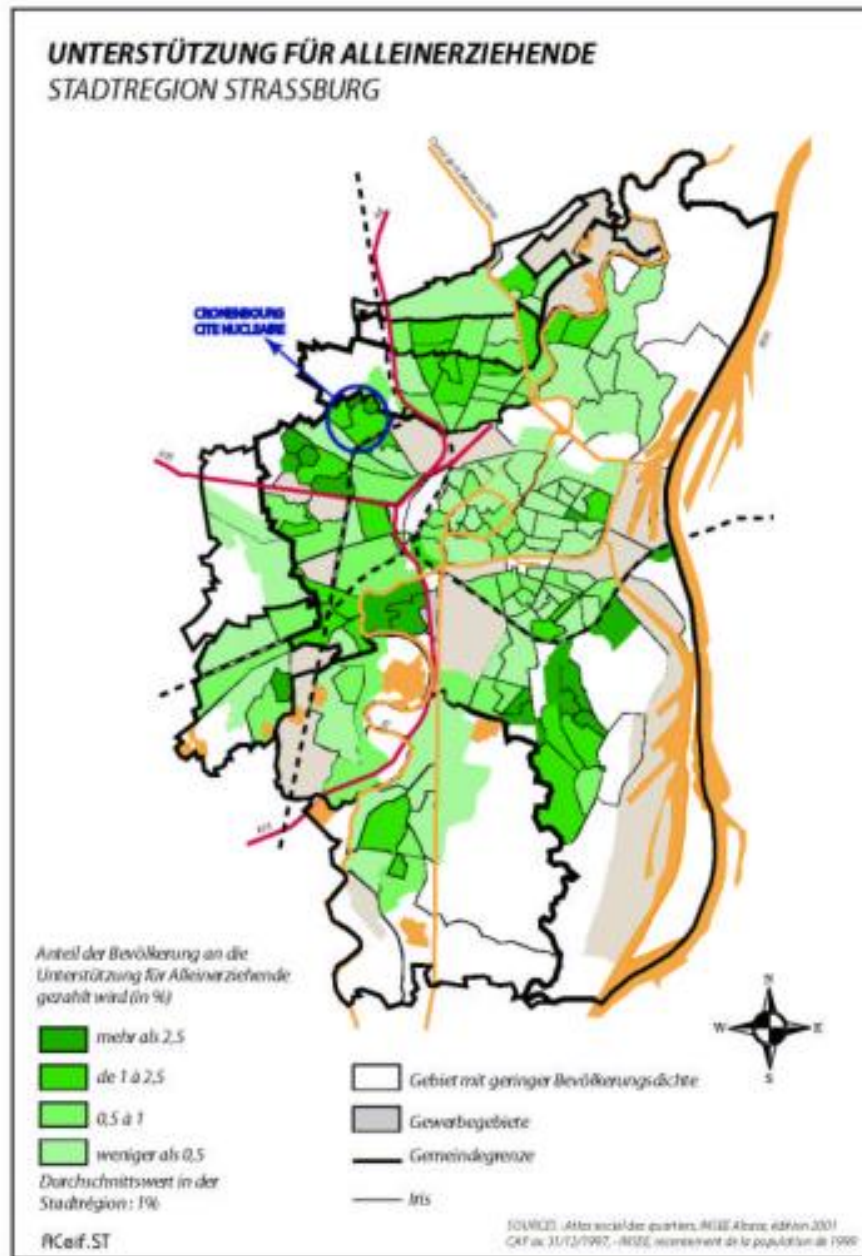


Abb. 6.3-3

So unterscheiden sich die drei Teilabschnitte des Stadtteils Cronenbourg (Alt-Cronenbourg, St.-Antoine und Cité Nucléaire) hinsichtlich der Konzentration und Kumulation von sozialen Problemlagen grundlegend (vgl. dazu die Ausführungen in Kap. 5.3). Nur die Cité Nucléaire weist bei allen bisher betrachteten Segregationsindikatoren überdurchschnittliche Werte auf, die in den nordwestlichen Teilquartieren Becquerel und Kepler besonders hoch sind.

Bestimmend für die bestehenden Problemlagen in der Cité Nucléaire ist neben den genannten sozialen Indikatoren die hohe Konzentration von Bewohnern mit ethnischer Herkunft aus dem Mahgreb (Algerien, Marokko) und der Türkei. Die massiven Integrationsprobleme in der Wohnbevölkerung unterschiedlicher Ethnien (Wohnbevölkerung aus ehemaligen französischer Kolonien und einheimische Bewohner) tragen entscheidend dazu bei, dass die Cité Nucléaire einen sozialen Brennpunkt darstellt, indem eine hohe Gewaltbereitschaft herrscht und laut Expertenauskunft (vgl. Kap. 7) die Bewohner in einem Klima von Angst und Gewalt leben, ohne jedoch mehrheitlich die Möglichkeit zu besitzen, aus dem Quartier wegzuziehen.

6.3.2 Städtebauliche Indikatoren für Risikopotentiale negativer Segregationsauswirkungen

In Kap. 5 wurden ausführlich die städtebaulichen Charakteristiken des Stadtteils Cronenbourg und seiner (Teil-)Quartiere dargestellt. Daraus, sowie vor dem Hintergrund der aufgezeigten allgemeinen Problemlagen von Großwohnsiedlungen (vgl. Kap 4), können insbesondere für die Cité Nucléaire folgende städtebaulichen Indikatoren mit Risikopotential für negative Segregationsauswirkungen abgeleitet werden:

- Stadtrandlage;
- Großwohnsiedlungen mit hoher Sozialwohnungsdichte;
- Verknappung der ursprünglich vorhandenen Versorgungsinfrastruktur;
- hoher Wohnbevölkerungsanteil von Ethnien aus dem Mahgreb und der Türkei;
- Vandalismus- und Verwahrlosungsprobleme insbesondere in den Teilquartieren îlot Becquerel und îlot Kepler.

Nach einer zusammenfassenden Betrachtung der angeführten Risikopotentiale werden anschließend weitere Indikatoren sowie die in den letzten Jahren in der

Cité Nucléaire getroffenen städtebaulichen Maßnahmen zur Abmilderung bestehender Segregationsprobleme vorgestellt und diskutiert.

Vorab ist – wie auch bei den vergleichenden Untersuchungsbereichen Karlsruhe-Oberreut und Wörth-Dorschberg - die Stadtrandlage des Stadtteils Cronenbourg anzuführen. Der Stadtteil Cronenbourg mit dem im Mittelpunkt der Betrachtungen stehenden Teilabschnitt Cité Nucléaire liegt in Randlage zur Kernstadt etwa 4 km nordwestlich des Zentrums von Strasbourg. Die Cité Nucléaire wurde (wie auch zahlreiche andere Quartiere in Frankreich) in den Jahren des wirtschaftlichen Aufschwungs nach dem Zweiten Weltkrieg („les trentes glorieuses“) gebaut. 1962 entstehen die ersten Geschossbauten der zukünftigen Cité Nucléaire mit dem Ziel, eine angemessene Wohnungsversorgung insbesondere für Einwanderer aus dem Mahgreb zu gewährleisten. Die massive Errichtung neuen Wohnraums wurde von zahlreichen infrastrukturellen Maßnahmen begleitet (Bau einer Kirche, einer Synagoge, eines soziokulturellen Zentrums, Errichtung von Grund- und weiterführenden Schulen etc.). Im Gegensatz zum Ursprung des Karlsruher Stadtteils Oberreut kann also nicht davon gesprochen werden, dass die Cité Nucléaire unter monofunktionalen Gesichtspunkten - nämlich ausschließlich als Wohn- und Schlafstadt - geplant wurde. Aufgrund der im vorangegangenen Kapitel aufgezeigten zunehmenden Konzentration von Personen und Haushalten in sozialen Notlagen, einer hohen Anzahl an Sozialwohnungen sowie der Kumulation von Bewohnern aus dem ehemaligen Mahgreb bzw. der Türkei reduzierte sich die anfangs weitgehend vorhandene Versorgungsinfrastruktur infolge schwindender Kaufkraft und zunehmender Gewalt zugunsten ethnisch spezifisch besetzter Kleinstrukturen.

Die empfundene Distanz zwischen Siedlungen wie der Cité Nucléaire und der übrigen Stadt resultiert also nicht nur aus der städtischen Randlage sondern sowohl aus stadtmorphologischen Aspekten wie einer hohen Konzentration von Geschosswohnungsbauten bei gleichzeitig hoher (Sozial)Wohnungsdichte, aber vor allem auch durch soziale, kulturelle und „mentale“ Distanzen.

Insgesamt besteht in einigen Teilquartieren der Cité Nucléaire ein höchst problematisches Wohnumfeld (im Sinne von schwierigen nachbarschaftlichen Beziehungen, Kriminalität und Gewaltbereitschaft, unsichere Gegend etc.). Aufgrund der hohen Konflikt- und Gewaltbereitschaft in einigen (insbesondere nordwestlichen) Teilquartieren der Cité Nucléaire, werden diese Bereiche kaum noch von Polizeistreifen kontrolliert. Diese massiven Probleme führen u.a. dazu, dass in den sozialen Brennpunkten im Nordwesten der Cité Nucléaire abnehmende Einwohnerzahlen zu verzeichnen sind (vgl. Abb. 6.3-4).

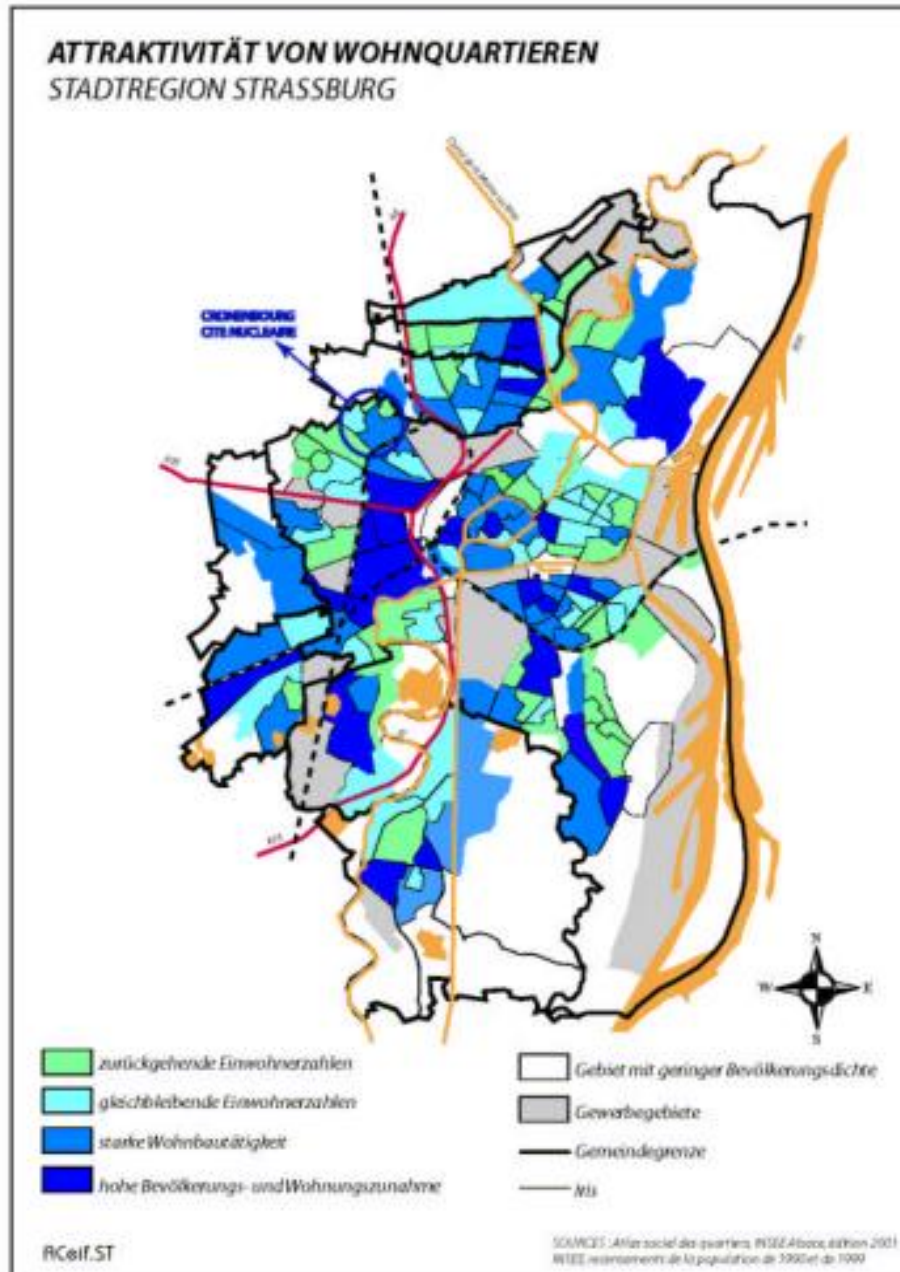


Abb. 6.3-4

Neben „klassischen“ Maßnahmen zur baulich-gestalterischen Aufwertung von Stadtteilen oder -quartieren wie z.B. in „Alt-Cronenbourg“, die dort durchaus zur Steigerung der Attraktivität geführt haben, erkannte man bald, dass rein stadtgestalterische Maßnahmen in der Cité Nucléaire nicht ausreichen würden. So wird seit etwa 20 Jahren ein umfassenderer Ansatz verfolgt.

Maßnahmen zur sozialen Entwicklung der Wohnquartiere (DSQ)⁶⁰ in der Cité Nucléaire erstreckten sich neben der physischen Aufwertung des Gebäude- und Wohnungsbestandes v.a. auch auf die soziale Qualifizierung der Bewohner. Sie umfassten insbesondere Maßnahmen zur Verbesserung des Ausbildungsniveaus mit entsprechender zusätzlicher Personal- und Finanzausstattung (ZEP)⁶¹, der Verbesserung der Integration in den Arbeitsmarkt durch gezielte Vermittlung und Arbeitsplatzangebote, zusätzlicher und spezifischer kultureller Angebote im soziokulturellen Zentrum sowie zielgruppenspezifische soziale Begleitmaßnahmen wie z.B. Freizeitaktivitäten mit Jugendlichen etc.

Aktuell wird mit dem Ziel der Verringerung der baulichen Verdichtung in der Cité Nucléaire die Bauzeile „Bequerell“ mit weit über hundert Wohnungen abgerissen.

Aus heutiger Sicht zeichnet sich nach Evaluation der zahlreichen bereits durchgeführten Maßnahmen in der Cité Nucléaire ein ernüchterndes Bild. Festzustellen ist, dass sich die Lebensbedingungen innerhalb des Viertels, vor allem was die Armut der Bevölkerung, die Zunahme an Unsicherheit und gewalttätigen Konflikten und die Möglichkeiten funktionierende nachbarschaftliche Gefüge zu schaffen, eindeutig verschlechtert haben.

Das Ausmaß der Probleme in der Cité Nucléaire, die als Beispiel für ähnlich strukturierte Großsiedlungen der 70er Jahre in Frankreich gelten kann, hat inzwischen einen Eigendynamik entwickelt, die unter heutigen Rahmenbedingungen kaum noch beeinflusst oder gar beherrscht werden kann. Offensichtlich hat ein zu langes „Nicht hinreichend zur Kenntnisnehmen“ der Probleme seitens der öffentlichen Hand zu einer zunehmenden Radikalisierung von Teilen der (jüngeren) Wohnbevölkerung geführt, wodurch die Integrationsprobleme um ein Vielfaches zunehmen. In diesem Sinne bestehen heute mentale Grenzen, deren Überwindung äußerst schwierig ist.⁶² Dass die angeführten Probleme auch zu massiven Handlungseinschränkungen bei der Teilen der Wohnbevölkerung führen, muss nicht weiter erklärt werden (vgl. dazu Kap. 8).

⁶⁰ DSQ: Développement Social des Quartiers.

⁶¹ ZEP: Zone d'Éducation Prioritaire.

⁶² Vgl. Kap.: „Grenzüberwindung im Kontext sozialer Prozesse“ des gemeinsamen Teils des Endberichtes des Verbundprojekts: Henri Bava u.a.: Stadtregion Karlsruhe - Grenzen überwinden. Zukunftsfähiger Umgang im Spannungsfeld Oberzentrum und Suburbaner Raum, Endbericht – gemeinsamer Teil, Kaiserslautern/Karlsruhe 2002.

6.4 Wechselwirkungen von sozialen und städtebaulichen Gefährdungspotentialen

Die Stadtplanung stellt ohne Zweifel wesentliche Weichen zur sozialräumlichen Entwicklung von Wohnquartieren. Umgekehrt beeinflusst die sozialstrukturelle Zusammensetzung der Bewohnerschaft eines Quartiers oder Stadtteils im Verlauf mehr oder weniger kurzer Zeitspannen und in unterschiedlicher Relevanz städtebauliche Merkmale insbesondere hinsichtlich der Wohnqualität (Zustand und Gestaltung öffentlicher Flächen, Sauberkeit, Versorgungsinfrastruktur, etc.) eines Quartiers, womit wiederum Auswirkungen auf die Zusammensetzung der Sozialstruktur durch Zuzug oder Fortzug bestimmter Bevölkerungsgruppen verbunden sind.

Seit jeher sind Städte nicht nur funktional sondern auch sozialräumlich gegliedert. Zum Problem wird dieser Sachverhalt erst dann, wenn die Grenzen zwischen den Quartieren für bestimmte Bevölkerungsgruppen zunehmend nicht mehr überwunden werden können und es zu einer „Ghettoisierung“ kommt (vgl. dazu ausführlich Kap. 2).

In den vorausgegangenen Kap. 6.1 bis 6.3 wurden für die in der Studie untersuchten Stadtteile soziale und städtebauliche Indikatoren für Risikopotentiale negativer Segregationsauswirkungen identifiziert. Interessanterweise lassen sich bestimmte Indikatoren von Risikopotentialen sowohl in sozialer (Konzentrationen von Sozialwohnungen mit Belegungsbindungen, Ausländeranteile, sozial schwache Haushalte, etc.) als auch in städtebaulicher Hinsicht (Randlage, Bauformen/Architektur, Entstehungsepochen, etc.) in allen untersuchten Vergleichsräumen feststellen, ohne dass jedoch von negativen Segregationserscheinungen in gleicher Tragweite gesprochen werden kann.

So stellt beispielsweise die periphere Lage eines Wohnstandortes für sich genommen noch kein Problem dar, solange sowohl eine ausreichend vorhandene (ÖPNV-)Infrastruktur eine Anbindung an die übrigen Lebens- und Funktionsbereiche der Stadt gewährleistet und es den Bewohnern möglich ist, diese zu nutzen und darüber hinaus am gesellschaftlichen Leben außerhalb des Wohnquartiers teilzunehmen. Ist dies aufgrund der individuellen wirtschaftlichen oder sozialen Verhältnisse (z.B. fehlende Kaufkraft, Sprachkompetenz, Diskriminierung) nicht der Fall, und besteht innerhalb des Quartiers oder des Stadtteils gleichzeitig kein adäquates Angebot an Freiflächen oder Betätigungsmöglichkeiten, können Erscheinungen von Vandalismus oder Aneignung durch „Besetzung“ bestimmter öffentli-

cher Räume, z.B. Freiflächen oder Spielplätze festgestellt werden, die zu Empfindungen von Unsicherheit dahingehend beitragen, daß solche Bereiche sogar tagsüber von zahlreichen Bewohnern gemieden werden (vgl. Kap.6.1.2) oder sogar eine ursprünglich vorhandene private Dienstleistungs- und Versorgungsinfrastruktur abwandert bzw. sich auf bestimmte, im Fall der Cité Nucléaire ethnisch spezifizierte Segmente reduziert. Während z.B. in Wörth-Dorschberg durchaus erhebliche Konzentrationen von „Risikogruppen“ (vgl. Kap. 6.2.2) vorhanden sind, gibt es derzeit kaum Anzeichen von Vandalismus oder Gegenden, die aufgrund objektiv belegter oder subjektiv empfundener Unsicherheit gemieden werden, anders als z.B. in Oberreut oder gar in der Cité Nucléaire des Strasbourger Stadtteils Cronenbourg.

Die Bedeutung, die die Qualität des öffentlichen Raumes für die Gesamtqualität eines Wohnquartiers hat, wird vielfach zu gering eingeschätzt. Gerade Aspekte der Aufenthaltsqualität, der Eignung für bestimmte Zielgruppen (Kinder, Jugendliche, ältere Menschen) des Sicherheitsgefühls, der Sauberkeit sind wesentliche Qualitätsmerkmale eines Wohnstandortes. Der zentral in Dorschberg gelegene Bürgerpark mit seinen vielfältigen und zielgruppenspezifischen Angeboten (vgl. Kap. 5.2.2) scheint diese städtebaulich-soziale Wechselwirkung positiv zu bestätigen. Einerseits ist die Nutzbarkeit und damit auch Begegnungsmöglichkeit für völlig unterschiedliche Bevölkerungsgruppen innerhalb des Stadtteils gegeben, andererseits ergibt sich gerade aus dieser Begegnungsmöglichkeit auch eine wichtige soziale Kontrolle der gemeinschaftlich nutzbaren Freibereiche.

Soziale Vielfalt, d.h. insbesondere auch das Vorhandensein von Bevölkerungsschichten, die an einem differenzierten, wohnungsnahen Waren- und Dienstleistungsangebot interessiert und in der Lage sind, dieses vor Ort zu konsumieren, trägt durch die Stabilisierung der privaten Versorgungsinfrastruktur nicht nur zur Attraktivität des Stadtteils als Wohnstandort bei sondern ermöglicht es auch Segregationsrisiken wie Beeinträchtigungen der Versorgungsmöglichkeit von mobilitätseingeschränkten Personen (Alte, Alleinerziehende, Sozialschwache etc.) abzumildern. Am Beispiel Wörth-Dorschberg wird dies im Vergleich mit der Cité Nucléaire besonders deutlich. In beiden Großwohnsiedlungen war eine vielfältige Versorgungsinfrastruktur bereits von Anfang an planerisch berücksichtigt und realisiert worden, wobei es in der Strasbourger Cité Nucléaire aber im Zuge fortschreitender sozialer Erosion zu einer zunehmenden Abwanderung privater Infrastruktur kam.

Demgegenüber war der Stadtteil Oberreut planerisch zunächst als reine Wohn-/Schlafstadt „auf der grünen Wiese“ fast ohne private Versorgungsinfrastruktur konzipiert worden. Neben allgemeinen Entwicklungen wie der Zunahme des groß-

flächigen Einzelhandels auf peripheren verkehrsgünstigen Standorten (Makroebene!) dürfte ein wesentlicher Grund für die kaum voranschreitende Entwicklung, zum Teil sogar das Schließen von Einkaufsmöglichkeiten in Oberreit darin liegen, dass die vorhandenen Käuferschichten (immerhin handelt es sich um ca. 10.000 Einwohner) für viele Einzelhändler nicht attraktiv genug ist.

Vieles deutet darauf hin, dass einzelne Indikatoren von Risikopotentialen für sich genommen nicht zwangsläufig problematisch sein müssen, jedoch das Zusammenwirken einzelner Indikatoren durchaus dynamische Wandlungsprozesse in Gang setzen kann, die zu unerwünschten Folgen von Segregation führen. Die auf der Mesoebene des Stadtteils / Quartiers festgestellten Indikatoren und Sachverhalte deuten darauf hin, dass die Kumulation bestimmter sozialer und städtebaulicher Risikopotentiale in zweifacher Hinsicht problematische Auswirkungen im Hinblick auf Segregation haben kann.

Einerseits scheint sich bei Zusammentreffen einzelner Indikatoren ein „selbstverstärkender Prozess“ im Sinne einer Abwärtsspirale zu manifestieren. Andererseits legen die festgestellten Sachverhalte den Schluss nahe, dass bestimmte Siedlungsformen besonders anfällig für (unvorhergesehene bzw. nicht vorhersehbare) Einflüsse der Makroebene sind. Diese Beobachtungen gilt es in der Folge durch Expertenbefragungen zu verifizieren bzw. zu falsifizieren.

Als Ergebnis der Betrachtungen städtebaulicher und sozialer Indikatoren im Hinblick auf ihre Relevanz als Risikopotenzial für negative Segregationsauswirkungen ist festzuhalten, dass aufgrund der sich beeinflussenden, teilweise sogar verstärkenden Wechselwirkungen sektorale, auf einzelne Fachdisziplinen wie Stadtplanung, Sozialarbeit, Arbeitsmarktpolitik/Wirtschaftsförderung etc. beschränkte Handlungsansätze zur Abmilderung oder Verhinderung unerwünschter Segregationsfolgen kaum erfolgversprechend sind. In der ressortübergreifenden und konzertierten Beobachtung dieser Wechselwirkungen und daraus abgeleiteten individuell abgestimmten Aktionen liegt ein wesentlicher Schlüssel zum Abbau lokaler Disparitäten und damit zur Abmilderung oder Vermeidung unerwünschter residenteller Segregationsfolgen.

7. Ursachen und Folgen der Segregationsprozesse aus Expertensicht

Die im Rahmen der bisherigen Analysen identifizierten Segregationsindikatoren bzw. (bei einer nicht singulären Betrachtung) der Segregationsmuster eines Untersuchungsbereiches zeigen nicht nur einen Zustand auf, sondern sind Teil eines Segregationsprozesses des Untersuchungsbereiches, dem Ursachen bzw. Auslöser zugrunde liegen und der auch gravierende negative Folgen bewirken kann. In den vorangegangenen Kapiteln wurde dieser Prozess, der die Untersuchungsgebiete prägt und der für jeden Untersuchungsbereich charakteristisch ist, bereits mehrfach angesprochen. In den folgenden Ausführungen sollen die Segregationsprozesse der Untersuchungsbereiche hinsichtlich ihres Ursachen-Wirkungsgefüges näher betrachtet werden.

Um die Ursachen und Folgen der Segregationsausprägungen genauer aufzuzeigen, das heißt, um das Ursachen-Wirkungsgefüge der Segregationsmuster erfassen zu können, wurden für alle drei Untersuchungsbereiche Interviews mit ortskundigen Experten geführt.

Entsprechend dem in Kap. 3.2 dargestellten Mehrebenenansatz sollten die Experteninterviews Informationen liefern zur

- Makroebene mit den überörtlichen Rahmenbedingungen des Segregationsprozesses und in diesem Zusammenhang Ursachen dieses verorten;
- Mesoebene mit den örtlichen Rahmenbedingungen und Ursachen des Segregationsprozesses und weiterhin sollten fehlende Informationen der amtliche Datenbasis ergänzt werden beispielsweise hinsichtlich des Sozialprofils der Wohnbevölkerung im Untersuchungsbereich;
- Mikroebene zur Identifikation der Folgen des Segregationsprozesses für das individuelle Handeln der Wohnbevölkerung bzw. von Teilen dieser.

Im folgenden werden die wichtigsten Aussagen zum Ursachen-Wirkungsgefüge der Segregationsprozesse der drei Untersuchungsbereiche, die zahlreiche Übereinstimmungen aber auch Abweichungen aufweisen, zusammengefasst. Die angeführten ergänzenden Informationen zu den quantitativen amtlichen Daten der Untersuchungsbereiche (Mesoebene), die nicht zuletzt dazu dienen um deren Vergleichbarkeit zu erhöhen, wurden in Kap. 6 bereits in die Analysen einbezogen und diskutiert.

Vorab werden das Auswahlverfahren der Experten, die Planung und der methodischer Ansatz der leitfadengestützten Experteninterviews sowie das Auswertungs- und Analyseverfahren kurz vorgestellt.

7.1 Methodischer Ansatz der Expertenbefragung

Da die Experteninterviews Informationen zu allen Analyseebenen (Makro-, Meso- und Mikroebene) beitragen sollten, wurden zunächst Institutionen mit Tätigkeitsbereichen in den unterschiedlichen Ebenen und in der Folge daraus Experten ausgewählt. Im Rahmen der Untersuchung wurde weiterhin das Muster der „schrittweisen Auswahl“ (gezieltes Sampling)⁶³ verfolgt, um alle vorgegebenen Themenbereiche (z. B. überörtliche und örtliche Rahmenbedingungen der Segregationsprozesse etc.) mit Informationen möglichst „sicher“ abzudecken. Eine Liste der befragten Experten, der Institution, der sie angehören sowie der Position, die sie darin innehaben, findet sich - gegliedert nach Untersuchungsbereichen – im Anhang. An dieser Stelle sei allen Experten, die sich zu einem Interview bereit erklärt haben, ausdrücklich gedankt.

Die Expertenbefragung erfolgte im Rahmen leitfadengestützter Interviews mit einer der Aufgabenstellung entsprechenden Problemzentrierung. Der Befragung wurde die Delphi-Methode⁶⁴ zugrunde gelegt, wobei die Experten zunächst in einer ersten Befragungsrunde einzeln interviewt wurden und sofern bei einer Themenstellung zwischen den Experten unterschiedliche Aussagen auftraten, wurde das anonymisierte Antwortspektrum (Feed-back zu den Ergebnissen der vorangegangenen Befragungsrunde) schriftlich den jeweiligen Experten in einer zweiten Befragungsrunde vorgelegt und auf dieser Basis eine (erneute) Aussage erbeten.

Die umfangreiche Transkription der Interviews, die mittels Diktaphon (mit Einverständnis der Befragten) aufgezeichnet wurden, erfolgte - dem Zweck der Interviews folgend - als wörtliche inhaltliche Widergabe (auf eine lautauthentische/phonetische Transkription wurde verzichtet).

Die Auswertung der Experteninterviews richtete sich vor allem auf Analyse und Vergleich der Inhalte des Expertenwissens. Wie angeführt wurden falls notwendig weitere Fälle nach dem Muster der schrittweisen Auswahl zur Informationsergänzung bzw. –evaluation in die Untersuchung einbezogen.

⁶³ Vgl. Flick, Uwe: Qualitative Forschung, Reinbek bei Hamburg 1995, S. 85ff.

⁶⁴ Vgl. Häder, Michael: Delphi-Befragungen, Wiesbaden 2002.

7.2 Zusammenfassung der Ergebnisse der Expertenbefragung

Im folgenden werden die Ergebnisse der vergleichenden inhaltlichen Analysen der Expertenaussagen zum Ursachen-Wirkungsgefüge der Segregationsprozesse in den betrachteten Untersuchungsbereichen zusammengefasst.

Zu den überörtlichen und örtlichen Rahmenbedingungen (Ursachen, Auslöser) sowie den Folgen der Segregationsprozesse können folgende Punkte summarisch in (historisch) zeitlicher Abfolge benannt werden:

- **In den 50er und 60er Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland und Frankreich Anwerbung und Zuwanderung von Arbeitnehmern aus dem Ausland**

In Deutschland erfolgten ab dem ersten Anwerbevertrag von 1955 bis zum Anwerbestopp 1973 massive Arbeitsmarktwanderungen ausländischer Arbeitnehmer die mit dem Nachzug der Familien zu einer Manifestierung der ausländischen Wohnbevölkerung, was dem ursprünglichen Gedanken des „Rotationskonzeptes“ entgegensteht, führte. Anfang der 90er Jahre folgte dann bis zur Quotierung 1993 in großer Zahl der Zuzug von Aussiedlern aus Osteuropa und den GUS-Staaten (seit 1993 werden jährlich rd. 220 Tsd. „Deutschstämmige“ aus den genannten Gebieten aufgenommen).

Ebenso erfolgte in Frankreich nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs ein starker wirtschaftlicher Aufschwung. Die Nachfrage nach Arbeitskräften konnten aus dem eigenen Land nicht ausreichend erfüllt werden. So wurden insbesondere Arbeitnehmer aus den (ehemaligen) französischen Kolonien Nordafrikas angeworben. Zunächst kamen nur die Männer, ihre Familien im Heimatland zurücklassend. Die männlichen Arbeitskräfte lebten in Heimen, die eigens zu diesem Zweck errichtet wurden. Nach einiger Zeit stellte sich jedoch die Frage, nach der Zeitdauer dieser Unterbringung und damit verbunden auch die Frage der Familienzusammenführung. Diese wiederum bedingte eine ausreichende und geeignete Anzahl von Wohnungen, um Frauen und Kinder nachziehen lassen zu können. Der Bestand an Sozialmietwohnungen setzte sich damals aus stark nachgefragten komfortablen wie großen Wohnungen zusammen. Zur gleichen Zeit nahm die „Entkolonialisierung“ und der Wiedereinbürgerung

der „Pieds- noirs“⁶⁵ und der Harkis⁶⁶ stark zu. Ein Teil des Sozialwohnungsbestandes wurde eigens als Reaktion auf diese Situation errichtet.

- **Schaffung von Wohnraum an der städtischen Peripherie:
Großwohnsiedlungen**

Im Rahmen der Sanierung der Kriegsschäden in den Kernbereichen der Städte und infolge des steigenden Wohnungsbedarfs (s.o.) wurde in den 60er und Anfang der 70er Jahre Wohnraum an der städtischen Peripherie errichtet; diese Siedlungen wurden oftmals als „Wohn-/Schlafanlagen“ mit nur geringer Infrastruktur geplant wie beispielsweise in Karlsruhe-Oberreut.

- **Veränderungen am Arbeitsmarkt und massiver Rückgang der offenen Stellen mit Beginn der ersten Ölkrise**

Die erste Ölkrise Mitte der 70er Jahre bremste den allgemeinen sozialen Fortschritt in allen Industrienationen. Von der Arbeitslosigkeit waren als erste die „Gastarbeiter“ betroffen. Diese Bevölkerungsgruppe hatte insofern große Schwierigkeiten ihre wirtschaftlichen Probleme zu lösen, als es sich um Bevölkerungsschichten handelte, die aufgrund fehlender kultureller und bildungsmäßiger Voraussetzungen am Arbeitsmarkt ohnehin benachteiligt waren. Ein bedeutender Teil der von den Einwandererfamilien abstammenden Jugend wurde von den Problemen der Arbeitslosigkeit ihrer Eltern und den damit zusammenhängenden familiären Destabilisierungswirkungen erfasst. Ein Teil der Quartiere des Sozialen Wohnungsbaus, in denen eine wirtschaftlich, sozial und kulturell instabile Bevölkerung versuchen musste mit geringer Perspektive auf Verbesserung ihrer Lebens- und Wohnverhältnisse zusammenzuleben, nahm eine abwertende Entwicklung.

- **Zunehmende Konzentration von sozial deprivierten Personen und Haushalten und insbesondere Kumulation ausländischer Ethnien in den Stadtrandsiedlungen/Großwohnsiedlungen**

Die durch die angeführten Sanierungsmaßnahmen (auch privater) Altbausubstanz erfolgte bauliche Aufwertung des Immobilienbestandes im Verdichtungsraum Karlsruhe wie Strasbourg, sowie die Errichtung neuer und zeitgemäßer Wohnungen hatte Preissteigerungen sowohl bei Mieten als auch beim Eigentumserwerb zur Folge. Die Chancen eine geeignete Woh-

⁶⁵ Der Begriff „Pieds-Noirs“ bezeichnet die Franzosen, die zum Zeitpunkt der Entkolonialisierung entweder schon immer oder nach Anwerbung in Algerien lebten.

⁶⁶ Der Begriff „Harkis“ bezeichnet diejenigen frankreichtreuen Algerier, die in der Entkolonialisierungsphase die Französische Staatsbürgerschaft annehmen wollten.

nung zu finden, wurden dadurch für Haushalte mit geringem Einkommen und unsicherer Arbeitsmarktsituation zunehmend geringer. Die Folge war eine zunehmende Orientierung auf den Sozialen Mietwohnungsbau als einzig zugänglichem für diese Haushalte, und andererseits aufgrund hoher Konzentrationen dieses Wohnungstyps in bestimmten Vierteln eine immer stärkere soziale und kulturelle Spezialisierung bestimmter Quartiere, wozu die Cité Nucléaire im Strasbourger Stadtteil Cronenbourg und anfänglich auch Karlsruhe-Oberreit zählen. Die Kumulation der häufig deprivierten Wohnbevölkerungsteile mit Zugehörigkeit zu ausländischen Ethnien in den charakterisierten Quartieren ist eine weitere Folge.

- **Fehlende infrastrukturelle Ausstattung in den an Attraktivität abnehmenden Großwohnsiedlungen**

Wie angeführt war in den Stadtrandsiedlungen der 60er und 70er Jahre eine umfassende Infrastrukturausstattung nicht geplant bzw. wurde sie durch Abwanderung beispielsweise des Einzelhandels zunehmend reduziert, da aufgrund der aufgezeigten Konzentration deprivierter Haushalte die Kaufkraft stetig abnahm. Die erste Aussage trifft auf Karlsruhe-Oberreit zu die zweite auf die Cité Nucléaire des Stadtteils Strasbourg-Cronenbourg; in Wörth-Dorschberg bestehen keinerlei infrastrukturelle Probleme (auf den völlig andersgearteten Planungshintergrund von Wörth-Dorschberg wurde in Kap. 5.2 ausführlich hingewiesen). Die funktionalen Anforderungen an die Siedlungen mit geringer Infrastruktur hatten sich vor dem Hintergrund der dargestellten Veränderungen der Sozialprofile der Bewohner jedoch grundlegend verändert: benötigt werden nicht „Wohn-/Schlafanlagen“ sondern Quartiere mit einem attraktiven Wohnumfeld.

- **Zunehmende Integrationsprobleme der Wohnbevölkerungsteile unterschiedlicher Ethnien**

Weder in Frankreich noch in Deutschland wurde die Zuwanderung von Personen ausländischer ethnischer Herkunft (Ausländer, Aussiedler, Personen aus dem Mahgreb) von Anfang an durch Integrationsmaßnahmen begleitet, da beispielsweise in Deutschland über viele Jahre das „Rotationsprinzip“ verfolgt wurde und keine dauerhafte Zuwanderung gewünscht wurde. Dadurch bestehen heute nicht nur für die zugewanderte Bevölkerung der ersten Generation massive Integrationsprobleme (Sprachprobleme, häufig mangelhafte Schul- und Berufsausbildung, Arbeitsplatzprobleme, nachbarschaftliche Probleme etc.).

Hinzu kommen mentale Grenzen: In den untersuchten Großwohnsiedlungen, insbesondere in Karlsruhe-Oberreit erweisen sich die Faktoren Dis-

tanz und Ablehnung auf Seiten der „ingesessenen Wohnbevölkerung“ insbesondere gegenüber den dort zahlreichen Aussiedlern als Konfliktpotential. Beide Gruppen, Aussiedler wie „Einheimische“ sind weder intellektuell noch emotional darauf vorbereitet, zusammen zu leben.

- **Zunehmende Gewaltbereitschaft von Teilen der Wohnbevölkerung sowie Vandalismus und Verwahrlosung der Quartiere**

In Kap. 6.1 wurde bereits darauf hingewiesen, dass ein Teil der Wohnbevölkerung von Karlsruhe-Obereut das Wohnumfeld als unsicher empfindet und auch tagsüber bestimmte Teile des Quartiers meidet.

Um ein mehrfaches problematischer ist die Situation in einigen Teilquartieren der Cité Nucléaire: Aufgrund der hohen Konflikt- und Gewaltbereitschaft in einigen (insbesondere nordwestlichen) Teilquartieren der Cité Nucléaire, werden diese Bereiche kaum noch von Polizeistreifen kontrolliert. Diese massiven Probleme zeigen sich auch in Form von Vandalismus und Verwahrlosung dieser Teilquartiere. In der Cité Nucléaire hat sich ein Organisationsgrad innerhalb des Quartiers entwickelt, der sich z.B. durch die Aneignung öffentlicher Räume durch bestimmte soziale Gruppen, bei gleichzeitiger Ablehnung anderer Bewohnergruppen bis hin zur Ausübung von Gewalt äußert.

- **Stigmatisierung der Wohnbevölkerung**

In Frankreich leiden an den Folgen der unzureichenden Integrationspolitik insbesondere die Jugendlichen und jungen Erwachsenen ausländischer ethnischer Herkunft der zweiten und der dritten Generation: „Wenn diese eine Wohnung oder eine Anstellung suchen, denkt niemand daran, dass sie Franzosen sind und dass sie in Frankreich geboren sind. Man sieht nur, dass sie Mohamed oder Mustafa heißen,...schon schließen sich die Türen vor Ihnen“⁶⁷ Diese von den Jugendlichen tagtäglich gespürte Ablehnung, denen von der Französischen Gesellschaft insbesondere in den Schulen, der Zugang zur Republik der Freiheit, der Gleichheit und der Brüderlichkeit versprochen wurde, von denen verlangt wird, „gute Franzosen zu sein“, und die, um genau dies zu erreichen sehr oft ihre kulturelle Identität verleugnen müssen, sind ohne Zweifel einer der Gründe für die Probleme, mit denen Teile der Stadt z.B. in der Cité Nucléaire heute konfrontiert sind.

Hier zeigt sich deutlich, dass Segregation nicht nur ein Zustand ist, sondern gleichzeitig wieder stigmatisierend und deprivierend auf die Wohnbevölkerung rückwirkt: Das Quartier verliert seine Attraktivität für die

⁶⁷ Aussage eines befragten Experten.

anderen Bewohner der Stadt; dies isoliert zunehmende die Bewohner des Quartiers, die potenziell kaum über Mittel verfügen, dieses zu verlassen, da für sie sowohl der Arbeits- als auch der Immobilienmarkt und Möglichkeiten am Konsum teilzunehmen nur sehr eingeschränkt offen stehen.

- **Imageprobleme des Stadtteils**

Diese Konzentrationen von sozial deprivierten Haushalten erzeugt sowohl regelrechte Brüche zu den umliegenden Quartieren als auch Konfrontationen innerhalb des Quartiers. Mit zunehmender negativer Außenwahrnehmung des Quartiers wird dieses für die meisten immer weniger attraktiv. Zu betonen ist, dass die mentalen Grenzen in weit stärkerem Umfang als die physischen Grenzen ein Distanzempfinden sowohl zwischen dem Quartier und der übrigen Stadt als auch innerhalb des Quartiers selbst erzeugen.

So kann für die Großwohnsiedlung Cité Nucléaire im Stadtteil Cronenbourg in Strasbourg nachgewiesen werden, dass sich die Bewohner der umliegenden Stadtteile und –viertel um jeden Preis von denen der Cité Nucléaire unterscheiden möchten. Nicht nur das Quartier als Wohnort, sondern auch dessen Bewohner stoßen auf Ablehnung, sind also bereits stigmatisiert, in dem sie nicht mehr als einzelne Individuen wahrgenommen werden, sondern als „Elemente“ einer problematischen Zusammenballung. Diese mentalen Grenzen sind symptomatisch für den Prozess der Segregation.

Wesentlich abgemildert gilt dies auch für die (wie angeführt nicht mehr zutreffende) Außenwahrnehmung, also das Image des Karlsruher Stadtteils Oberreut. Noch immer ist der Spruch „Wer den Tod nicht scheut, der zieht nach Oberreut“ im Stadtgebiet Karlsruhe geläufig, ohne dass dies durch eigene Erfahrungen untermauert wäre.

8. Zusammenfassung der Einschränkungen von Handlungsmöglichkeiten und –chancen der Wohnbevölkerung

Aus den Darlegungen der vorangegangenen Kapitel wurden bereits Einschränkungen der Handlungsmöglichkeiten und –chancen für Teile der Wohnbevölkerung in den betrachteten Untersuchungsbereichen sichtbar. Im folgenden werden diese nach „klassischen“ Problembereichen punktuell nochmals zusammengefasst.

8.1 Karlsruhe-Oberreut:

Identifikation der Beschränkung von Handlungsmöglichkeiten und –chancen

Umwelt

Aus der Umweltqualität ergeben sich für die Bewohner von Karlsruhe-Oberreut keine Beeinträchtigungen; die umgebenden Grün- und Waldflächen werden größtenteils als Vorteil des Stadtteils angesehen.

Wohnumfeld/Verwahrlosung

14 Prozent der Haushalte sehen Schmutz und Verwahrlosung als Nachteil des Stadtteiles an (Bürgerumfrage 1999);

Fast ein Drittel der Haushalte beurteilen das Wohnumfeld (unangenehme Mitbewohner, Kriminalität, unsichere Gegend) als Nachteil des Stadtteiles; Karlsruhe-Oberreut weist bei der Bürgerumfrage 1999 im Vergleich der Stadtteile hier den höchsten Anteil an Negativaussagen auf.

Sicherheit/Sicherheitsempfinden

Mehr als 16 Prozent der Wohnbevölkerung von Oberreut meidet tagsüber bestimmte Orte im Stadtteil aus Sicherheitsgründen (Bürgerumfrage 1999).

Infrastruktur: Dienstleistungen des täglichen Bedarfs

Mehrfach wurde bereits hervorgehoben, dass in Karlsruhe-Oberreut Einschränkungen hinsichtlich der Dienstleistungen des täglichen Bedarfs

bestehen, da der Stadtteil anfänglich ohne jede Infrastrukturausstattung geplant wurde.

Freizeitmöglichkeiten

Aufgrund der teilweise fehlenden Infrastruktureinrichtungen bestehen für Jugendliche höchst eingeschränkte Freizeitmöglichkeiten.

Mobilität der Wohnbevölkerung des Stadtteils

Diese sozial deprivierten Wohnbevölkerungsteile weisen nicht nur eine eingeschränkte Mobilität auf (oftmals steht kein eigener PKW zur Verfügung etc.), sondern haben grundsätzlich wegen der sehr eingeschränkten finanziellen Möglichkeiten nicht oder nur sehr begrenzt die Möglichkeit ihre Zeit außerhalb der Siedlung zu verbringen und stoßen hier – wie angeführt - auf ein völlig unzureichendes Wohnumfeld.

Image des Stadtteils

Aus der Stadtrandlage und aufgrund des Anfang der 70er Jahre (angeblichen) Zuzugs von Personen bzw. Haushalten aus dem Rotlichtmilieu des „Dörfle“ (Innenstadtbereich von Karlsruhe, der damals saniert wurde) sowie der ursprünglich völlig fehlenden Infrastrukturausstattung rührt immer noch das Image des Stadtteils: „Wer den Tod nicht scheut, der zieht nach Oberreut“, das jedoch heute sicherlich unzutreffend ist. Trotzdem hat dieses Image für Teile der Wohnbevölkerung eine stigmatisierende Wirkung.

8.2 Wörth Dorschberg

Identifikation der Beschränkung von Handlungsmöglichkeiten und –chancen

Umwelt

In Dorschberg bestehen aufgrund der Lage unmittelbar am Bienwald und auf der windabgewandten Seite zu den Industrieansiedlungen kaum Beeinträchtigungen der Umweltqualität. Für weite Teile der Bevölkerung insbesondere in den Geschossbauten des Sozialen Mietwohnungsbaus spielt der mit für verschiedene Zielgruppen ausgestatteten Infrastruktur für die Attraktivität des Wohnumfeldes eine zentrale Rolle.

Die südwestlich verlaufende BAB 65 ist in Abhängigkeit von der Windrichtung in den südwestlichen Siedlungsteilen durch unterschwelliges Rauschen wahrnehmbar.

Wohnumfeld/Verwahrlosung

Verwahrlosungserscheinungen an Gebäuden, halböffentlichen oder öffentlichen Freiflächen sind kaum vorhanden.

Nach übereinstimmender Aussage lokaler Experten und Bewohnern kommt dem erwähnten Bürgerpark eine zentrale Bedeutung in der positiven Einschätzung des Wohnumfeldes zu.

Sicherheit/Sicherheitsempfinden

In Dorschberg bestehen keine über das normale Empfinden hinaus reichende Unsicherheitseinschätzungen. Selbst mit zunehmender Dunkelheit werden öffentliche Freiflächen wie der Bürgerpark weder von großen Teilen der Bevölkerung über ein normales Maß hinaus gemieden noch von bestimmten Teilen (z.B. Gruppen von Jugendlichen) störend in Beschlag genommen.

Hohe Konzentrationen ausländischer Bevölkerung in den Geschossbauten unmittelbar am Bürgerpark führt (noch) nicht zu Einschränkungen des Sicherheitsempfindens in der Bevölkerung des Stadtteils. (unmittelbar neben den beiden Hochhäusern mit sehr hoher Ausländerkonzentration entsteht eine Wohnanlage für betreutes Wohnen im Alter.

Infrastruktur: Dienstleistungen des täglichen Bedarfs

Aufgrund zahlreich und differenziert vorhandener Einkaufs- und Dienstleistungsinfrastruktur im Zentrumsbereich von Dorschberg bestehen überwiegend keine Einschränkungen auch nicht im Bezug auf mobilitätseingeschränkte Personengruppen wie ältere Menschen oder Alleinerziehende. hinsichtlich Versorgung (max. 500m Entfernung des Einkaufszentrums zu den Geschosswohnbauten)

Freizeitmöglichkeiten

Wörth, insbesondere der Stadtteil Dorschberg verfügt neben dem mehrfach erwähnten Bürgerpark über eine hervorragende Freizeitinfrastruktur z.B. Hallenbad, Tennisplätze, Sportstadion, Bibliothek, Spielplätze, Jugendtreff, Minigolfanlage, Badepark Wörth, Inliner-/Skateboardanlage und Reitschule etc.

Die Betrachtung im Hinblick auf Einschränkungen von Handlungsmöglichkeiten und -chancen anhand vergleichbarer Sachverhalte in den untersuchten Stadtteilen ergibt, dass sich in Wörth derzeit keine negativen Ausprägungen ergeben.

In Ansätzen besteht jedoch ein Potenzial für unerwünschte Entwicklungen von Segregation aufgrund sehr starker Konzentrationen ausländischer Bevölkerung in baulich konzentrierten Bereichen (Hochhäuser und Bereich Keltenstraße).

Aufgrund (natur)räumlicher Begrenzungen ist die Möglichkeit umfangreicher Siedlungsentwicklungen in die Fläche eingeschränkt, was jedoch unter Berücksichtigung der demografischen Entwicklung (Bevölkerungsrückgang) in der Zeitperspektive 2030 von eher untergeordneter Bedeutung ist.

8.3 Srasbourg-Cronenbourg, Cité Nucléaire **Identifikation der Beschränkung von Handlungsmöglichkeiten und –chancen**

Umwelt

Aus der Umweltqualität ergeben sich für die Wohnbevölkerung der sozialen Brennpunkte im Nordwesten der Cité Nucléaire keinen nennenswerten Einschränkungen.

Wohnumfeld/Verwahrlosung

Auf das höchst problembelastete Wohnumfeld (Vandalismus und Verwahrlosung, Kriminalität, Gewaltbereitschaft etc.) in Teilquartieren der Cité Nucléaire wurde bereits mehrfach verwiesen; da der öffentliche Raum dadurch nicht mehr für alle Bewohnergruppen gefahrlos zu betreten ist, bestehen entsprechend gravierende Einschränkungen hinsichtlich der Bewegungsfreiheit, der Handlungsmöglichkeiten etc.

Sicherheit

Die physische Sicherheit ist in Teilquartieren der Cité Nucléaire nur mehr sehr eingeschränkt gegeben.

Infrastruktur: Dienstleistungen des täglichen Bedarfs

Die Infrastrukturausstattung hat sich aufgrund der Konzentration von Haushalten in deprivierten Soziallagen mit höchst eingeschränkter Kaufkraft stark reduziert.

Freizeitmöglichkeiten

Da der öffentliche Raum in Teilquartieren der Cité Nucléaire nur mehr sehr eingeschränkt für Teile der Wohnbevölkerung zur Verfügung steht, entstehen in der Folge entsprechende Einschränkungen in der Freizeitgestaltung im unmittelbaren Wohnumfeld.

Mobilität der Wohnbevölkerung des Stadtteils

Die fehlenden Möglichkeiten der Teilhabe an sozialer, wirtschaftlicher, allgemein städtischer Mobilität, verurteilt die Bewohner dazu in ihrem Quartier zu bleiben. Sie zwingt Bevölkerungsgruppen dazu, zusammen wohnen zu müssen, nicht weil sie es so wollen, sondern deshalb, weil ihnen ein Umzug nicht möglich ist. Es muss also von einer Zusammensetzung gesprochen werden, die auf negativen Rahmenbedingungen beruht und nicht aus der freien Entscheidung aufgrund von Gemeinsamkeiten zusammen zu wohnen.

Image des Stadtteils

Für die Großwohnsiedlung Cité Nucléaire im Stadtteil Cronenbourg in Strasbourg wurde nachgewiesen, dass sich die Bewohner der umliegenden Stadtteile und -viertel um jeden Preis von denen der Cité Nucléaire unterscheiden möchten. Nicht nur das Quartier als Wohnort, sondern auch dessen Bewohner stoßen auf Ablehnung, sind also bereits stigmatisiert, in dem sie nicht mehr als einzelne Individuen wahrgenommen werden, sondern als „Elemente“ eines problematischen Wohnumfeldes. Diese mentalen Grenzen sind symptomatisch für den Prozess der Segregation nicht nur in Strasbourg-Cronenbourg

9. Handlungsempfehlungen zur Abmilderung von Segregationsprozessen

9.1 Analyseergebnisse der Untersuchungsebenen

Die in der Studie betrachteten Stadtteile, Karlsruhe-Oberreut, Wörth-Dorschberg, und Strasbourg-Cronenbourg, hier die Cité Nucléaire, haben zunächst das gemeinsame Charakteristikum, dass sie städtebaulich dem Typus der Großwohnsiedlung entsprechen. Die Ausgangsvoraussetzungen für die entsprechenden städtebaulichen Planungen der 60er und 70er Jahre waren jedoch sehr verschieden.

In Karlsruhe und Strasbourg stand das Erfordernis zur Schaffung adäquaten Wohnraums für eine Vielzahl von Haushalten, die bisher in den jeweiligen Innenstädten in veralteter, zum Teil durch Kriegseinwirkungen geschädigter Bausubstanz lebten, im Vordergrund. Die räumlichen Voraussetzungen in den Innenstädten entsprachen weder zeitgemäßem Wohnen unter Aspekten wie Besonnung und Belüftung, noch erfüllten die Wohnungsausstattung (Heizung / Sanitärbereich etc.) oder die Wohnungsgrundrisse und –größen die Anforderungen der „Baby-Boom“- und Wirtschaftwunderzeit.

Der Ursprung der Entstehung der Siedlung Dorschberg in Wörth, die hinsichtlich Ausdehnung und Einwohnerzahl das ursprüngliche Hafendorf Wörth bei weitem übertrifft, war dagegen ein anderer. Mit der Ansiedlung von Großindustrie (Daimler Benz, Raffinerien usw.) war das Erfordernis verbunden, quantitativ und qualitativ angemessenen Wohnraum für eine Vielzahl von Beschäftigten zu schaffen. In diesem Zusammenhang sei die Tatsache hervorgehoben, dass mit der Ansiedlung o.a. Großindustrie und dem damit verbundenen plötzlichen Bevölkerungsanstieg, eine tiefgreifende Umwertung des ehemaligen Fischer- und Bauerndorfes Wörth zur wirtschaftsstarken Industriestadt stattgefunden hat. Unter dem Aspekt der sozialen Durchmischung ist herauszustellen, dass bereits bei der Konzipierung von Dorschberg ein differenziertes Angebot an Wohnformen für die verschiedenen Wohnansprüche unterschiedlicher sozialer Schichten vom freistehenden Einfamilienhaus über Reihenhausstrukturen, Mehrfamilienhäuser, (Sozial)Mietwohnungen in Geschosswohnungsbau, bis zu Hochhauskomplexen mit bis zu 15 Stockwerken, vorgesehen wurde.

Aus der Analyse von Oberreut und der Cité Nucléaire von Cronenbourg kann belegt werden, dass die vor dem Hintergrund von Wirtschaftswachstum, Vollbeschäf-

tigung und steigenden Einkommen konzipierten Siedlungsformen der Großwohnsiedlung, deren Entstehungsmotiv aus damaliger Perspektive durchaus nahe lag, aus heutiger Sicht ein hohes Risikopotenzial im Hinblick auf unerwünschte Ausprägungen und Folgen sozialer und residentieller Segregation bergen.

Als räumlich von Arbeitsstätten, Einkaufs- und Freizeitmöglichkeiten weitestgehend isolierte (Schlaf)Siedlung wurde der Aspekt „Wohnen“ fast ausschließlich auf den Aufenthalt in der Wohnung reduziert. Entsprechend fehlen im öffentlichen Raum an den Bedürfnissen verschiedener Bewohnergruppen (v.a. Jugendliche und ältere Menschen) orientierte kommunikations- und Begegnungsmöglichkeiten. Darüber hinaus erhöhen die Geschosswohnbauten hinsichtlich fehlender Sichtbeziehungen (Blickkontakt z.B. zu den eigenen spielenden Kindern) und von Ihrer Anlage selbst (räumliche Entfernung aufgrund vielgeschossiger Bauweise) die psychische und physische Distanz zum öffentlichen Raum.

Unter heutigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen (Arbeitslosigkeit, Zunahme Alleinerziehender etc.) reduziert sich die Quote der Haushalte, die die Siedlung zum Arbeiten, Einkauf, Freizeit, tagsüber verlassen oder die nach einer Übergangsphase in der Großwohnsiedlung meist in Wohnungen des Sozialen Wohnungsbaus, ins „eigene Heim“ umziehen können.

Zunehmend muss die Siedlung mit ihren Wohnungen und ihrem Wohnumfeld Aufenthaltsfunktionen erfüllen und –qualitäten bieten, die ursprünglich nicht vorgesehen waren. Verschärfend kommt hinzu, dass aufgrund damals nicht vorhersehbarer Ereignisse auf der Makroebene (z.B. Zusammenbruch der Sowjetunion mit Anstieg der Spätaussiedlerströme), zusätzliche Belastungen durch Einweisung entsprechender Bevölkerungsgruppen hinzukamen, die nicht nur in sprachlicher, sondern auch kultureller Hinsicht Integrationsschwierigkeiten haben, sondern in Zeiten wirtschaftlicher und sozialer Anspannung auch auf Ablehnung bei der „eingesessenen“ Bewohnerstruktur stoßen.

In Wörth ergibt die Analyse eine deutlich geringere Ausprägung der Problemlage. Die Hauptgründe liegen dabei nicht nur in der anders gearteten Ausgangssituation, an der sich bis heute im Vergleich zu den anderen untersuchten Stadtteilen nur geringe Veränderungen ergeben haben, sondern auch in der anders gearteten planerischen Konzeption des Stadtteils, mit weit gefächertem Angebot unterschiedlicher Wohnformen. Wesentliches Unterscheidungsmerkmal der Siedlung Dorschberg ist außerdem die Präsenz eines umfangreichen Infrastrukturangebots im Bezug auf Einkauf, Dienstleistung, Freizeitmöglichkeiten etc. Auffallend ist die Konzentration des Geschosswohnungsbaus, der Schulen und öffentlichen Einrichtungen (Rathaus, Bibliothek usw.) und des Bürgerparks im Zentrum des Stadtteils.

Aus den o.g. Gründen sind Großsiedlungen wie Oberreut oder Cronenbourg besonders anfällig für veränderte Rahmenbedingungen der Makroebene (Veränderungen der Arbeitsmarktzugänge, der Haushaltsstrukturen, Zuwanderungsströme etc.).

Auf der Mesoebene wird dies durch fehlende bzw. unzureichende Anpassungsfähigkeit hinsichtlich Infrastruktur, Veränderung von Haushaltsgrößen, Alterstruktur und ethnischer Zusammensetzung der Bevölkerung deutlich.

Die Konsequenzen zeigen sich auf der Individual- oder Mikroebene, die bislang aufgrund fehlender Ursachen–Wirkungsanalysen wenig Beachtung fand: Integrationsprobleme zugezogener Aussiedler aufgrund fehlender Sprachkenntnisse und Erwerbslosigkeit, fehlendes Zugehörigkeitsgefühl, Diskriminierung von ethnischen Minderheiten und Randgruppen etc.

Hinsichtlich der kommunalen Einflussmöglichkeiten zur Vermeidung bzw. Abmilderung unerwünschter sozialer und residentieller Segregationsprozesse ist zu beachten, dass die Versorgung mit preisgünstigem Wohnraum infolge auslaufender Belegungsbindungen zunehmend schwieriger wird. Gleichzeitig ist ein Rückzug des Staates aus der Wohnbauförderung zu verzeichnen. Die kommunalen Einflussmöglichkeiten hinsichtlich ausgewogener Belegungspolitik reduzieren sich, sofern im Bereich freifinanzierten Wohnraums kurzfristige Profitinteressen zu Lasten langfristiger sozialer und letztlich auch ökonomischer Nachhaltigkeit verfolgt werden.

9.2 Ziele und Handlungsempfehlungen

Das im Titel der Studie des Teilprojektes 3 formulierte Ziel der sozialen Durchmischung des Wohnens in der Stadtregion Karlsruhe ist nach der umfangreichen Analyse von Segregationsmustern, und deren Ursachen und Wirkungen in den untersuchten Vergleichsstadtteilen und –quartieren zu konkretisieren.

Das anzustrebende Ziel sollte lauten, Möglichkeiten und Chancen für eine soziale Durchmischung des Wohnens in der Stadtregion Karlsruhe zu bieten bzw. zu erhalten. In den Gebieten, der Stadtregion, in denen bereits unerwünschte Segregationsausprägungen bestehen, gilt es diese abzumildern. Konzentrationen von Benachteiligung, Armut und sozialer Ausgrenzung, deren physische und mentalen Grenzen durch die Betroffenen nicht mehr überwunden werden können, sind daher zu vermeiden bzw. zu reduzieren.

Dieser übergeordneten Zielsetzung liegt die Auffassung zugrunde, dass die Vitalität und Attraktivität gesamtstädtischen Lebens und darüber hinausgehend in der Stadt-Region Karlsruhe aus der Vielfalt und Unterschiedlichkeit sozialer Gruppen resultiert. Diese Gruppen unterscheiden sich durch Alter, Ethnie oder Vermögen. Aus gesamtwirtschaftlicher Perspektive ist unstrittig, dass im Wettbewerb der Städte oder Regionen um qualifizierte Arbeitskräfte die l(i)ebenswerte Gesamtstadt bzw. Stadtregion zunehmend zum Standortvorteil wird. Der schwerpunktmäßig untersuchte Stadtteil Karlsruhe Oberreut bietet aufgrund zahlreicher Standortvorteile wie Lage, Freiflächenpotenzial, Verkehrsanbindung, Naturnähe, Engagement und Erfahrung örtlicher Akteure... wesentliche Entwicklungschancen um heutige und zukünftige Zielsetzungen hinsichtlich einer ausgewogenen Sozialstruktur zum Horizont 2030 zu erreichen. Der Vergleich mit den grenzübergreifend betrachteten Stadtteilen Dorschberg (Wörth) und der Cité Nucléaire in Strasbourg Cronenbourg ermöglicht es, grundsätzliche Handlungsempfehlungen zu geben.

Die **übergeordnete Zielvorstellung (Hauptziele)** stützt sich auf vier Säulen, die sich gegenseitig bedingen und im Interesse der Erreichung des Gesamtzieles keinesfalls singular verfolgt werden dürfen:

- Verbesserung gesellschaftlicher Integrationsvoraussetzungen;
- Zielgruppenspezifische Bewohner- und Nutzereinbindung in Planungs- und Gestaltungsprozesse;
- Vermeidung von Bauformen und Belegungspraktiken, die einseitige Bewohnerstrukturen hervorrufen;
- Querschnittsorientierte Planung und Evaluation von Maßnahmen-„Monitoring“.

Weiterhin untergliedert sich jedes der genannten Hauptziele in **Teilziele**, die hinsichtlich ihrer Bedeutung für die Erreichung des Gesamtzieles als gleichrangig zu betrachten sind.

Analog zur Mehrebenenanalyse, die der Studie zugrunde liegt, sind die Handlungsempfehlungen, die den Teilzielen zugeordnet sind, differenziert nach Einfluß- und Wirkungsebenen zu geben.

Die Umsetzung der vorgeschlagenen Handlungsempfehlungen liegt nicht ausschließlich in der Handlungskompetenz der Stadt Karlsruhe oder einer wie auch immer organisierten Stadtregion Karlsruhe. Unter Berücksichtigung der Einflussfaktoren unterschiedlicher Ebenen sollen Handlungsempfehlungen, die sich nicht unmittelbar an die Stadt bzw. die Stadtregion Karlsruhe wenden können, dennoch adressatenbezogen aufgezeigt werden.

Darüber hinaus erscheint es sinnvoll, Hinweise zur zeitlichen Umsetzung zu geben. Dabei sind unter kurzfristigen Maßnahmen solche zu verstehen, die sofort bzw. innerhalb eines Zeitraumes von 3 bis 5 Jahren in Angriff genommen werden sollten. Als „mittelfristig“ wird der Zeitraum bis 2015 verstanden und „langfristig“ bezeichnet Maßnahmen, die ab 2015 durchgeführt werden sollen. Handlungsempfehlungen, die dauerhaft verfolgt werden sollten, sind entsprechend gekennzeichnet.

9.2.1 Handlungsempfehlungen für das Teilziel: Verbesserung der gesellschaftlichen Integrationsvoraussetzungen

Deutschland ist de facto seit vielen Jahrzehnten ein Einwanderungsland. Den durch Anwerbeverträgen von 1955 bis zum Anwerbestopp 1973 ausgelösten Arbeitsmarktwanderungen folgte mit dem Nachzug der Familien eine Manifestierung der ausländischen Wohnbevölkerung, was dem ursprünglichen Gedanken des „Rotationskonzeptes“ entgegensteht. Anfang der 90er Jahre folgte dann bis zur Quotierung 1993 ein massiver Zuzug von Aussiedlern aus Osteuropa und den GUS-Staaten (seit 1993 werden jährlich rd. 220 Tsd. „Deutschstämmige“ aus den genannten Gebieten aufgenommen).⁶⁸

In den untersuchten Großsiedlungen, erweisen sich über Sprachprobleme hinaus, Grenzen erzeugende Faktoren wie „Distanz“ und „Ablehnung“ zwischen unterschiedlichen Bewohnergruppen insbesondere gegenüber Aussiedlern und / oder Ausländern als Konfliktpotential. Beide Gruppen, „Fremde“ wie „Einheimische“ sind weder intellektuell noch emotional darauf vorbereitet, räumlich zusammen zu leben. Unterstützt wird die überwiegend ablehnende Haltung der einheimischen Bevölkerung dadurch, dass von Seiten der Politik immer noch propagiert wird, Deutschland sei kein Einwanderungsland.

Am Beispiel des Strasbourger Quartiers Cité Nucléaire sind bereits extreme Ausprägungen nicht erfolgreicher Integration zu beobachten. Es besteht die Gefahr, dass sich unterschiedliche ethnische Gruppen zum Teil gesteuert von außen, zunehmend radikalisieren. Zu betonen ist in diesem Zusammenhang, dass Integration den Willen und die Bereitschaft dazu auf zwei Seiten voraussetzt.

„Arbeit“ bzw. damit verbundenes Einkommen, welches u.a. Teilnahme an Konsum ermöglicht, ist ein zentraler gesellschaftlicher Integrationsfaktor. Daher kommt einer Beschäftigungsoffensive, die Arbeitsmarktpolitik für Jugendliche und deren

⁶⁸ Vgl. Treibel, Annette: Migration in modernen Gesellschaften. Soziale Folgen von Einwanderung, Gastarbeit und Flucht, 2.te Aufl., Weinheim/München 1999, S. 32ff. und S.54ff.

Eltern einschließt, erheblicher Stellenwert zu. Dabei geht es nicht um kurzfristige Beschäftigungsmodelle oder Projekte, die zeitlich begrenzt Sozialhilfeempfänger aus den Statistiken der Sozialhilfekassen in die der Arbeitsämter wechseln lassen. Vielmehr ist zu überlegen, ob nicht langfristig oder dauerhaft subventionierte Arbeit aufgrund der „Normalität“ und der daran gekoppelten Sozialisations- und Selbstwerterfahrungen der Beschäftigten und ihrer Kinder, nachhaltiger wirken, als öffentlich alimentierte Untätigkeit.

Vor dem Hintergrund, dass kinderreiche Familien zunehmend in ärmeren Stadtteilen leben und die nachwachsende Generation zunehmend aus „nicht – deutschen“ bzw. nicht deutschsprachigen Kindern und Jugendlichen besteht, ist eine „Bildungsoffensive“ besonders wichtig. Ohne entsprechende Mindestschulbildung wird der Zugang zum Arbeitsmarkt zunehmend verwehrt, wodurch nicht nur erhebliche Folgekosten zur sozialen Sicherung entstehen, sondern auch die soziale Ausgrenzung infolge fehlender Teilnahmemöglichkeit am gesellschaftlichen Leben verstärkt wird.

Handlungsempfehlungen:

Makroebene, Adressaten: Bund / Länder / Gesetzgebung

- **Stärkung integrationsfördernder Maßnahmen - Realistische Einwanderungspolitik betreiben** (kurz- mittel- und langfristig)
Ein zu verfolgender Handlungsansatz muß sein, eine realistische Einwanderungspolitik zu betreiben. Es ist nicht nur „offiziell“ deutlich zu machen, dass das Thema „Integration“ als Daueraufgabe zu betrachten ist. Dazu gehört vor allem auch die verstärkte ideelle, finanzielle und personelle Unterstützung integrationsfördernder Maßnahmen. (vgl. dazu auch Handlungsmaßnahmen d. Mesoebene)
- **Verbesserung der sozialen Integrationsvoraussetzungen durch Bildung und Beschäftigung** (kurzfristig)
Insbesondere Beschäftigungsmaßnahmen müssen frühzeitig ansetzen. Die Beobachtungen in Strasbourg zeigen, dass sich innerhalb der Cité Nucléaire bereits eine Art „Parallelwirtschaft“ aus Schwarzarbeit, Dealerei und ähnlichem entwickelt hat, die v. a. für Jugendliche und junge Erwachsenen so „lukrativ“ ist, dass selbst große arbeits- und beschäftigungspolitische Anstrengungen von staatlicher und kommunaler Seite kaum noch greifen. Flankierend zu bzw. als Voraussetzung von Beschäftigungsprojekten sind Maßnahmen, die auf eine Verringerung von

Diskriminierung aufgrund von Vorurteilen auf Arbeitgeber- oder Auftraggeberseite abstellen (siehe unten).

- **Unterstützung gesellschaftlicher Integrationsmechanismen durch Auswege aus der „Armutsfalle“ (kurzfristig)**

Zahlreiche Untersuchungen in sogenannten „Überforderten Nachbarschaften“⁶⁹ und Erfahrungen aus der Sozialhilfepraxis belegen, dass die Armutsfalle Eigeninitiativen lähmende und resignierende Milieus verfestigt.

Eine Vielzahl von Sozialhilfeempfängern hat kaum Chancen auf dem Arbeitsmarkt eine dauerhafte Beschäftigung zu finden. Dies liegt einerseits an völlig unzureichenden Qualifikationen aber auch an einer nicht vorhandenen zeitlichen Flexibilität z. B. bei einer Vielzahl alleinerziehender Mütter mit kleinen Kindern. Die Chancen am Arbeitsmarkt reduzieren sich auf schlecht bezahlte Tätigkeiten oder Teilzeitarbeit, die kaum ausreichendes Einkommen für den Lebensunterhalt sichert, so dass diese Haushalte meist weiter auf Sozialhilfe angewiesen sind. Die Regelungen zur Sozialhilfe eröffnen aber kaum Möglichkeiten, legal dazuzuverdienen. Das führt häufig dazu, dass diejenigen, die dieses Milieu der Armut hinter sich lassen wollen, „gezwungen“ werden besonderes „clevere“ Umgehungen der Regelungen bis hin zu Schwarzarbeit und Betrug zu wählen.

In den benachteiligten Quartieren führt dies einerseits zu Spannungen zwischen regulär Erwerbstätigen und Sozialhilfeempfängern, andererseits demoralisiert das „Vorbild“ mancher Sozialhilfeempfänger die Umgebung.

Makro / Mesoebene. Adressaten: Bund / Länder / Kommunen

- **Ideelle, finanzielle und personelle Unterstützung einer sozial nachhaltigen Stadtentwicklung (kurz- mittel- und langfristig)**

Aufgrund der engen Nachbarschaft vielfältiger, meist aber wirtschaftlich und sozial schwächer gestellter Bevölkerungsgruppen (Ausländer, Aussiedler, „Einheimische“) kommt den exemplarisch untersuchten Stadtteilen bzw. Quartieren ein besonderer Stellenwert bei der Integration neuer Bevölkerungsgruppen in die Gesellschaft zu. Diese Herausforderung trifft Stadtteile und Quartiere, die bereits aufgrund ihres städtebaulichen und sozialen Gefüges bereits mehr oder weniger ungünstige

⁶⁹ Vgl. dazu auch: „Überforderte Nachbarschaften“ – zwei sozialwissenschaftliche Studien über Wohnquartieren in den alten und den neuen Bundesländern, GdW Schriften 48 1998.

Ausgangsvoraussetzungen haben. Die Zusatzaufgaben, die sich vor Ort hinsichtlich der Integration stellen, müssen von Politik und Verwaltung deutlicher zur Kenntnis genommen werden. Das heißt, dass zur Integration erforderliche Begleitmaßnahmen in größerem Umfang finanziell und ideell unterstützt werden müssen (Sprachkurse, Hausaufgabenbetreuung, Beschäftigungsprogramme mit Jugendlichen, Schulung von Mitarbeitern, etc.).

Das bedeutet auch, dass die Integrationsleistungen, die das Quartier, der Stadtteil und dessen Bewohner für die Stadt, die Stadtregion und die Gesellschaft erbringen, anerkannt und durch gezielte städtebauliche und stadtgestalterische Maßnahmen und Investitionen unter intensiver Beteiligung der Bewohner „honoriert“ bzw. unterstützt werden.

Meso / Mikroebene: Adressaten: Stadt / Stadtregion

- **Qualifizierung der „einheimischen“ Bevölkerung:**
„Argumentationstrainings“ (kurz-, mittel- und längerfristig)

Fehlendes Wissen der unterschiedlichen sozialen und ethnischen Gruppen übereinander äußert sich in verschiedenen Facetten von stillschweigender Duldung, über Ablehnung bis hin zu offen ausgetragenen, teilweise gewalttätigen Konflikten.

Ein Modell, das in erster Linie darauf abzielt, Vorurteile, die bei der Bevölkerung vorhanden sind, auszuräumen und „Stammtischparolen“ durch gezieltes Nachfragen und stichhaltige Argumente zu widerlegen zumindest aber einen Prozess des Nachdenkens in gang zu setzen, sind sogenannte „Argumentationstrainings“. Die Zielsetzung besteht darin, interkulturelle Kenntnisse zu vermitteln um einerseits zu Zivilcourage zu ermuntern, vor allem aber zu befähigen, sinnvoll auf diskriminierende „Stammtisch“ Parolen zu reagieren⁷⁰.

⁷⁰ In der Stadt Ludwigshafen/Rhein werden auf Initiative des Rates für Kriminalprävention Interessierte, aus unterschiedlichen Bereichen, wie Verwaltung, Polizei, Wirtschaft, Kirche, Verbände und Pädagogik geschult, sich als Argumentationstrainer ausbilden zu lassen. Aufgrund der hohen Relevanz im Bezug auf das Zusammenleben unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen im städtischen Gefüge und der regionalwirtschaftlichen Komponente der Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit und Attraktivität des Programmgebiets, wird die beschriebene Maßnahme im Rahmen des Programms „URBAN „II“ mit Mitteln des Fonds für Regionale Entwicklung und Mitteln des Bundeslandes Rheinland Pfalz gefördert.

9.2.2 Handlungsempfehlungen für das Teilziel: Zielgruppenspezifische Bewohner- und Nutzereinbindung in Planungs- und Gestaltungsprozesse

In den einschlägigen Vorschriften (§§ 3, 137 BauGB) des Baugesetzbuches sind weitreichende Beteiligungsmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger an formellen städtebaulichen Planungen wie Bauleitplanung, Sanierung etc. festgelegt. Auch an informellen Beteiligungsmodellen wie Stadtteilkonferenzen, Bürgerversammlungen oder Arbeitskreisen mangelt es kaum.

Bevölkerungsgruppen, die bereits ausgegrenzt leben und/oder sich ausgegrenzt fühlen bzw. aufgrund sprachlicher, kultureller oder religiöser Voraussetzungen Artikulationsschwierigkeiten haben, erreicht dieses Partizipationsangebot jedoch nicht.

Die Frage ist daher: „Wie kann es gelingen, sozial ausgegrenzte und damit der örtlichen Politik fremde oder entfremdete Bevölkerungsgruppen in die örtliche Gesellschaft zurückzuholen?“ Bürger, die sich anerkannt und dazugehörig fühlen, können am sozialen und politischen Geschehen in der Nachbarschaft und im Wohnumfeld teilnehmen.

Erst darauf aufbauend sollten stadtplanerische Überlegungen hinsichtlich der konkreten Ausgestaltung konzeptionell sinnvoller Maßnahmen wie der wohnumfeldverträglichen Aufhebung funktionaler Differenzierung von Wohnen, Arbeiten, Freizeit, Einkaufen oder städtebauliche Gestaltungsmaßnahmen an Gebäuden und Freibereichen etc. in Angriff genommen werden.

Handlungsempfehlungen (kurz- mittel- und langfristig)

Meso / Mikroebene: Adressaten: Stadt / Stadtregion

- **Reduzierung von Zugangshemmnissen zu öffentlichen Räumen, Schaffung von Kommunikations- und Begegnungsmöglichkeiten für alle Bewohnergruppen**
- **Beteiligung der Bewohner nicht nur am Planungsprozess sondern auch bei der Realisierung (Schaffung und Gestaltung halböffentlicher, d.h. zum Wohnblock gehörender Freibereiche, Mietergärten etc.)**
- **Entwicklung und Stärkung von Kompetenzen der Bewohner durch Aktivierung spezifischer Zielgruppen, Kooperation und Ausweitung des Erfahrungshorizontes**

Das bedeutet, dass städtebauliche Veränderungen v.a. mit wohnumfeldrelevanten Wirkungen nur in Kooperation mit sozialintegrativ begleitenden Maßnahmen unter Einbeziehung der Bewohner bzw. zukünftig Betroffener durchgeführt werden sollten. (vgl. dazu auch stadtsoziologische Ausführungen zu vorgeschlagenen Einzelvorhaben im Fokusbereich)

Ziel dieser gezielten Beteiligung unmittelbar Betroffener ist ein „Identitätsstiftendes Gestalten“. Erfahrungshorizonte können erweitert und Ausgrenzungserfahrungen überwunden werden. Die Einbeziehung der Bewohner die Belange ihres Stadtteils stärkt das Vertrauens in und das Verantwortungsgefühl für den öffentlichen Raum („Ich bin ein Teil der res publica“)

- **Aktivierung und Qualifizierung von nachbarschaftlichen Gefügen**

Zur Entwicklung vielfältiger und damit stabiler Nachbarschaften sind folgende Begleitmaßnahmen⁷¹ sinnvoll:

- Verbesserung des Dienstleistungsangebots durch Nachbarschaftshilfe (Einkaufsdienste, Kinderbetreuung, Nachbarschaftshilfe etc.);
- Aufbau von Dienstleistungsorganisationen durch und mit Bewohnern z.B. für gemeinnützige und kommerzielle Arbeit;
- Emanzipation der Bewohner aus der Abhängigkeit reiner Versorgungssysteme.
- Psychische Stabilisierung der Bewohner zur Bewältigung von Misserfolgen;
- Unterstützung und Training von Konfliktlösungsstrategien.

9.2.3 Handlungsempfehlungen für das Teilziel:

Vermeidung von Bauformen und Belegungspraktiken die einseitige Nutzungs- und Bewohnerstrukturen hervorrufen

Die funktionale Ausrichtung von Siedlungen auf das Wohnen in der Wohnung reicht unter den Rahmenbedingungen veränderter Lebensstile, größerem Anteil an Freizeit, hoher Arbeitslosigkeit, einer großen Bewohnervielfalt und einer Vielzahl

⁷¹ Vgl. dazu auch: „Überforderte Nachbarschaften“ – zwei sozialwissenschaftliche Studien über Wohnquartieren in den alten und den neuen Bundesländern, GdW Schriften 48 1998.

von Einkommensarmen, die ihr Wohnumfeld schon aus wirtschaftlichen Gründen kaum verlassen können, nicht mehr aus

Die Konzentration unfreiwilliger Mischungen von Bewohnergruppen mit sehr unterschiedlichen Anforderungen an ihr Wohnumfeld (kinderreiche Familien, Ältere, Alleinstehende, Ausländer, Aussiedler, Jugendliche) erzeugt darüber hinaus häufig Spannungen bis hin zu offen ausgetragenen Aggressionen (Krawalle in Strasbourg, Rivalitäten zwischen „Oldside“ und „Newside“ in Oberreut).

In Quartieren mit sehr hohen Konzentrationen von Sozialwohnungen (Wohnungen mit Belegungsbindung), wie der Cité Nucléaire von Cronenbourg in Strasbourg, aber auch in westdeutschen Städten werden zudem seit einiger Zeit verstärkt Prozesse „Innerer Segregation“ festgestellt⁷². Sie äußern sich dadurch, dass mobilere und einkommensstärkere Haushalte aus dem Quartier wegziehen und zunehmend Bevölkerungsgruppen zuziehen, nicht weil sie dies frei entscheiden, sondern weil aufgrund nicht vorhandener Wohnungsalternativen keine andere Wahl besteht.

Neben einer steigenden Überforderung in Fragen des gesellschaftlichen Zusammenlebens und der Integration z.B. ausländischer Mitbürger bildet sich eine zunehmend wirtschaftlich schwächere Bewohnerstruktur, die ihrerseits den Rückzug von (Einkaufs)-Versorgungsinfrastruktur infolge nicht ausreichender Kaufkraft mit weiteren Problemfolgen (Verschlechterung d. Versorgung f. Ältere, Alleinerziehende...) nach sich zieht. Im Karlsruher Stadtteil Oberreut bestehen bereits massive infrastrukturelle Versorgungsdefizite z.B. hinsichtlich Einkaufen und Gastronomie, die ihrerseits wieder zu Unzufriedenheit v.a. bei den Bevölkerungsgruppen im Stadtteil führen, die in der Lage wären, am Konsum teilzunehmen.

Handlungsempfehlungen:

Makroebene, Adressat Bund / Länder / Gesetzgebung

- **Schaffung von Voraussetzungen für preiswerteren Wohnraum durch Deregulierung und Vereinfachung des Bauens** (kurz -mittelfristig)
Die Forderung ist nicht neu. Sie ist aber nicht zuletzt im Interesse der Erhaltung bzw. Schaffung eines ausgewogenen Sozialgefüges in der Stadt und ihrem Umland deutlich zu unterstreichen. Das hohe Preisgefälle für Bauland erzeugt durch Wegzug einkommenstärkerer Haushalte aus dem Stadtgebiet einen Prozess der Entmischung, der zu unerwünschten Segregationsmustern führen kann.

⁷² Vgl. ebenda.

Auch wenn es vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklungen in absehbarer Zukunft nicht mehr zu großflächigen Siedlungserweiterungen kommt, besteht weiterhin der Wunsch evtl. auch das Erfordernis (Alterssicherung), nach dem „eigenen Heim“. Zusätzlich wird auch weiterhin von Ersatzbedarf für bestehenden aber substantiell veraltendem (Miet)Wohnraum auszugehen sein.

Wohnraum gleich welcher Form, ob Miete oder Eigentum, ist teuer. Die Verknappung des Angebots an Bauland, erfolgt nicht nur infolge hoher Nachfrage (besonders in prosperierenden Regionen wie der Stadtregion Karlsruhe) sondern auch durch gesetzliche Rahmenbedingungen (z.B. naturschutzrechtliche Verpflichtungen, Anforderungen an Erschließungs- und Ausstattungsstandards, Wärmedämmung etc.).

Damit sind v.a. schwächere Einkommensgruppen zu einer Art „Zwangskonsum“, nämlich teuer zu Wohnen, verpflichtet. Gewissermaßen als Kompensation zielen staatliche und kommunale Bemühungen darauf ab, durch Einkommensteuererleichterungen, soziale Wohnungsbauprogramme, die Gewährung von Wohngeld oder Modelle zur Baulandversorgung, die das Grundbedürfnis „Wohnen“ verteuernden Regelungen sozial verträglicher zu machen.

Da ein Rückgang staatlicher Förderung im Wohnungsbausektor abzusehen ist, ist eine Verknappung und damit Verteuerung des Wohnungsangebotes kurz- bis mittelfristig (bis etwa demografische Entwicklungen des Bevölkerungsrückgangs wirksam werden) unausweichlich, wenn es nicht gelingt, die Verknappung des Angebots durch Senkung der Boden- und Baukosten zu kompensieren.

Das zuvor beschriebene Problem wird sich vor dem Hintergrund, dass der Bestand an mietpreisgebundenen Sozialwohnungen (Wohnungen mit Belegungsbindung) zukünftig stark abnehmen wird, verschärfen⁷³

Mesoebene: Adressat: Stadt

- **Umbau reiner Wohnsiedlungen zu Arbeits- und Lebensräumen (mittel- bis langfristig)**

⁷³ Anfangs der 70 er Jahre, d.h. in den ersten Jahren der in der Studie untersuchten Vergleichsstädteile, gab es im Gebiet der alten Bundesrepublik bei ca. 500.000 Arbeitslosen ca. 4 Mio. Sozialwohnungen. Bei heute ca. 4 Mio. Arbeitslosen liegt der Bestand an Sozialwohnungen dagegen nur noch bei 2,5 Mio. Bundesweit wird diese Zahl bis 2005 auf ca. 1,5 Mio. Wohnungen zurückgehen. In den untersuchten Stadtteilen Oberreut und Wörth Dorschberg werden die Bindungen etwa 2010 auslaufen.

Mittel- bis langfristig sind Stadtumbaumaßnahmen erforderlich, die nicht nur durch das Angebot unterschiedlicher Wohnformen (Eigentumswohnungen, Einfamilienhausbebauung, Sozialwohnungen (Wohnungen mit Belegungsbindung) unterschiedlicher Zuschnitte und Größen) Voraussetzungen für eine nicht erzwungene Mischung unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen bieten.

Vielmehr ist auch auf verträgliche funktionale Mischung, von Wohnen, Dienstleistung, Freizeit und Arbeiten abzustellen.. Zahlreiche Bewohner wissen nicht, was sie mit sich und ihrem Wohnumfeld, anfangen sollen. (vgl. Vandalismuserscheinungen z.B. in der Cité Nucléaire, Rivalitäten und Alkoholkonsum unter (Aussiedler)Jugendlichen in Oberreut)

- **Die Umgestaltung des Wohnumfeldes zu Arbeits- und Lebensräumen, in denen sich auch Rentner (demografische Entwicklung der Altersstruktur!) und Arbeitslose sinnvoll betätigen können, ist daher unbedingt wichtig.**
- **Die Stadt Karlsruhe könnte im Rahmen ihrer kommunalen Planungshoheit relativ kurzfristig die baurechtlichen Voraussetzungen durch Änderung bzw. Teiländerungen bestehender Bebauungspläne schaffen.**
- **Vorschriften zur Förderung und Belegung von Sozialwohnungen überprüfen - Konzentrationen von Belegungsbindungen ggfs. räumlich entzerren** (kurz -mittelfristig)

Typischerweise werden Sozialmietwohnungen von Haushalten belegt, die sich aufgrund geringen Einkommens nicht am freien Wohnungsmarkt insbesondere in Hochpreisphasen mit adäquatem Wohnraum versorgen können. Andererseits sind die Einkommensgrenzen zum Anrecht auf Bezug einer Sozialwohnung hinter der allgemeinen Einkommensentwicklung zurückgeblieben. Die niedrigen Einkommensgrenzen führen daher zu einer zunehmenden Belegung mit Bevölkerungsgruppen, in persönlichen und / oder wirtschaftlichen Schwierigkeiten⁷⁴ in Quartieren oder Stadtteilen, die zudem meist räumlich konzentrierte Sozialwohnungsbestände aufweisen, wodurch deren Belegungsstruktur einseitiger wird.

Die flexiblere Berücksichtigung von Einkommensgrenzen sowie der Verzicht auf „Fehlbelegungsabgaben“ von einkommensstärkeren Haushalten kann in den beschriebenen Quartieren zur Stabilisierung einer vielfältigeren Bewohnerstruktur beitragen. Zu erwägen ist auch die

⁷⁴ Vgl. dazu auch Interview mit H. Weiler, Geschäftsführer der Wohnungsbaugesellschaft „Wohnbau Wörth“ vom 21.11.2002.

räumliche Entzerrung von mietpreisgebundenen Sozialwohnungen (Wohnungen mit Belegungsbindung) durch indirekte Belegungen (Angebot von Belegungsrechten in bisher nicht oder nicht mehr gebundenen Beständen) oder der Tausch von Belegungsrechten.

- **Verbesserung der Sozialstruktur durch Aufhebung starrer Belegungen z.B. durch Einräumung von Mitbestimmungsrechten der Bewohner bei der Neubelegung von Wohnungen, die aus der Belegungsbindung herausfallen⁷⁵.**

⁷⁵ Ein bisher vermutlich einmaliger Modellversuch dazu läuft derzeit im Sanierungsgebiet Weingarten –Ost in der Stadt Freiburg /BrsG.

9.2.4 Handlungsempfehlungen für das Teilziel: Querschnittsorientierte Planung und Evaluation von Maßnahmen-„Monitoring“

Ziel ist die permanente Beobachtung, Konzipierung und Evaluierung von Entwicklungen und Maßnahmen, die Auswirkungen auf die Zusammensetzung von Bevölkerungsstrukturen insbesondere unter dem Aspekt unerwünschter Segregationserscheinungen haben. Das Beobachtungssystem sollte detailliertere Aussagen etwa in Form laufender Sozialraumanalysen auch unterhalb der Stadtteilebene ermöglichen.

Handlungsempfehlungen:

Mesoebene: Adressaten: Stadt / Stadtregion

- **Detaillierung des stadträumlichen Beobachtungssystems (ggfs. Ausdehnung i.S. eines stadtreionalen Beobachtungssystems) unter Einbindung aller identifizierten Einflussfaktoren, Akteure und Verwaltungsressorts. (kurzfristig)**

Aufgabe der detaillierteren Beobachtung unter sozialräumlichen Gesichtspunkten ist nicht nur der Gewinn tieferer Erkenntnisse über Ursachen und Wirkungszusammenhänge und deren Entwicklungen, sondern in gleicher Weise auch die Objektivierung der Berichterstattung über bestimmte Quartiere oder Stadtteile in den Medien. Ziel ist, durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit, an der Objektivierung und Verbesserung des Images permanent mitzuwirken.

- **Implementierung einer koordinierten und ressort-/dezernatsübergreifenden Zusammenarbeit (kurzfristig)**

Nachfolgende Übersicht verdeutlicht eine denkbare Grundstruktur:

Inhalte und Aufgaben der Evaluation innerhalb eines stadträumlichen / stadtreionalen Beobachtungssystems

Arbeitsphase	Inhalt und Aufgaben der Evaluation
Situationsbeschreibung/ stadtsoziologische Bestandsaufnahme	<ul style="list-style-type: none"> • Zusammenstellung und Aufbereitung lokaler qualitativer und quantitativer Informationen • Bewertung der Informationen durch zeitliche und räumliche Vergleiche • Identifizierung beeinflussender Faktoren (Einflüssebenen, Fachressorts, Wohnungsbaugesellschaften, Wirtschaft, etc.)
Entwicklung und Anpassung von Konzepten	<ul style="list-style-type: none"> • Frühzeitige Einbeziehung Betroffener insbes. von Bewohnern • Informationstransfers bezüglich ähnlicher Projekte und deren Erfahrungen
Überwachung der Umsetzung von Projekten oder Einzelmaßnahmen	<ul style="list-style-type: none"> • Dokumentation und Analyse von Konzeptänderungen • Förderung der Bürgerbeteiligung unter besonderer Berücksichtigung spezifischer Zielgruppen • Förderung der Kooperation beeinflussender Einflüssebenen und Fachressorts • Überprüfung der Akzeptanz vor Ort • Rückkopplung von Teilergebnissen in die konzeptionelle Umsetzung
Wirkungsevaluation	<ul style="list-style-type: none"> • Beurteilung des allgemeinen Zielerreichungsgrades • Dokumentation und räumlich – zeitlicher Vergleich zur Interpretation der Ergebnisse hinsichtlich erreichter Veränderungen • Identifizierung weiterer Handlungserfordernisse

Der Stadtteil Karlsruhe-Oberreut bietet aufgrund zahlreicher Standortvorteile wie Lage, Freiflächenpotenzial, Verkehrsanbindung, Naturnähe, Engagement und Erfahrung örtlicher Akteure etc. wesentliche Entwicklungschancen um die heutigen und zukünftigen Anforderungen an soziale Durchmischung zum Horizont 2030 zu bewältigen.

Literaturverzeichnis

- Alisch, Monika/Dangschat, Jens S.: Die solidarische Stadt. Ursachen von Armut und Strategien für einen sozialen Ausgleich, Darmstadt 1993.
- Alisch, Monika/Dangschat, Jens S.: Armut und soziale Integration. Strategien sozialer Stadtentwicklung und lokaler Nachhaltigkeit, Opladen 1998.
- Bourdieu, Pierre: Effets de lieu, in: Pierre Bourdieu et al.: La misere du monde, Paris 1993 (deutsche Übersetzung: Dies.: Das Elend der Welt, Konstanz 1997).
- Bava, Henri et al.: „Stadtregion Karlsruhe - Grenzen überwinden“. Zukunftsfähiger Umgang im Spannungsfeld Oberzentrum und Suburbaner Raum, Endbericht – gemeinsamer Teil, Kaiserslautern/Karlsruhe 2002.
- Dangschat, Jens S.: „Es trennt sich die Spreu vom Weizen ...“. Die sozialräumliche Polarisierung der Städte, in: Die alte Stadt (1996), S.141ff.
- Dangschat, Jens S.: Warum ziehen sich Gegensätze nicht an? Zu einer Mikro-Meso-Makrotheorie ethnischer und rassischer Konflikte um den städtischen Raum, in: H. Heitmeyer, R. Dollase, O. Backes (Hrsg.): Die Krise der Städte, Frankfurt 1998.
- Der Fischer Weltalmanach 2003, Frankfurt a.M. 2002.
- Flick, Uwe: Qualitative Forschung, Reinbek bei Hamburg 1995.
- Freyberg, Thomas von: Der gespaltene Fortschritt. Zur städtischen Modernisierung am Beispiel Frankfurt am Main, Frankfurt/New York 1996.
- GdW Bundesverband deutscher Wohnungsunternehmen e.V. (Hrsg.): Überforderte Nachbarschaften: Zwei sozialwissenschaftliche Studien über Wohnquartieren in den alten und den neuen Bundesländern, Köln und Berlin 1998 (=GdW Schriften 48).
- Häder, Michael: Delphi-Befragungen, Wiesbaden 2002.
- Häußermann, Hartmut: Tendenzen sozialräumlicher Schließung in den Großstädten der Bundesrepublik Deutschland, in: Widerspruch (1996), S. 13ff.
- Häußermann, Hartmut/Siebel, Walter: Wohnverhältnisse und Ungleichheit, in: Annette Harth/ Gitta Scheller/Wulf Tessin (Hrsg.) Stadt und soziale Ungleichheit, Opladen 2000, S. 120-140.
- Herlyn, Ulfert: Einleitung: Wohnquartier und soziale Schicht, in: Ulfert Herlyn (Hrsg.): Stadt und Sozialstruktur, München 1974, S. 28f.
- Herlyn, Ulfert: Großstadtstrukturen und ungleiche Lebensbedingungen in der Bundesrepublik: Verteilung und Nutzung sozialer Infrastruktur, Frankfurt/New York 1980.

- Hinrichs, Jutta/Giebel–Felten, Elvira: Die Entwicklung des Arbeitsmarktes 1962–2001. Arbeitspapier der Konrad Adenauer Stiftung e.V., Sankt Augustin, Juli 2002, S. 7 ff.
- Kronawitter, Georg (Hrsg.): Rettet unsere Städte jetzt! Das Manifest der Oberbürgermeister, Düsseldorf/Wien/New York/Moskau 1994.
- Läpple, Dieter: Essay über den Raum, in: Hartmut Häußermann u.a.: Stadt und Raum. Soziologische Analysen, Pfaffenweiler 1992, S. 157-207.
- Möller, Klaus Peter: Die Aufgabe ist erfüllt, in: DAS PARLAMENT (1997), Nr. 33-34, S.11.
- Stadt Karlsruhe, Amt für Stadtentwicklung (Hrsg.): Vorhabensbeschreibung des Verbundprojekts „Stadtregion Karlsruhe 2030 - Grenzen überwinden“, Karlsruhe 2001.
- Stadt Karlsruhe/Amt für Stadtentwicklung, Statistik und Stadtforschung (Hrsg.): Gebietstypen, Karlsruhe 1994 (= Beiträge zur Stadtentwicklung, Heft 3).
- Stadt Karlsruhe/Amt für Stadtentwicklung, Statistik und Stadtforschung (Hrsg.): Bürgerumfrage 1999, Ergebnisbericht Teil 1 und 2, Karlsruhe 2000 (=Beiträge zur Stadtentwicklung Heft 8 und 9).
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Statistik der Sozialhilfe. Empfänger/-innen von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt am 31.12.2000, Arbeitsunterlage, Wiesbaden 2001.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Sozialhilfe 2000, Fachserie 13/Reihe 2, Wiesbaden 2001.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Datenreport 2002. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland, Bonn 2002, S. 96ff.
- Treibel, Annette: Migration in modernen Gesellschaften. Soziale Folgen von Einwanderung, Gastarbeit und Flucht, 2.te Aufl., Weinheim/München 1999.
- Ulbrich, Rudi: Wohnungsversorgung, in: Hartmut Häußermann (Hrsg.): Großstadt. Soziologische Stichworte, Opladen 1998.
- Ulbrich, Rudi: Wohnungsversorgung in der Bundesrepublik Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitschrift DAS PARLAMENT, B. 8-9 (1993).
- Zimmermann, Gunter E.: Neue Armut und neuer Reichtum. Zunehmende Polarisierung der materiellen Lebensbedingungen im vereinten Deutschland, in: Gegenwartskunde (1995), S. 5-18.
- Zimmermann, Gunter E.: Formen von Armut und Unterversorgung im Kindes- und Jugendalter, in: Andreas Klocke/Klaus Hurrelmann (Hrsg.): Kinder und Jugendlich in Armut, 2te Aufl., Opladen 2000, S. 55-77.
- Zimmermann, Gunter E.: Armut, in: Bernhard Schäfers, Wolfgang Zapf (Hrsg.): Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands, 2. Aufl., Opladen, 2001, S. 36-52.

Anhang: Liste der interviewten Experten

Experten zum Untersuchungsbereich Karlsruhe

Frau Christa Caspari

Fraktionsvorsitzende der Grünen Gemeinderatsfraktion, zuständig für Soziales, Kinder und Jugendliche

Frau G. Ehrmann

Leiterin des Gemeinschaftszentrums 'Weiße Rose', Oberreut, Stadtjugendausschuss Karlsruhe

Herr Herbert Faller

Katholischer Pfarrer der St. Thomas Morus Kirche in Oberreut

Herr Michael Fritz

Koordinierungsstelle Stadtsanierung, Stadtteilbüro Soziale Stadt-Oststadt und

Frau Sendner

Koordinierungsstelle Stadtsanierung

Herr Bernd Kraut

Vorsitzender des Bürgervereins Oberreut und

Herr Manfred Weber

Geschäftsführender Vorstand und Hauptkassierer des Bürgervereins

Herr Martin Lenz

Sozialplaner, Sozial- und Jugendbehörde der Stadt Karlsruhe

Herr Michael Petermann

Stadt Karlsruhe, Sozial- und Jugendbehörde, Sozialer Dienst Südwest, Bezirksgruppenleitung/Ausbildungsleitung

Herr Bruno Schneider

Volkswohnung GmbH, Abteilungsleiter Hausbewirtschaftung, Handlungsbevollmächtigter

Herr Stolle

Abteilungsleiter für das Amt Wohnen im Amt für Vermessung, Liegenschaften und Wohnen, Stadt Karlsruhe

Herr Peter Wackenhut

Schulleiter der Anne-Frank-Schule (Grund- und Hauptschule in Oberreut)
und

Frau Steffen

Stellvertretende Elternbeiratsvorsitzende der Anne-Frank-Schule

Herr Winkelmann

Geschäftsführer des Mietervereins Karlsruhe

Experten zum Untersuchungsbereich Wörth

Frau Day

Leitung Aussiedlerwohnheim Wörth,
CJD „Christliches Jugenddorf Wörth“

Herr Fischer

Sozialamt Wörth

Herr Weiler

Geschäftsführer der „Wohnbau Wörth“

Experten zum Untersuchungsbereich Strasbourg

Herr Haennel und Herr Schubert

Evangelische Kirche

Stellung innerhalb der Institution: Pastoren der protestantischen Kirchengemeinde Strasbourg-Cronenbourg, zu deren Gemeindegebiet auch die Cité Nucléaire gehört.

Frau Knipper

Ecole maternelle Langevin 1

Stellung innerhalb der Institution: Direktorin / Leiterin

Frau Knipper leitet die école maternelle (Vorschulkindergarten) in einem Quartier der Cité Nucléaire.

Herr Stéphane Langhof

Plateforme d'Alembert

Stellung innerhalb der Institution: Direktor / Leiter der Organisation

Herr Langhof leitet eine Organisation, die sich die wirtschaftliche (Wieder)Eingliederung deprivierter Personen zur Aufgabe macht. Dies betrifft sowohl die Vermittlung von Arbeitsplätzen als auch Maßnahmen zu deren Qualifizierung und Berufsvorbereitung.

Frau Maffessoli

ORIV (Observatoire Régionale pour l'Intégration dans la Ville)

Stellung innerhalb der Institution: Direktorin der für Strasbourg zuständigen regionalen Außenstelle

Frau Maffessoli leitet die regional zuständige Kontrollbehörde des Ministeriums für Integration und ist u.a. für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zuständig.

Herr Jean-Michel Meyer

CUS Habitat

Stellung innerhalb der Institution: Gebietsdirektor / Gebietsleiter

Herr Meyer ist für die Soziale Wohnungsbaugesellschaft „CUS Habitat“ (CUS = Communauté Urbaine de Strasbourg / Stadtumlandverband Strasbourg) für die Wohnungen der Gesellschaft im Stadtteil Cronenbourg zuständig.

Frau Nadia Monkachi

ADEUS (Agence de Développement et d'Urbanisme de l'agglomération Strasbourgeoise)

Stellung innerhalb der Institution: Leitende Mitarbeiterin

Frau Monkachi ist innerhalb des halb privat/halb kommunalen Stadtplanungsbüros „ADEUS“ Beauftragte für Fragen, des Wohnungswesens.

Frau Ghiri Noujoud

Permanente de la MOUS (Maîtrise d'Oeuvre d'Urbaine Sociale)

Stellung innerhalb der Institution: Angestellte im Stadtteilbüro

Frau Noujoud ist im Stadtteilbüro als Ansprechpartnereine für Betroffene ständig vor Ort.

Herr Gabriel Willinger

Communauté Urbaine de Strasbourg

Stellung innerhalb der Institution: Chef de Projet

Leitender Koordinator von staatlich/kommunalen Fördermitteln und vertraglich vereinbarter Maßnahmen, die die städtebauliche, wirtschaftliche und soziale Entwicklung innerhalb des Stadtumlandverbandes von Strasbourg betreffen.

Frau Rachel Zenses

Responsable de la MOUS (Maîtrise d'Oeuvre d'Urbaine Sociale)

Stellung innerhalb der Institution: Projektverantwortliche Leiterin

Frau Zenses ist verantwortlich eine Art Stadtteilbüro, welches vor Ort begleitende soziale Betreuungsmaßnahmen zu städtebaulichen Interventionen in der Cité Nucléaire insbesondere z.B. im Hinblick auf die Versorgung mit Wohnraum von durch Abrissmaßnahmen betroffenen Bewohnern durchführt.